



16 | 2013

66. Jg., 34.–35. KW, 29. August 2013

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Volker Rieke, Gerhard Bosch, Friedrich Hubert Esser, Klaus-Dieter Sohn und Sebastian Czuratis, Felix Rauner, Günter Lambertz

- Duale Ausbildung, ›Jugendgarantie‹ oder zusätzliche Hilfsfonds: Was tun gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa?

Kommentar

Stephan Paul und Stefan Stein

- Bankenregulierung am Scheideweg

Forschungsergebnisse

Wolfgang Nierhaus

- Realeinkommen und Terms of Trade

Daten und Prognosen

Gernot Nerb und Johanna Plenk

- ifo Weltwirtschaftsklima trübt sich leicht ein

Im Blickpunkt

Jana Lippelt

- Kurz zum Klima: Aktuelle Entwicklungen bei der Windkraft

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Duale Ausbildung, ›Jugendgarantie‹ oder zusätzliche Hilfsfonds: Was tun gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa?

3

Nach den neuen Zahlen von Eurostat liegt die Arbeitslosenquote in der Eurozone im Frühjahr 2013 bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren bei über 23%. Während die Werte in Deutschland oder Österreich niedrig sind, sind sie in den europäischen Krisenländern erschreckend hoch. Wie ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen? *Volker Rieke*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, stellt die bilateralen Berufsbildungsk Kooperationen des BMBF als Beitrag für mehr Jugendbeschäftigung in Europa vor: Auf Nachfrage des jeweiligen Partnerlandes werde gemeinsam eine Strategie entwickelt, um die Berufsbildungssysteme zu modernisieren, wobei die Implementierung von Elementen und Prinzipien des dualen Systems – angepasst an die Bedarfe und Gegebenheiten im jeweiligen Land – im Vordergrund stehe. *Gerhard Bosch*, Universität Duisburg-Essen, betont, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit strukturelle und konjunkturelle Ursachen, die man mit unterschiedlichen Maßnahmen angehen muss, hat. Die Einführung dualer Berufsausbildung erfordere einen Umbau von Institutionen, der nur langfristig zu erreichen sei. Kurzfristig müsse vor allem das konjunkturelle Problem angegangen werden. *Friedrich Hubert Esser*, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn, unterstreicht, dass das Arbeitsmarktrisiko von jungen Menschen sehr stark von der aktuellen Situation der jeweiligen nationalen Arbeitsmärkte geprägt wird, die wiederum entscheidend von den Wirtschaftsstrukturen und der Wirtschaftskraft abhängt. Die aktuellen Probleme, die viele Länder in Südeuropa in diesem Bereich haben, könnten deshalb auch nicht allein durch eine Reform ihrer Berufsbildungssysteme behoben werden, die – bei allen Reformbemühungen – nur in längerfristiger Perspektive unter Berücksichtigung der jeweiligen Kontextbedingungen zu ändern seien. *Klaus-Dieter Sohn und Sebastian Czurat*, Centrum für Europäische Politik, Freiburg, sehen vier Bereiche, die reformiert werden sollten: 1. müsse sich die Ausbildung an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren, ein erfolgreicher Weg sei die duale Ausbildung, 2. solle der Mindestlohn abgeschafft werden, 3. müsse die Arbeitnehmermobilität gefördert und 4. der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden. Auch *Felix Rauner*, Universität Bremen, sieht in der Einführung der dualen Berufsausbildung das Instrument zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Er weist aber auch darauf hin, dass ihre Einführung langfristige ökonomische Entwicklungsprozesse und den Wandel von Bildungstraditionen voraussetze. *Günter Lambert*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, hebt hervor, dass für den Erfolg des im deutschsprachigen Raum verbreiteten Systems der Berufsausbildung die enge Verknüpfung von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entscheidend ist. Die Ausbildung in den Unternehmen Sorge für ihre Ausrichtung an den aktuellen Bedarfen der Betriebe. Hingegen sei bei rein schulischen oder außerbetrieblichen Ausbildungen die Gefahr einer Fehllenkung groß. Das gelte auch für Systeme, die einseitig auf die akademische Bildung setzen. Deshalb müssten, bei der Frage des Exports dualer Bildung, zunächst die Unternehmen für die Sache gewonnen werden.

Kommentar

Bankenregulierung am Scheideweg

25

Stephan Paul und Stefan Stein

In der Frage der Bankenregulierung wird derzeit über das richtige Konzept diskutiert. Soll der mit Basel II verfolgte Ansatz der am Risiko der jeweiligen Bank orientierten Eigenkapitalunterlegung ausgebaut oder eine nicht-risikoorientierte

Kennziffer wie die Leverage Ratio (bilanzielles Eigenkapital zu Geschäftsvolumen) die zentrale Kennzahl für die Bankenaufsicht sein? Stephan Paul, Ruhr-Universität Bochum, und Stefan Stein, Hochschule BiTS Business and Information Technology School in Iserlohn, diskutieren in diesem Beitrag, welcher Art der Regulierung die richtige ist.

Forschungsergebnisse

Realeinkommen und Terms of Trade

31

Wolfgang Nierhaus

Das Statistische Bundesamt berechnet seit der großen VGR-Revision 1999 neben dem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt auch den Realwert des Bruttoinlandsprodukts, d.h. die Kaufkraft der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen. Mit dem Ausweis dieser Größe, einer der Schlüsselindikatoren einer Volkswirtschaft, wurde eine wichtige Datenlücke in den VGR geschlossen. Der vorliegende Beitrag wirft einen Blick auf die Berechnungsmethodik und präsentiert aktuelle Ergebnisse.

Daten und Prognosen

ifo Weltwirtschaftsklima trübt sich leicht ein

Ergebnisse des 121. World Economic Survey (WES)
für das dritte Quartal 2013

35

Gernot Nerb und Johanna Plenk

Der Indikator für das ifo Weltwirtschaftsklima ist nach seinem zweimaligen Anstieg wieder etwas gesunken. Sowohl die Beurteilungen zur aktuellen Lage als auch der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate verschlechterten sich leicht im Vergleich zum Vorquartal. Die Erholung der Weltkonjunktur kommt nicht recht voran. Dennoch bleiben die Anzeichen einer Stabilisierung der Weltwirtschaft gültig. In den verschiedenen Wirtschaftsregionen gibt es heterogene Entwicklungen. Der erwartete Preisanstieg für das Jahr 2013 bleibt mit 3,2% unverändert gegenüber dem Vorquartal. Im weltweiten Durchschnitt wird nicht mehr mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen gerechnet, sondern erstmals seit fast zwei Jahren tendenziell mit einem Anstieg. Noch ausgeprägter ist die erwartete Aufwärtstendenz bei den langfristigen Zinsen. Im weltweiten Durchschnitt werden der US-Dollar und der japanische Yen – wie schon in der vorangegangenen Umfrage – nahe bei ihrem Gleichgewichtskurs gesehen. Der Euro und das britische Pfund gelten dagegen als leicht überbewertet.

Im Blickpunkt

Kurz zum Klima: Aktuelle Entwicklungen bei der Windkraft

47

Jana Lippelt

Kartographische Darstellungen bilden im Wesentlichen die Welt schematisch ab. Eine noch relativ neue Form der Karten sind sogenannte Kartenanamorphen, die Karteneinheiten in Abhängigkeit von einer ausgewählten Variablen darstellen und dadurch mehr oder weniger verzerrt abbilden. Der Beitrag beschreibt am Beispiel der Windenergie, die weiterhin am stärksten wachsende Sparte erneuerbarer Energien, anhand weltweiter Windfarmen und der installierten Kapazität die Anwendung dieser Kartendarstellung.

Duale Ausbildung, ›Jugendgarantie‹ oder zusätzliche Hilfsfonds: Was tun gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa?

Nach den neuen Zahlen von Eurostat liegt die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren im Frühjahr 2013 in der Eurozone bei über 23%. Während die Werte in Deutschland oder Österreich niedrig sind, sind sie in den europäischen Krisenländern erschreckend hoch. Wie ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen?

Die bilateralen Berufsbildungskoooperationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: Ein Beitrag für mehr Jugendbeschäftigung in Europa

Das Modell der dualen Berufsausbildung, das in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblicken kann, trifft international nicht nur auf eine hohe Wertschätzung, sondern hat vielerorts eine Orientierungsrolle für andere Staaten übernommen. In der Außenansicht gilt es als eine der Säulen des Wohlstandes und der starken wirtschaftlichen Leistung Deutschlands. Es steht auch dafür, dass Deutschland bislang nahezu unbeschadet durch die europäische Finanz- und Schuldenkrise gegangen ist und mit ca. 7,5% eine der geringsten Jugendarbeitslosigkeitsraten in Europa aufweisen kann. Zum Vergleich: Im Mai 2013 suchten nach Angaben von Eurostat in Griechenland fast 63% der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren eine Beschäftigung, in Spanien ca. 55%, in Portugal und Italien ca. 40% und im Schnitt der EU-27-Staaten etwa 23%.

In diesen Ländern finden viele junge Menschen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt und bleiben ohne Zukunftsperspektive. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit gefährdet zunehmend den sozialen Frieden. Wichtige Investitionen in Jugendbeschäftigung und in junge Fachkräfte bleiben wegen der knappen öffentlichen Haushalte aus, obwohl sie der entscheidende Faktor für späteres Wachstum, Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe sind.

Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Notwendigkeit von bildungspolitischen Reformen stehen auf der Agenda der politischen Entscheidungsträger in Europa. Trotz zahlreicher bereits gestarteter Maßnahmen auf den verschiedens-

ten Ebenen besteht noch umfangreicher Handlungsbedarf, damit junge Menschen in Europa wieder angemessene Beschäftigung finden. Deutschland hat dabei nicht nur ein Eigeninteresse, den Staaten, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, zu helfen: In einem geeinten Europa besteht auch eine Solidaritätsverpflichtung, gemeinsam gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen.

Eine zentrale Herausforderung für die krisengeschüttelten Länder ist es, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen. Die Finanzkrise hat dabei auch den Druck auf die Bildungssysteme verschärft und in den Vordergrund gerückt, dass sie vielfach am Arbeitsmarkt vorbei ausbilden. Besonders Staaten mit vornehmlich vollzeitschulischen Berufsausbildungen können die durch globalen Wettbewerb verursachten kürzeren Innovationszyklen, die systematische betriebliche Organisationsentwicklung und eine darauf bezogene Qualifizierung der Fachkräfte nicht mehr leisten. Arbeitgeber in diesen Ländern kritisieren die schulische Bildung als zu wenig praxisorientiert und beklagen den Mangel an praktisch qualifiziertem Personal.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung bi- und multilaterale Vereinbarungen mit vielen Partnerländern geschlossen, um gemeinsam die Beschäftigungssituation für junge Menschen zu verbessern. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verfolgt dabei einen systemischen Ansatz: Auf Nachfrage des jeweiligen Partnerlandes wird gemeinsam eine Strategie entwickelt, um die Berufsbildungssysteme zu modernisieren. Im Vordergrund steht die Implementierung von Elementen und Prinzipien des dualen Systems – angepasst an die



Volker Rieke*

* Volker Rieke ist Leiter der Abteilung »Europäische und internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung« im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Bedarfe und Gegebenheiten im jeweiligen Land. Damit werden nachhaltige Veränderungen angestoßen und die Beschäftigung von jungen Menschen vorangetrieben; zum Beispiel indem im Rahmen von gemeinsamen Pilotprojekten betrieblich-orientiertes Lernen gefördert und das Engagement von Unternehmen und die Einbeziehung von Sozialpartnern unterstützt wird.

Erfolgsmodell »duales Berufsbildungssystem«

Die OECD hat in einer internationalen Vergleichsstudie die Leistungsfähigkeit des dualen Systems beim Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung unterstrichen. Der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben verlaufe in Deutschland »bemerkenswert reibungslos«, heißt es im neuen Deutschlandbericht der Studie »Skills beyond School«. Über 90% der 15- bis 24-Jährigen haben nach Zahlen der OECD 2008 nach Abschluss der Schule eine Beschäftigung gefunden oder ihre Bildungslaufbahn fortsetzen können. Dabei ist dieser im internationalen Vergleich hohe Prozentsatz kein ausschließlich deutsches Phänomen: Auch andere Länder mit dualem Ausbildungssystem, wie Österreich, die Schweiz und Dänemark, können mit niedriger Jugendarbeitslosigkeit und einem guten Übergang von der Berufsausbildung in die Arbeitswelt punkten. Dabei sind besonders zwei wesentliche Kernelemente zu nennen, die den Erfolg des dualen Ausbildungsmodells ausmachen:

Lernen im Arbeitsprozess

Das Lernen im Betrieb und im Prozess der Arbeit ist der Kern des dualen Systems in Deutschland. Es stellt sicher, dass junge Menschen hohe berufliche Handlungskompetenzen erwerben und so als qualifizierte Fachkräfte hochattraktiv für Arbeitgeber sind. Dabei nimmt die Ausbildungszeit im Betrieb in Deutschland meistens etwa $\frac{3}{4}$ der Ausbildungszeit ein.

Gemeinsame Verantwortung von Staat und Sozialpartnern

Die gemeinsame Verantwortung für eine koordinierte plurale Steuerung dualer Berufsbildung stellt sicher, dass die Akteure entsprechend ihrer Kompetenzen und Interessen am Berufsbildungsdialog auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene beteiligt sind. Staat und Sozialpartner sichern gemeinsam die Rahmenbedingungen der Berufsbildung: Von der anteiligen Finanzierung über die Entwicklung und Aktualisierung der Curricula bis hin zur Prüfung und Zertifizierung der erworbenen Kompetenzen. So werden national gültige Standards für Berufsbildung geschaffen, die dem Einzelnen eine hohe berufliche Kompetenz und Beschäftigungsfähigkeit, Mobilität sowie gesellschaftliche Akzeptanz ermöglichen. Die gemeinsame Verantwortung garantiert auch, dass nicht an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes »vorbei« ausgebildet wird.

Bilaterale Berufsbildungszusammenarbeit

Die bilaterale Berufsbildungskoooperation des BMBF hat sich in den vergangenen zwei Jahren stark darauf ausgerichtet, Länder zu unterstützen, die von besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind. Bereits im Dezember 2012 hat das BMBF auf einer großen Bildungsministerkonferenz in Berlin für Maßnahmen der bilateralen Berufsbildungskoooperation mit den Ländern Griechenland, Italien, Lettland, Portugal, Slowakische Republik und Spanien zusätzlich 10 Mill. Euro zur Verfügung gestellt.

Am Anfang der Zusammenarbeit mit den Partnerländern steht ein intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch, u.a. zu »guten Beispielen« in der beruflichen Bildung. Damit wird ein gemeinsamer Lernprozess angestoßen, der für die Berufsbildungsexperten und politischen Akteure erhebliches Innovationspotenzial mit sich bringt und zu Weiterentwicklungen des eigenen Berufsbildungssystems führt.

Wichtig ist, dass in den Partnerländern die Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen einbezogen werden. Erst wenn die Berufsbildung an dem aktuellen und zukünftigen Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet wird, kann das System leistungsfähig ausbilden. In den bilateralen Kooperationsbeziehungen bringt das BMBF daher zunächst die wichtigen Akteure auf deutscher Seite und auf der Seite des Partnerlandes an einen Tisch. Damit wird die Basis geschaffen, um durch Zusammenwirken von Wirtschaft, Sozialpartnern und Staat die Rahmenbedingungen für eine bedarfsorientierte berufliche Bildung zu schaffen. Dieses System der partnerschaftlichen Abstimmung ist in Deutschland historisch gewachsen und daher nicht einfach übertragbar. Dennoch können die Partnerländer aber aus den Prinzipien dieses Abstimmungsprozesses nutzbare Ansätze für ihre eigenen Reformen generieren.

In einem zweiten Schritt werden dann partnerschaftlich die gemeinsamen Themen und Bereiche identifiziert, in denen besonders großer Reformdruck herrscht. Dies kann von der Frage »Wie entsteht ein neuer Beruf«, über die Entwicklung von Curricula, der Einführung von Standards bis hin zu einer besseren Ausbildung der Ausbilder reichen. Zentral aber bleibt in fast allen Partnerländern die Frage: Wie lassen sich die Unternehmen dafür gewinnen, in die betriebliche Ausbildung zu investieren?

In Spanien und Griechenland wurden bereits erste Pilotprojekte gestartet, um positive Beispiele für eine betriebsorientierte Ausbildung zu schaffen: So unterstützt das BMBF die Ausbildung an der deutschen Auslandsschule in Spanien nach dualen Standards. Im Verbund mit lokalen Unternehmen werden junge Menschen in Barcelona dual ausgebildet. Neben dem Besuch der Berufsschule, in der Deutschunterricht mit auf dem Lehrplan steht, sind die Jugendlichen

von Beginn an in einen Betrieb integriert. Am Ende der Ausbildung wird sowohl ein spanischer als auch ein deutscher Abschluss vergeben. Ziel des Projektes ist es, in Zusammenarbeit mit Behörden und Kammern, spanische Unternehmen für die berufliche Ausbildung zu gewinnen und damit Elemente der dualen Ausbildung nachhaltig in Spanien zu verankern.

In Griechenland werden mit Unterstützung des BMBF duale Ausbildungsgänge für den Tourismusbereich aufgebaut. Ziel dieses Projektes ist es, Ausbildungselemente in Griechenland, zunächst bezogen auf einzelne Berufe und als aufbauende Qualifizierung von einem Jahr Dauer, einzuführen. Dazu werden ausgewählte griechische Berufsprofile analysiert und ergänzt, um Abschlüsse zu ermöglichen, die auch in Deutschland anerkannt werden. In diesen Berufen soll das duale System mit einem hohen Praxisanteil in den Unternehmen und einem schulischen Anteil den Gegebenheiten in Griechenland angepasst und weiterentwickelt werden. Ab Herbst 2014 soll dann die dreijährige duale Ausbildung Standardangebot an der Tourismusschule werden. Bisher arbeitslose Jugendliche erhalten einen Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen und eine mehrjährige berufliche Perspektive. Vorhandene Elemente des dualen Systems werden ausgebaut und vertieft, um eine enge Verzahnung betrieblicher Praxis mit schulischem Lernen zu erreichen. Dazu gehört auch der Aufbau von unterstützenden Strukturen wie Auswahlkriterien für geeignete Ausbildungsunternehmen, Qualifikation der Ausbildungsverantwortlichen, Betreuung der Auszubildenden und vieles mehr. Dies geschieht in enger Abstimmung mit den zuständigen griechischen Ministerien und Fachinstitutionen.

Einbettung der bilateralen Berufsbildungs-kooperation in europäische Initiativen

Damit solche Projekte nachhaltig wirken können, ist neben der bilateralen Zusammenarbeit eine enge Abstimmung mit den Initiativen auf europäischer Ebene unerlässlich. Das BMBF unterstützt daher die Umsetzung der »Europäischen Ausbildungsallianz«, die von der europäischen Kommission in der Mitteilung »Neue Denkansätze für die Bildung: Bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen« angekündigt wurde. Ziele der Allianz sind es, die Qualität und Anzahl von Ausbildungsplätzen zu verbessern und die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern. Ein wichtiges Ziel ist auch der stetige Informationsaustausch mittels europäischer Lernplattformen, nicht zuletzt um die Ergebnisse aus den bilateralen Projekten des BMBF allen interessierten Ländern in der europäischen Union zugänglich machen zu können.

Zusätzlich hat der Europäische Rat die sogenannte »Jugendgarantie« am 28. Februar 2013 beschlossen. Sie sieht vor,

dass die Mitgliedstaaten allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb eines Zeitraumes von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz anbieten. Dafür sollen im Zeitraum 2014-2012 bis zu 6 Mrd. Euro bereit stehen. Vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen können solche sofort einsetzbaren Mittel hilfreich sein, um schnell Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu fördern und damit Soforthilfe gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu leisten.

Verzahnung von Maßnahmen und Vernetzung von Akteuren auf allen Ebenen

Die aktuelle Dynamik in der internationalen Berufsbildungs-koooperation hat auch bei den deutschen Berufsbildungs-akteuren zu neuen Entwicklungen und Reformbemühungen geführt. Schließlich ist in Deutschland eine Vielzahl von Akteuren aus Bildungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Migrations-, Außen- und Entwicklungspolitik in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit engagiert.

Um die Berufsbildungszusammenarbeit wirksam zu gestalten, Ressourcen kohärent und effektiv einzusetzen, haben die zuständigen Ministerien, Institutionen und jene Organisationen, die in Verantwortung für die Ministerien handeln, einen regelmäßigen Austausch miteinander vereinbart. Dazu wurde der sogenannte »Runde Tisch für die internationale Berufsbildungszusammenarbeit« als Koordinations- und Clearingstelle eingerichtet. Er dient der partnerschaftlichen ressort- und organisationsübergreifenden Zusammenarbeit und tritt im regelmäßigen Turnus sowohl auf Arbeitsebene als auch auf Staatssekretärs-Ebene zusammen. So wird neben einem abgestimmten Einsatz von Ressourcen und der Bündelung von Know-how auch ein professionelles und kohärentes Auftreten nach außen erreicht.

Gemeinsam mit den Ressorts, die im Bereich internationale Berufsbildungszusammenarbeit tätig sind, hat das BMBF federführend einen Prozess angestoßen, der in dem vom Bundeskabinett im Juli beschlossenen Strategiepapier der Bundesregierung »Internationale Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand« (BMBF, Bundesanzeiger 17/14352) seinen Ausdruck findet.

Um diese Strategie umzusetzen, hat das BMBF 2013 als operative Einheit für die Berufsbildungszusammenarbeit im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eine Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation eingerichtet, die die bilateralen Kooperationsbeziehungen unterstützt. Dabei bringt sie die gesamte Expertise des BIBB als nationales Kompetenzzentrum für berufliche Aus- und Weiterbildung ein, ist Anlaufstelle für alle beteiligten Institutionen, Ge-

schäftsstelle für den »Runden Tisch« und steht den Berufs- bildungsakteuren beratend zur Seite.

Nachhaltige Reformen sichern künftige Beschäftigung

Reformen im (Berufs-)Bildungssystem sind mittel- und lang- fristige Vorhaben. Sie wirken in ein komplexes – in vielen Partnerländern überwiegend staatlich reglementiertes – Sys- tem mit vielen »stakeholdern« hinein. Ihre Wirkungen sind zunächst nicht messbar und helfen nicht einer großen An- zahl junger Menschen, wie das vielleicht Sofortmaßnah- men der Beschäftigungspolitik tun.

Dennoch wird dieser Ansatz der nachhaltigen Reformbemü- hungen die Jugendarbeitslosigkeit mittelfristig wirksam be- kämpfen und gleichzeitig zu sichtbaren Ergebnisse gelan- gen, indem:

- junge Menschen durch betriebliche Ausbildung mit Fä- higkeiten und Fertigkeiten ausgestattet werden, die sie wertvoll für den Arbeitsmarkt machen;
- Unternehmen gemeinsam mit Staat und Sozialpartnern das Bildungssystem fit für die Bedarfe des Arbeitsmar- ktes machen;
- junge Menschen mit einer qualitativ hochwertigen beruf- lichen Ausbildung ein attraktiver beruflicher Werdegang angeboten werden kann.

Aus Sicht des BMBF sind mit dem »Runden Tisch« und der »Zentralstelle« die schlagkräftigen Strukturen geschaffen, um den Ländern zu helfen, die unsere Hilfe bei der Reform ihrer Bildungssysteme besonders brauchen.

Denn: Eine qualitativ hochwertige Berufsbildung sichert Fach- kräfte und leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Beschäf- tigung junger Menschen. Wer diesen Grundsatz auch in Zei- ten knapper öffentlicher Haushalte berücksichtigt und die notwendigen Reformen anstößt, wird künftig Wirtschaftskri- sen besser bewältigen können.



Gerhard Bosch*

Was tun gegen die Jugendarbeits- losigkeit in Europa?

Strukturelle und konjunkturelle Jugendarbeits- losigkeit in der EU

Im März 2013 lag die Jugendarbeitslosenquote in der EU 27 mit 23,4% fast zweieinhalbmals so hoch wie die Arbeitslo- senquote der über 25-Jährigen. In einigen ost- und südeu- ropäischen Ländern ist die Quote mittlerweile auf über 50% gestiegen. Die Statistik der Jugendarbeitslosigkeit ist jüngst vom RWI als »Unstatistik« des Monats bezeichnet worden (RWI 2013). Setzt man die Zahl der Arbeitslosen in Relati- on zur Bevölkerung, sieht das Bild in der Tat etwas besser aus. Die Arbeitslosenquoten der Jugendlichen in den Kri- senländern liegen dann zwischen 10 und 20%.

Allerdings geben auch diese Quoten das Problem der Ju- gendarbeitslosigkeit in den Krisenländern aus vier Gründen nicht angemessen wieder. Erstens haben viele arbeitsu- chende Jugendliche keinen Anspruch auf Arbeitslosenun- terstützung und lassen sich deshalb eher als die über 25-Jährigen nicht registrieren. Daher ist gerade in Län- dern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit der Anteil der so- genannten NEET (not in education and employment) an der Alterskohorte besonders hoch (vgl. Tab. 1). Zweitens blei- ben viele Jugendliche aus Mangel an Beschäftigungspers- pektiven länger als eigentlich gewünscht im Bildungs- system – oft in nicht sinnvollen Warteschleifen. Drittens sind bereits viele der am besten qualifizierten Jugendlichen in andere Länder abgewandert. Viertens sind gerade Jugend- liche vielfach nur befristet und kurzfristig beschäftigt und wandern von Job zu Job unterbrochen von Arbeitslosig- keit, sind also in der sogenannten perforierten Arbeitslo- sigkeit. Fünftens ist schließlich zu beachten, dass Jugend- arbeitslosigkeit belastendere Langzeitfolgen als die Arbeits- losigkeit Erwachsener hat. Ein schlechter Start ins Berufs- leben erhöht die Risiken instabiler Erwerbsverläufe und ge-

* Prof. Dr. Gerhard Bosch ist Leiter des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen.

Tab. 1
Indikatoren zur Jugendarbeitslosigkeit in der EU 28 und ausgewählten Ländern

	Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen 3/2013 (1)	Anstieg seit 2008 in Prozentpunkten (2)	Relation von (1) zur Arbeitslosenquote der über 25-Jährigen (3)		Arbeitslose in Relation zu allen 15- bis 25-Jährigen in der Bevölkerung 2012 (4)	Nicht in Beschäftigung oder Bildung 2011 (5)
			3/2008	3/2013		
EU 27	23,4	+ 8,3	2,6	2,4	9,7	n.v.*
Deutschland	7,6	- 3,3	1,5	1,5	4,1	11,0
Frankreich	25,8	+ 7,8	2,9	2,8	9,0	16,4
Griechenland	58,7	+ 25,4	3,4	2,4	16,1	21,8
Großbritannien	20,3	+ 6,1	3,9	3,6	12,4	15,5
Irland	27,1	+ 16,6	2,5	2,3	12,3	22,0
Italien	39,4	+ 18,8	3,9	3,9	10,1	23,2
Kroatien	52,0	+ 28,9	3,3	3,9	12,7	n.v.*
Österreich	7,9	+ 0,4	2,5	1,8	5,2	9,3
Portugal	40,7	+ 21,6	2,7	2,6	14,3	15,3
Slowakei	34,3	+ 14,5	2,2	2,8	10,4	19,1
Spanien	55,4	+ 34,4	2,7	2,3	20,6	24,4

* Nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des Autors; OECD (2013, Tab. 5.2a).

ringer Verdienste stärker als bei anderen Altersgruppen, da wichtige Weichenstellungen für die Ausbildung und weitere Karrierewege sowie auch für die Persönlichkeitsbildung von Beschäftigten in den ersten Berufsjahren gelegt werden (vgl. Bell und Blanchflower 2009; Kahn 2010). Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist also gravierend und lässt sich auch nicht weg interpretieren. Man muss allerdings versuchen, die Dimensionen des Problems über mehrere Indikatoren einzukreisen.

Für die Maßnahmen zur Bekämpfung ist es wichtig, die Frage zu beantworten, ob es sich um strukturelle oder konjunkturelle Jugendarbeitslosigkeit handelt. Ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, dass schon vor der Finanzkrise die Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern drei bis viermal so hoch war, wie die Arbeitslosenquote der über 25-Jährigen, was auf eine

hohe strukturelle Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern auch bei insgesamt guter Beschäftigungssituation verweist. Die Relation der Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen zu der Arbeitslosenquote der über 25-Jährigen hat sich in einigen EU-Ländern, wie Griechenland, seit 2008 sogar leicht verbessert. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation seit 2008 hat also die Jugendlichen zwar hart, aber nicht härter als andere Beschäftigtengruppen getroffen. Die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit seit 2008 ist somit vor allem konjunkturell verursacht.

Ursachen struktureller Jugendarbeitslosigkeit

Für eine zielgenaue Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss man die Gründe für die hohe strukturelle Jugend-

Tab. 2
Anteil unterschiedlicher Alterskohorten mit mindestens Sekundarstufe II und tertiärer Ausbildung 2011

	Mindestens Sekundarstufe II			Tertiäre Ausbildung		
	25–34 Jahre	55–64 Jahre	Unterschied in Prozentpunkten	25–34 Jahre	55–64 Jahre	Unterschied in Prozentpunkten
Deutschland	87	84	+ 3	31	26	+ 5
Spanien	66	34	+ 32	41	19	+ 22
Griechenland	78	47	+ 31	29	19	+ 10
Frankreich	83	58	+ 25	43	19	+ 24
Portugal	52	18	+ 34	26	11	+ 15
Slowakei	95	84	+ 11	23	14	+ 9
Österreich	88	72	+ 16	24	16	+ 8
UK	84	67	+ 17	48	31	+ 17
Irland	86	52	+ 34	49	23	+ 25
EU 21	84	65	+ 19	37	21	+ 18

Quelle: OECD (2013, Tab. A1.2a; A1.3a).

arbeitslosigkeit in den Krisenländern kennen. Das RWI (2013) sieht sie in Qualifikationsmängeln. Ein Blick in die OECD-Statistiken zeigt, dass davon nicht die Rede sein kann. Durch die rasche Expansion des Bildungswesens ist auch in den Krisenländern die junge Generation so gut ausgebildet, wie keine Generation zuvor. Dies lässt sich am Vergleich des Bildungsniveaus der 25- bis 34-Jährigen mit dem der 55- bis 64-Jährigen gut erfassen. In den Ländern mit besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit liegt in der jüngeren Generation der Anteil der Personen mit einem Abschluss auf dem Niveau der Sekundarstufe II oder einer Hochschulausbildung weit über dem der älteren Beschäftigten (vgl. Tab. 2). Betrachtet man die aktuellen Schüler- und Studentenzahlen wird dies auch für die jetzt 15- bis 25-Jährigen gelten, für die aber noch keine aussagekräftigen Zahlen vorliegen, da viele die Schule oder Ausbildung noch nicht beendet haben.

Die umfassende internationale Forschung zum Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt zeigt, dass wichtiger als das Niveau der Bildungsabschlüsse die Art der Ausbildung ist. Mehrere Studien haben gezeigt, dass bei ähnlicher wirtschaftlicher Lage der Übergang der Jugendlichen ins Beschäftigungssystem in Ländern mit einer dualen Berufsausbildung deutlicher reibungsloser und zügiger erfolgt als in Ländern mit hohen Anteilen schulischer Berufsausbildung oder einem Schwergewicht auf allgemeiner Bildung (z.B. Brzinsky-Fay 2007; Müller und Gangl 2003).

Der wichtigste Grund für den Integrationserfolg der dualen Berufsbildung ist darin zu sehen, dass die Jugendlichen schon während ihrer Ausbildung zu Insidern auf dem Arbeitsmarkt werden. Die Unternehmen investieren in die Ausbildung ihrer künftigen Fachkräfte, die sie dann auch halten wollen. Für die Gewerkschaft und Betriebsräte gelten die Auszubildenden als Teil der Belegschaften, deren Arbeitsplatzinteressen sie ebenso wie die der anderen Belegschaftsmitglieder verteidigen. Auch die Belegschaften sehen die Auszubildenden als gleichberechtigten Teil der Belegschaft, unterstützen deren Übernahme nach der Ausbildung und sind notfalls auch bereit, Opfer, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit, zu bringen, um deren Übernahme zu ermöglichen. Im Unterschied zu einer schulischen Ausbildung wird in einer dualen Ausbildung unter realen betrieblichen Bedingungen gelernt. Damit werden auch das noch nicht kodifizierte Wissen (tacit knowledge) und wichtige Fähigkeiten, wie etwa der Umgang mit Termindruck und Vorgesetzten oder Kooperation mit Kollegen, erworben. Nach Abschluss einer Ausbildung muss man nicht mehr angelernt werden und ist damit externen Bewerbern überlegen.

Ein anderer struktureller Grund kann die Schließung des Arbeitsmarktes durch einen zu starken Kündigungsschutz für Insider sein. Ohne Zweifel gibt es solche Schließungs-

tendenzen in einigen der Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Ländern mit geringem Kündigungsschutz, wie dem Vereinigten Königreich und Irland (vgl. Tab. 1), zeigen jedoch, dass in Krisenzeiten den Jugendlichen auch ein geringer Kündigungsschutz nicht hilft, da die Unternehmen lieber ihre Beschäftigten mit Arbeitserfahrung halten. Das deutsche und auch österreichische Beispiel belegen zudem, wie man einen hohen Kündigungsschutz mit geringer Jugendarbeitslosigkeit verbinden kann, in dem man einen großen Teil der Jugendlichen zu Insidern macht. Die Beschäftigungssituation von Jugendlichen hängt also nicht von einzelnen Regulierungen, sondern von den Wechselwirkungen unterschiedlicher Institutionen ab.

Kann man duale Ausbildung exportieren?

Aufgrund der geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist das duale Ausbildungssystem, wie schon einmal in den 1970er und 1980er Jahren, weltweit in Mode gekommen. Die EU-Kommission empfiehlt ihren Mitgliedsländern, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit duale Ausbildungssysteme auszubauen. Natürlich kann man aus erfolgreichen Modellen lernen, aber nur wenn man diese Modelle wirklich verstanden hat. Angesichts der vielen Misserfolge, dieses System zu kopieren, müssen die Voraussetzungen eines Transfers benannt werden. An dieser Stelle können nur einige wesentliche Aspekte genannt werden. Das System der dualen Berufsausbildung ist erstens keine sozialpolitische Veranstaltung zur Versorgung schwacher Schüler. Ihr Hauptzweck ist die Ausbildung der Fachkräfte für morgen in zukunftssträchtigen Berufsbildern. Nur unter dieser Voraussetzung sind die Unternehmen bereit, in Berufsausbildung zu investieren. Zweitens bedarf es einer innovativen Wirtschaft, deren Arbeitsorganisation auf qualifizierten Kräften basiert. In einem weniger innovativen Umfeld werden sich viele Unternehmen mit Un- und Angelernten begnügen. Drittens muss Berufsausbildung in der Bevölkerung ein hohes Prestige genießen, so dass sich nicht nur die schwächsten Schüler bewerben. Das Prestige hängt von der Arbeitsplatzsicherheit, einer angemessenen Bezahlung, guten Karrieremöglichkeiten, der Breite der Berufsbilder, die Wahlchancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen müssen und der Qualität der Ausbildung ab. Die Karriereöglichkeiten werden durch die Oberetage der Berufsausbildung, die Fortbildungen zum Meister, Techniker oder Fachwirt, sowie die Durchlässigkeit zum Hochschulstudium gewährleistet und die angemessene Bezahlung durch Flächentarifverträge, die eine Berufsausbildung honorieren. Viertens müssen Unternehmen langfristig denken, da sich die Investitionen in eine Berufsausbildung oft erst nach einigen Jahren amortisieren. Fünftens muss es starke gesellschaftliche Koalitionen geben, die das System modernisieren, die Ausbildungsbelegschaft der Betriebe immer wieder einfordern, die Be-

rufsausbildung im Beschäftigungssystem, also in der Arbeitsorganisation, den Karrierewegen und dem Lohnsystem verankern und die enge Verbindung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung pflegen. In Deutschland sind dies die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, die Kammern und die Betriebsräte, die hierin vom Staat unterstützt werden.

Als rein staatliches System wird die Berufsausbildung den Unternehmen fremd bleiben. Es sind nicht »ihre Berufe«, in denen ausgebildet werden soll. Die Sozialpartner werden sich nicht in gleicher Weise in der Tarif- oder Betriebspolitik für die Einstellung von Auszubildenden engagieren, wie sie es beispielsweise in Deutschland in der Finanzkrise 2008/2009 getan haben. Es ist oft übersehen worden, dass das deutsche Arbeitsmarktwunder in dieser Krise nicht alleine in temporären Arbeitszeitverkürzungen zur Vermeidung von Entlassungen bestand. Das zweite ebenso wichtige Element war die Einstellung von 564 000 Auszubildenden mitten in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit. Ohne die zahlreichen Vereinbarungen der Sozialpartner und das Engagement der Politik auf nationaler, regionaler und betrieblicher Ebene wäre dies nicht möglich gewesen.

Die tiefe Krise der neoliberalen Volkswirtschaftslehre zeigt sich daran, dass solche komplexen institutionellen Zusammenhänge meist nicht mehr verstanden werden. Stattdessen wird ein Killerinstinkt gegen fast alle Arbeitsmarktregulierungen vermittelt. Ein gutes Beispiel findet sich im letzten Gutachten des Sachverständigenrats, dessen Mehrheit Ausstiegsoptionen aus Flächentarifen vorschlägt, ohne den Flurschaden für die Berufsausbildung, die Bezahlung von Facharbeit und die Fähigkeit der Sozialpartner auf Branchenebene, innovative Formen der Arbeitszeit- und Arbeitsorganisation weiter zu entwickeln, auch nur zu diskutieren (vgl. SVR 2012, Ziffer 545).

Was ist zu tun?

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit hat also strukturelle und konjunkturelle Ursachen, die man mit unterschiedlichen Maßnahmen angehen muss. Die Einführung dualer Berufsausbildung erfordert einen Umbau von Institutionen, den man nur mit sehr langem Atem erreichen kann. Am schwierigsten wird es sein, die Unternehmen von der Notwendigkeit eigener Investitionen in Fachkräfte, die über kurze Anlernqualifikationen hinausgehen, zu überzeugen. Ebenso schwierig wird es sein, die Reputation der in den meisten europäischen Ländern vernachlässigten beruflichen Ausbildung bei Schülern und Eltern aufzubauen. Schließlich müssen die Sozialpartner, die unter dem Druck der Troika gegenwärtig eher auf Konfliktkurs sind, bei diesem Thema für eine enge Kooperation gewonnen werden. Dies kann

nur mit starker staatlicher Unterstützung geschehen. So kann der Staat als vorbildlicher Ausbilder vorangehen. Er kann auch berufliche Abschlüsse als Zugangskriterien zu bestimmten Berufen, wie bei den gefahren geneigten Berufen im deutschen Handwerk, oder bei Teilnahme an Ausschreibungen festlegen.

Norwegen ist ein Beispiel eines gelungenen Institutionentransfers. Allerdings war dort in den 1990er Jahren die Ausgangssituation viel günstiger. Die Rahmenbedingungen wurden zwischen dem Staat und verpflichtungsfähigen Sozialpartnern auf nationaler Ebene ausgehandelt und die Wirtschaft wuchs. Das norwegische Beispiel zeigt zudem, dass alleine die Erarbeitung der auf die Besonderheiten des Landes abgestimmten Blaupausen und der Aufbau der nötigen politischen Koalitionen mehrere Jahre dauerten. In den Krisenländern werden hingegen die politischen Koalitionen zwischen Staat und Sozialpartnern, die man für den Aufbau eines dualen Ausbildungssystems braucht, gravierend geschwächt.

Den Jugendlichen von heute ist damit nicht geholfen. Auf europäischer Ebene wird das Problem mittlerweile seit drei Jahren diskutiert, ohne dass man über Resolutionen hinausgekommen ist. Kurzfristig muss vor allem das konjunkturelle Problem angegangen werden. Die diskutierte »Jugendgarantie« ist eine schöne Idee, die aber die Krisenländer überfordert. Sie werden ohne zusätzliche Wachstumsimpulse nicht in der Lage sein, allen arbeitslosen Jugendlichen nach Abschluss der Schule oder nach dem Verlust des Arbeitsplatzes eine Arbeitsstelle, eine Ausbildungs- oder Weiterbildungsmöglichkeit oder einen Praktikumsplatz anzubieten. Das lässt sich allenfalls in einigen Ländern, wie in Deutschland oder Österreich, wo die Idee herkommt, umsetzen. Perspektiven wird man den Jugendlichen kurzfristig nur durch ein europäisches Wachstumsprogramm in wichtigen Infrastrukturbereichen mit europäischem Geld und obligatorischen Mindestquoten für die Beschäftigung von Jugendlichen und Ausbildungsplätzen geben können.

Nicht helfen wird das Standardrepertoire der Arbeitsmarktderegulierung. Der Mindestlohn für Jugendliche wurde in Griechenland um 33% gesenkt, ohne dass Besserung in Sicht ist. Ebenso perspektivlos ist die Lockerung des Kündigungsschutzes. Ohne Wachstumsimpulse wird man damit die Arbeitslosigkeit durch schnelleren Personalabbau nur erhöhen.

Literatur

Bell, D.N.F. und D.G. Blanchflower (2009), »What to Do about Rising Unemployment in the UK?«, IZA Discussion Paper 2009, #4040.

Bosch, G. und J. Charest (2010), »Vocational Training: International Perspectives«, in: G. Bosch und J. Charest (Hrsg.), *Vocational Training: International Perspectives*, Routledge, London, 1–26.

Brzinsky-Fay C. (2007), »Lost in Transition? Labour Market Sequences of School-leavers in Europe«, *European Sociological Review* 23(4), 409–422.

Kahn, L.B. (2010), »The Long-term Labor Market Consequences of Graduating from College in a Bad Economy«, *Labour Economics* 17(2), 303–316.

Müller, W. und M. Gangl (Hrsg., 2003), *Transitions from Education to Work in Europe. The Integration of Youth into EU Labour Markets*, Oxford University Press, Oxford.

OECD (2013), *Education at a Glance*, Paris.

RWI (2013), »Statistiken zur Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa führen in die Irre«, Pressemitteilung vom 22. Juli.

SVR (2012), *Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland*, Jahresgutachten 2012/13, Wiesbaden.



Friedrich Hubert Esser*

Das duale System der Berufsbildung als Allheilmittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in (Süd-)Europa? Möglichkeiten und Grenzen eines Systemtransfers

Eckdaten zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Alarmierende Zahlen werden genannt, wenn es um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa, vor allem in den südeuropäischen Mitgliedsländern der EU geht. War schon im Durchschnitt der EU 28 im Jahr 2012 fast jeder vierte junge Mensch zwischen 15 und 24 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen (Jugendarbeitslosenquote: 23%), lagen die entsprechenden Quoten für Griechenland (55,3%) und Spanien (53,2%) mehr als doppelt so hoch. Deutschland (8,1%) und Österreich (8,7%) sowie die (nicht zur EU gehörenden Länder) Schweiz (8,4%) und Norwegen (8,6%) erscheinen mit ihren vergleichsweise niedrigen Quoten schon nahezu als Paradies (vgl. Eurostat 2013).

In Spanien sind im Moment etwa eine Million junger Menschen in dieser Altersgruppe von Arbeitslosigkeit betroffen, in Italien mehr als 600 000. Bezieht man Griechenland und Portugal in die Betrachtung ein, hat sich die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der letzten fünf Jahre um »fast 800 000 Personen auf insgesamt rund 2 Mil. Arbeitslose unter 25 Jahren« erhöht (vgl. Zimmermann 2013, 2). Deutschland ist hingegen »das einzige Land in der EU, in dem die Arbeitslosigkeit junger Menschen seit Jahren kontinuierlich im Rückgang begriffen ist« (ebd.).

Zwar ist bei der Interpretation dieser Daten zu berücksichtigen, dass diese *Arbeitslosenquoten* aus der Relation der arbeitslosen jungen Menschen (5,6 Mill. in der EU 28) zu allen Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe (24,4 Mill.) gebildet werden, wobei die (33 Mill.) Nichterwerbspersonen

* Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser ist Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Bonn.

nicht berücksichtigt sind, die sich überwiegend noch im Bildungssystem befinden. Wird auch diese Gruppe in die Berechnungen einbezogen, liegen die *Anteile der jungen Arbeitslosen* EU-weit mit 9,7% zwar wesentlich niedriger als die Arbeitslosenquoten in Griechenland (16,1%), Spanien (20,6%) und Portugal (14,3%) allerdings trotzdem deutlich über dem EU-Durchschnitt, während Deutschland mit einem Anteil von nur 4,1% auch hier die Rangliste der europäischen Staaten anführt (vgl. Eurostat 2013).

Doch auch bei diesen Zahlen ist im Hinblick auf Vergleichbarkeit und Aussagekraft Vorsicht geboten. So werden z.B. in Deutschland die Auszubildenden im dualen System zu den Erwerbspersonen gerechnet, da ihre Ausbildungsverhältnisse – anders als bei schulischen Ausbildungen – als Arbeitsverhältnisse gelten. Nicht berücksichtigt sind bei diesem Vergleich überdies andere wichtige Einflussfaktoren auf die unterschiedliche Ausprägung der Jugendarbeitslosigkeit.

Arbeitsmarkt und Ausbildungssystem als Einflussfaktoren auf Jugendarbeitslosigkeit

Zu den Einflussfaktoren auf Jugendarbeitslosigkeit gehören die wirtschaftliche Lage, die Situation auf den Arbeitsmärkten sowie die Konstitution der Ausbildungssysteme der einzelnen Länder. So gibt es in den Ländern, die in höherem Maße von der wirtschaftlichen Krise betroffen sind, entsprechend größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt und auch eine stärker ausgeprägte Jugendarbeitslosigkeit. Hinzu kommen die bildungssystemspezifischen Unterschiede.

Um diese Effekte quantitativ zu erfassen, muss man die Jugendarbeitslosigkeit des jeweiligen Landes in Relation zur Gesamtarbeitslosigkeit (nach ILO-Definition) setzen. Hierzu sind in Tabelle 2 die Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen den Arbeitslosenquoten der 25- bis 74-Jährigen gegenübergestellt.

Der daraus resultierende Quotient zeigt, inwieweit Jugendliche unter den Arbeitslosen in besonderem Maße benachteiligt sind. Trotz einer Erhöhung dieses Quotienten (der im Jahr 2001 noch bei 1,01 gelegen hatte) auf 1,56 im Jahr 2012 sind Jugendliche in Deutschland unter den Arbeitslosen im europäischen Vergleich nach wie vor am geringsten benachteiligt (Rangplatz 1). In Norwegen ist das Risiko für junge Menschen im Vergleich zu den älteren Menschen (bei einer ähnlichen Arbeitslosenquote) hingegen mehr als doppelt so groß wie in Deutschland (Rangplatz 24).

Im Datenreport des BIBB zum Berufsbildungsbericht 2012 sind entsprechende Berechnungen für die Entwicklung der letzten 20 Jahre in den OECD-Ländern dokumentiert. Auch dort zeigen sich zwischen den einzelnen Ländern zum Teil erhebliche Unterschiede, und zwar sowohl im Hinblick auf das Niveau als auch bei den Entwicklungsverläufen (vgl. Hanf, Brzinsky-Fay et al. 2012, 403 ff.).

Zu einem »nicht unbeträchtlichen Anteil« werden diese Unterschiede mit der unterschiedlichen strukturellen Einbettung des Übergangs zwischen Schule und Beruf erklärt. Die Verfasser/-innen gehen deshalb davon aus, dass »selbst bei gleichen demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen die Jugendarbeitsmärkte in Abhängigkeit von

Tab. 1
Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich

Land	Arbeitslosenquote in %, Personen von 15 bis 24 Jahre			Ranking (2012) ALQ (15–24)	Arbeitslosenquote in %, Personen von 25 bis 74 Jahre			Betroffenheit der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren: (ALQ 15–24)/ (ALQ 25–74)			Ranking (2012) ALQ (15–24)/ (ALQ 25–74)
	2005	2009	2012		2005	2009	2012	2005	2009	2012	
EU 27	18,7	20,0	22,8	von 28*	7,7	7,6	9,1	2,43	2,63	2,51	von 28*
Belgien	21,5	21,9	19,8	10	7,1	6,6	6,4	3,03	3,32	3,09	19
Dänemark	8,6	11,2	14,1	5	4,2	5,0	6,3	2,05	2,24	2,24	5
Deutschland	15,5	11,2	8,1	1	10,6	7,3	5,2	1,46	1,53	1,56	1
Griechenland	26,0	25,8	55,3	28	8,4	8,3	22,0	3,10	3,11	2,49	10
Spanien	19,7	37,8	53,2	27	7,7	15,9	22,7	2,56	2,38	2,34	6
Frankreich	21,1	23,5	24,6	16	7,9	7,8	8,7	2,67	3,01	2,83	16
Italien	24,0	25,4	35,5	25	6,2	6,4	8,9	3,87	3,97	3,97	25
Lettland	13,6	33,6	28,4	22	8,3	14,9	13,5	1,64	2,26	2,10	2
Luxemburg	14,3	16,5	18,0	7	3,8	4,1	4,2	3,76	4,02	4,29	28
Niederlande	9,4	7,7	9,5	4	4,5	3,0	4,5	2,09	2,57	2,11	3
Österreich	10,3	10,0	8,7	3	4,3	3,9	3,6	2,40	2,56	2,42	9
Portugal	16,1	20,0	37,7	26	6,8	8,7	14,0	2,85	2,30	2,69	13
Schweden	22,6	25,0	23,7	15	5,7	5,9	5,7	3,96	4,24	4,16	27
Vereinigtes Königreich	12,8	19,1	21,0	13	3,3	5,5	5,7	3,88	3,47	3,68	23
Norwegen	11,4	8,9	8,6	2	3,4	2,2	2,3	3,35	4,05	3,74	24

* EU 27 plus Norwegen.

Quelle: Eurostat: Daten aus LFS; Arbeitslosigkeit nach ILO-Konzept: Berechnungen des BIBB.

der institutionellen Ausgestaltung des Übergangs in den Ländern höchst unterschiedlich ausfallen«. Bedeutsam sind hierfür aus Sicht des Bildungssystems u.a. die Form und der Anteil der beruflichen Bildung und aus Sicht des Arbeitsmarktes »der Grad an Beschäftigungsschutz sowie die Form von Lohnfindungsprozessen«.

Als »entscheidendes Merkmal von Übergangssystemen« gilt in diesem Zusammenhang die Form der beruflichen Bildung: »In internationalen Vergleichen wird danach unterschieden, ob die berufliche Bildung in allgemeinbildenden Schulen, in speziellen Berufsschulen, in Unternehmen oder in einem dualen System stattfindet« (ebd. S. 404).

In Ländern, in denen es ein duales System der Berufsausbildung gibt (Deutschland, Österreich, Schweiz), sind die Sozialpartner systematisch einbezogen sowohl bei der Definition von Ausbildungsinhalten, bei der Festlegung von Ausbildungsvergütungen als auch bei der Prüfung von Ausbildungsleistungen. Hier gibt es eine »hochgradig standardisierte« Berufsbildung mit transferfähigen Qualifikationen und einer hohen »Übereinstimmung («Matching») zwischen Qualifikationsanforderungen von Arbeitsplätzen und Qualifikationen von Arbeitssuchenden«. Das Unternehmen ist als Ausbildungsplatzanbieter gleichzeitig wichtigster Ausbildungsort, weshalb »die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme« als »vergleichsweise hoch« eingeschätzt wird. Aufgrund dieser Systemmerkmale funktioniert der Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit »relativ reibungslos«, sofern der Ausbildungsmarkt eine hinreichende Anzahl an Plätzen bereitstellt. (ebd. S. 405).

In Ländern, die keine »formalisierte berufliche Ausbildung« haben (z.B. Frankreich, Italien und Spanien), findet der Erwerb berufsspezifischer Qualifikationen weitgehend am Arbeitsplatz statt (»on-the-job training«), während die Schule »vorrangig allgemeine Qualifikationen vermittelt«. Weil sich Unternehmen in diesen Ländern bei der Vergabe ihrer Arbeitsplätze nur an den vorgängigen Schulabschlüssen orientieren können, ist »das Risiko eines Qualifikations-Mismatches höher [...] als in den Ländern mit dualen Ausbildungssystem. Als typische Systemmerkmale dieser Länder gelten deshalb die längeren Suchprozesse auf [den] Jugendarbeitsmärkten«, die hohe Jugendarbeitslosigkeit sowie der hohe »Anteil von befristeten Beschäftigungsverhältnissen für Berufseinsteiger/-innen«, mit dem sich Unternehmen »gegen hohe Transaktionskosten abzusichern« versuchen.

In den Ländern, in denen »berufliche Qualifikationen in mehr oder weniger spezialisierten Berufsschulen vermittelt bzw. berufliche Inhalte in die Curricula allgemeiner Schulen integriert« werden (wie etwa in den Niederlanden und in Schweden), fehlt häufig der Praxisbezug der Ausbildung, auch weil »die Sozialpartner [i.a.R.] nicht in die Entwicklung von

Curricula einbezogen« sind. Aus Sicht der Unternehmen enthalten die »entsprechenden beruflichen Abschlüsse [...] nur wenig aussagekräftige Hinweise über die beruflichen Qualifikationen der Bewerber/-innen« und bergen insofern ein hohes Risiko fehlender Passung. Darüber hinaus ist »die Bindung an Unternehmen und damit die Chance einer Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb geringer als in Ländern mit dualen System« (ebd. S. 406).

Die Auswirkungen dieser Unterschiede auf die Situation junger Menschen lassen sich anhand von Daten aus den letzten 20 Jahren belegen: So liegt das Risiko für einen Jugendlichen in Deutschland, arbeitslos zu werden, im Schnitt nur wenig höher als für einen Erwachsenen (Faktor 1,56, vgl. Übersicht 1), während er in anderen Ländern bis zu viermal so hoch sein kann.

Auf der anderen Seite liegt zum Beispiel in Spanien der Anteil der jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die auf Arbeitsplätzen beschäftigt sind, für die kein Hochschulabschluss erforderlich ist, bei 45%. In Ländern mit dualer Berufsbildung, wie z.B. der Schweiz, Deutschland oder Dänemark, liegt dieser Anteil nur zwischen 15 und 20% (vgl. Grollmann, Hanf und Hippach-Schneider 2011, 393).

Voraussetzungen zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme von Jugendlichen in Europa

Angesichts der hier skizzierten Komplexität der Verflechtungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem dürfte zweierlei deutlich geworden sein: Erstens wird das Arbeitsmarktrisiko von jungen Menschen sehr stark von der aktuellen Situation der jeweiligen nationalen Arbeitsmärkte geprägt, die wiederum entscheidend von den Wirtschaftsstrukturen und der Wirtschaftskraft abhängt. Die aktuellen Probleme, die viele Länder in Südeuropa in diesem Bereich haben, können deshalb auch nicht allein durch eine Reform ihrer Berufsbildungssysteme behoben werden.

Zweitens hat man es bei allen Reformbemühungen mit Ausgangsbedingungen in den jeweiligen Ländern zu tun, die langfristig gewachsen und entsprechend fest mit den politischen Strukturen, den Bildungssystemen und Arbeitsmärkten verknüpft sind. Sie lassen sich deshalb – wenn überhaupt – nur in längerfristiger Perspektive unter Berücksichtigung der jeweiligen Kontextbedingungen ändern. Aus diesem Grund können Berufsbildungssysteme auch nicht wie z.B. Autos oder Software mit wenigen »Lokalisierungen« in die Märkte anderer Länder exportiert werden. Auch das duale System kann nicht im Sinne eines 1:1-Transfers exportiert werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung solcher Reformen im Sinne einer schrittweisen

Veränderung der vorhandenen Strukturen ist darüber hinaus die Bereitschaft der Betriebe in den betroffenen Ländern, sich in dualen Berufsbildungsformen zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Hinzu kommt, dass ein klarer politischer Wille da sein muss, Dualität als Element der Berufsbildung zu befördern. In vielen europäischen Ländern hat die Berufsbildung jedoch ein Image-Problem: Die akademische Ausbildung wird hier häufig als das Maß aller Dinge bzw. als einzig erstrebenswert angesehen. Damit eine duale Ausbildung als ernsthafte Alternative zum Studium wahrgenommen wird, gilt es, ihr Image in diesen Ländern zu verbessern. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und der hochschulischen Bildung. Genauso wichtig ist es aber auch, die Betriebe von ihren Vorteilen zu überzeugen (vgl. wiederum Grollmann, Hanf und Hippach-Schneider 2011).

Beiträge des BIBB im europäischen Kontext

Die Verbindung von betrieblichem und schulischem Lernen als zentrales Qualitätsmerkmal hochwertiger wirtschaftsnaher Berufsbildung wird in allen Staaten, mit denen das BIBB kooperiert, anerkannt. Das ist eine wichtige Voraussetzung, auf die das BIBB in der Kooperation mit anderen Ländern aufbaut. Sechs europäische Partnerländer (Griechenland, Italien, Lettland, Portugal sowie die Slowakei und Spanien) haben das auf einer Konferenz im Dezember 2012 in Berlin mit einem Memorandum dokumentiert. In der Zwischenzeit startete auch eine europäische Initiative zu dem Thema, die »Europäische Ausbildungsallianz«. Am 2. Juli 2013 haben sich aus Anlass der »World Skills« in Leipzig die Generaldirektionen Bildung und Kultur sowie Beschäftigung der EU-Kommission im Schulterschluss mit den Sozialpartnern gemeinsam auf diese für die europäische Berufsbildung wichtige Initiative festgelegt, die seither den Rahmen für die Aktivitäten des BIBB bildet (vgl. Europäische Kommission 2013).

Aus den bilateralen Vereinbarungen mit Italien und Spanien sind verschiedene Aktivitäten entstanden, die vom BIBB unterstützt werden. Spanien und Italien haben den Willen zu einer Dualisierung deutlich dokumentiert. In beiden Ländern gab es im vergangenen Jahr wesentliche Veränderungen in der Gesetzgebung, die eine Dualisierung der beruflichen Bildung befördern sollen. In Spanien existiert bereits eine Fülle von Pilotprojekten (140), in denen verschiedene Formen von Dualität ausprobiert werden.

In der Zusammenarbeit mit den spanischen und italienischen Partnern geht es nun darum, diese bei der Reform ihrer Berufsbildung zu unterstützen, ihnen nicht als »Besserwisser«, sondern als »kritischer Freund« zur Seite zu stehen und

mögliche Antworten auf Fragen zu geben, die sich in diesen Ländern nun stellen.

Dabei hat sich das BIBB mit den beteiligten Ländern auf einige konkrete Branchen und Berufsfelder geeinigt, in denen gemeinsame Projekte und Aktivitäten durchgeführt werden sollen. In Italien werden derzeit fünf Projekte geplant, in denen modellhaft Strukturen entwickelt werden, wie auf der Basis der neuen rechtlichen Möglichkeiten eine Ausweitung betrieblicher Abschnitte der vollzeitschulischen Berufsbildung ermöglicht werden kann. Diese fünf »Modellprojekte« sollen in den Bereichen Mechatronik, Transport & Logistik und schließlich in der Windenergie angesiedelt sein.

In der Kooperation mit Spanien sollen gemeinsame Projekte und Aktivitäten in den Berufsfeldern Mechatronik, Nahrungsmittelindustrie und Tourismus durchgeführt werden. Eine Frage, die sich in Spanien stellt, ist z.B. wie die Aufgabenteilung zwischen Lehrerinnen und Lehrern in der Schule und dem betrieblichen Ausbildungspersonal in Zukunft aussehen kann. Wie funktioniert das in Deutschland, und welche Erfahrungen sind übertragbar? Die spanischen Partner interessieren sich außerdem für die Frage, welche Möglichkeiten der gegenseitigen Anrechnung von gelernten Inhalten vom einen Land in das andere bestehen. Dies ist eine wichtige Flankierung der steigenden Mobilität zwischen den Ländern, insbesondere auch von spanischen Auszubildenden und Arbeitnehmer/-innen.

Dabei ist klar, dass die Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit den einzelnen Ländern individuell vereinbart werden müssen. So wie es keinen einfachen Export des dualen Systems geben kann, gibt es auch nicht den einen besten Weg. Die Aktivitäten des BIBB in dieser Zusammenarbeit sind unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen auf langfristige Wirkungen angelegt (vgl. Thomann und Le Mouillour 2013).

Ausblick, offene Fragen und Herausforderungen

Selbst wenn die Reformbemühungen im Bereich der beruflichen Bildung greifen, wird es vermutlich Jahre dauern, bis sie sich spürbar positiv auf die Arbeitsmarktsituation der jungen Menschen in diesen Ländern auswirken werden, und das auch nur unter der Voraussetzung, dass es gleichzeitig gelingt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Ungeachtet dessen leistet der auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit der »Ausbildungsallianz« eingeschlagene Weg einen vielversprechenden Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Berufsbildungsraumes, dessen Gestaltung sich erfreulicherweise sehr stark an den in Deutschland bewährten Prinzipien des dualen Systems orientiert.

Literatur

Europäische Kommission (2013), »Startschuss für Europäische Ausbildungsallianz«, Pressemitteilung vom 2. Juli, online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-634_de.htm, aufgerufen am 19. August 2013.

Eurostat (2013), »Messung der Jugendarbeitslosigkeit – wichtige Konzepte im Überblick«, Pressemitteilung 107/2013 vom 12. Juli.

Grollmann, P., G. Hanf und U. Hippach-Schneider (2011), »Durchlässigkeit in ausgewählten europäischen Bildungssystemen«, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011*, Bonn, 390–400, online verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/media2011/Datenreport_2011.pdf, aufgerufen am 19. August 2013.

Hanf, G., Ch. Brzinsky-Fay, Ph. Grollmann und U. Hippach-Schneider (2012), »Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf im internationalen Vergleich«, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012*, Bonn, 401–417, online verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/media2012/BIBB_Datenreport_2012.pdf, aufgerufen am 19. August 2013.

Thomann, B. und I. Le Mouillour (2013), »Vom Sonderfall zum nachgefragten Modell: Was macht die duale Ausbildung für das Ausland attraktiv?«, *BWP – Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* (4), 47–48.

Zimmerman, K.F. (2013), »Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Keine Alternative zu umfassenden Reformen in den Krisenstaaten«, *IZA compact*, Juni, 1–5.



Klaus-Dieter Sohn*



Sebastian Czurat**

Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der EU – was kann und sollte die EU tun?

Letztlich ist in der Wirtschaftswissenschaft unstrittig, dass das Schrumpfen des realen BIP die Arbeitslosigkeit eines Landes steigen lässt (vgl. etwa Okun 1962). Der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit in den von der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten der EU ist also prinzipiell keine Überraschung – zumindest nicht für Ökonomen. Gleichwohl zeigen sich Journalisten und Politiker von den hohen Jugendarbeitslosenquoten in einigen Mitgliedstaaten überrascht und entsetzt. Die Lösung des Problems sehen viele auf europäischer Ebene – allen voran die betroffenen Länder, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Doch was können die Europäischen Institutionen überhaupt leisten, und welche Bringschuld haben die Mitgliedstaaten?

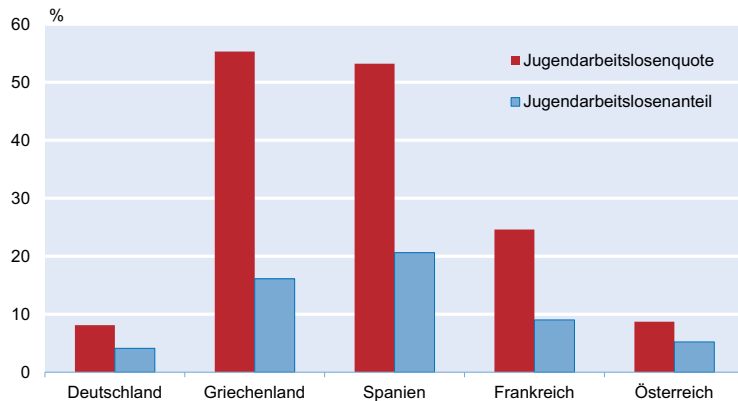
Von statistischen Verzerrungen

Zunächst muss festgestellt werden, dass der Blick in die Zeitung seit langem täuscht: In Griechenland und Spanien sei mehr als jeder zweite Jugendliche arbeitslos, heißt es dort. Denn die Jugendarbeitslosenquote habe die 50%-Schwelle überschritten. Dieser Trugschluss ergibt sich aus einer verbreiteten Fehlinterpretation dessen, was in diesen Ländern unter der Jugendarbeitslosenquote verstanden wird. Sie zeigt den Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an den jugendlichen Erwerbspersonen, also denjenigen, die entweder arbeiten oder Arbeit suchen. Viele Jugendliche befinden sich jedoch noch in Schule, Studium oder Ausbildung. Sie werden bei der Berechnung der Jugendarbeitslosenquote – sofern sie für die Ausbildung keine Vergütung bekommen oder nebenbei jobben oder Arbeit su-

* Klaus-Dieter Sohn ist Leiter des Fachbereichs Beschäftigungs- und Sozialpolitik am Centrum für Europäische Politik, Freiburg.

** Sebastian Czurat ist wissenschaftlicher Referent am Fachbereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik am Centrum für Europäische Politik, Freiburg.

Abb. 1
Jugendarbeitslosenquote vs. Jugendarbeitslosenanteil 2012



Quelle: Eurostat.

chen – nicht berücksichtigt. Zwischen den Mitgliedstaaten ergeben sich daher systematische Unterschiede: In Deutschland erhalten Auszubildende in der dualen Ausbildung eine Vergütung und zählen daher als Erwerbstätige. Sie vergrößern mithin den Nenner der Jugendarbeitslosenquote. Wird derselbe Beruf in einem anderen Mitgliedstaat in rein schulischer Form, ohne Vergütung des Auszubildenden, angeboten, so zählt dieser Auszubildende nicht zu den Erwerbstätigen. Die Jugendarbeitslosenquote ist dort ceteris paribus folglich größer. Um eine bessere Vergleichbarkeit und einen unverfälschteren Blick auf die relative Lage der Jugendlichen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu erhalten, empfiehlt sich daher ein Blick auf den Jugendarbeitslosenanteil, also den Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahre.¹

Wie Abbildung 1 zeigt, ist der Unterschied zwischen den Jugendarbeitslosenquoten und den Jugendarbeitslosenanteilen insbesondere für Spanien, Griechenland und Frankreich beeindruckend. 2012 betrug der Jugendarbeitslosenanteil in Griechenland mit 16,1% weniger als ein Drittel der dortigen Jugendarbeitslosenquote (55,3%). Zudem zeigt der Vergleich der Jugendarbeitslosenquoten mit den Jugendarbeitslosenanteilen, dass nicht Griechenland, sondern Spanien am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffen ist. Die hohen Jugendarbeitslosenquoten überzeichnen die Lage der jungen Menschen in diesen Ländern also dramatisch. Aber auch Jugendarbeitslosenanteile von bis zu 20% wie in Spanien – hier sucht in der Tat jeder fünfte junge Mensch Arbeit – sind gesellschaftspolitisch und ökonomisch höchst problematisch. Neben der sozialen Absicherung und Weiterbildung der Arbeitslosen fallen Kosten auch in Form entgangener Steuereinnahmen

¹ Die breite Fehlinterpretation von Jugendarbeitslosenquoten hat Eurostat mittlerweile dazu bewogen neben der Jugendarbeitslosenquote auch den Jugendarbeitslosenanteil zu veröffentlichen.

an. Aber auch auf individueller Ebene des Betroffenen führt eine länger anhaltende Arbeitslosigkeit zu Problemen, die sich wiederum langfristig negativ auf volkswirtschaftlicher Ebene auswirken.

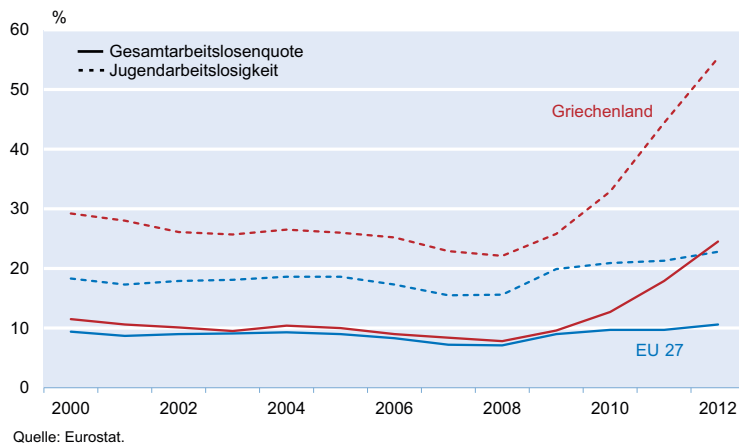
Es droht (k)eine verlorene Generation

In den Medien und auch von Politikern ist oft zu hören, dass Europa aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit eine verlorene Generation drohe. Doch was ist dran an dieser Behauptung? Umfangreiche empirische Untersuchungen zu den Folgen der erlebten Arbeitslosigkeit auf das spätere Erwerbsleben zeigen, dass bei erlebter Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit späterer Arbeitslosigkeit zunimmt und auch zukünftige Lohneinkommen tendenziell geringer sind als bei Menschen, die nicht arbeitslos waren (vgl. Schmillen und Umkehrer 2013; Verho 2008).

Die demographische Entwicklung wird diese Effekte vermutlich deutlich abschwächen, denn in Zeiten eines knapper werdenden Arbeitsangebots werden die Unternehmen auch weniger Qualifizierte und von Arbeitslosigkeit »gezeichnete« Menschen einstellen. Mithin ist die Angst vor dem Verlust einer ganzen Generation in Europa bei einem Jugendarbeitslosenanteil von bis zu 20% übertrieben. Eine Zunahme an Arbeitslosen ist in einer Rezession völlig normal, und junge Menschen gehören in wirtschaftlich schlechten Zeiten regelmäßig zu den ersten, die entlassen werden. Denn sie haben in der Regel wenig allgemeine und betriebsspezifische Arbeitserfahrung und relativ geringe Entlassungskosten. Wie Abbildung 2 zeigt, sind aber nicht nur junge Menschen von wirtschaftlichen Auf- und Abschwüngen betroffen, denn die Gesamtarbeitslosenquote schwankt parallel zur Jugendarbeitslosenquote – sowohl für Griechenland als auch für die aggregierten Werte der EU 27. Die Jugendarbeitslosigkeit darf daher nicht nur als isoliertes Phänomen betrachtet werden, wengleich sie in vielen Mitgliedstaaten durch strukturelle Probleme der Bildungs- und Beschäftigungspolitik verstärkt wird. Folglich dürfen sich mögliche Lösungsvorschläge auch nicht nur auf junge Menschen konzentrieren.

Zudem hat die steigende Jugendarbeitslosigkeit auch langfristig schädliche volkswirtschaftliche Folgen. Eine neue Untersuchung zeigt, dass die derzeitige Krise einen negativen Einfluss auf die Geburtenraten junger Frauen hat (vgl. Goldstein et al. 2013). Auch diesem Aspekt müssen Politiker, Journalisten und Ökonomen ihre Aufmerksamkeit widmen, zumindest dann, wenn die Krise noch länger andauert. Denn die demographische Entwicklung ist die große Herausforderung unserer Zeit.

Abb. 2
Jugendarbeitslosenquote vs. Gesamtarbeitslosenquote, 2000–2010



Was tut die EU, und was kann die EU tun?

Die EU hat sich mit ihrer Strategie »Europa 2020« ehrgeizige beschäftigungs- und bildungspolitische Ziele gesetzt: Bis zum Jahr 2020 soll die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf 75% steigen, die Quote der Hochschulabsolventen eines Jahrgangs auf 40% erhöht werden und die Schulabbrecherquote auf unter 10% sinken.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre massiven Folgen für Output und Beschäftigung in vielen Mitgliedstaaten bedrohen diese ehrgeizigen Ziele erheblich. Gleichzeitig zeigt ein Blick in die Europäischen Verträge aber: Die der EU übertragenen Kompetenzen im Bereich der Beschäftigungspolitik lassen tiefgreifende Arbeitsmarktreflexionen auf EU-Ebene nicht zu, diese sind den Mitgliedstaaten vorbehalten. In diesen jedoch werden zahlreiche erforderliche Reformen, wie die Absenkung von Mindestlöhnen und Lockerungen beim Kündigungsschutz, nicht angegangen, weil der innenpolitische Widerstand als zu groß angesehen wird. Es ist deshalb umso wichtiger, dass die EU zum einen länderspezifische Empfehlungen ausspricht, die solche notwendigen Strukturreformen des jeweiligen Arbeitsmarktes einfordern, und zum anderen die nationalen Arbeitsverwaltungen und Sozialpartner gemeinsam in das Erarbeiten von Reformprogrammen, basierend auf dem Austausch von best practices, einbindet.

Wie wichtig der Blick über den nationalen Tellerrand ist, wird deutlich, wenn man die von der OECD viel gescholtene »niedrige« Quote der Hochschulabsolventen in Deutschland betrachtet. Der starre Blick auf die Quote der Hochschulabsolventen verkennt den Wert der arbeitsmarktnahen dualen Berufsausbildung. So haben in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen in Deutschland zwar nur 28% einen tertiären Bildungsabschluss und in Österreich gar nur 21% (EU-Durchschnitt 36%; Frankreich 43%) (vgl. OECD 2013).

Aber durch das duale Ausbildungssystem erhalten die jungen Menschen in Deutschland und in Österreich eine arbeitsmarktnahe Berufsausbildung, die den Bedürfnissen der Unternehmen entspricht, am Markt nachgefragt wird und wesentlich zu der sehr guten Lage auf den dortigen Arbeitsmärkten beiträgt. Die »niedrige« Quote der Hochschulabsolventen ist nicht zuletzt eine Folge der dualen Ausbildung. Am Ende zählt nicht der gewählte Weg, sondern das Erreichen des Ziels. Und das Ziel muss sein, dass jeder junge Mensch eine Ausbildung erhält, die ihm die nötigen Qualifikationen für die Berufswelt an die Hand gibt. Hier hat sich die duale Ausbildung bewährt. Entsprechende Modellversuche werden – zum Teil staatlich gefördert – bereits in Spanien, Portugal und Italien unternommen. An dieser Stelle

kann die EU die im mehrjährigen Finanzrahmen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgesehenen 6 Mrd. Euro sinnvoll einsetzen.

Zudem sollte die EU die beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen überall dort verbessern, wo es ihr aufgrund der in den Europäischen Verträgen übertragenen Kompetenzen möglich ist. So gibt es trotz des Rechts auf Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 AEUV), der Grundlage für die grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität, immer wieder nationale Regelungen, die spezielle Teile der heimischen Arbeitsmärkte abschotten.² Eine weitere Baustelle für die EU ist die leichtere Anerkennung von Berufsqualifikationen, die in anderen Mitgliedstaaten erworben wurden, und die Verringerung der Zahl der reglementierten Berufe. Freilich immer unter der Prämisse, das höchstmögliche Ausbildungsniveau als Basis zu nehmen, insbesondere bei sicherheitsrelevanten Berufen, wie im Gesundheitssektor. Eine EU-Regelung darf nicht dazu führen, dass die hochwertige duale Ausbildung durch zu geringe Standards bei der Anerkennung von Berufsausbildungsqualifikationen geschwächt wird, wie es der derzeitige Richtlinienentwurf der Kommission implizit vorsieht.³

Was die EU jedoch nicht leisten kann und ordnungspolitisch auch nicht darf, sind Ad-hoc-Maßnahmen wie die Subventionierung ausschließlich jugendlicher Beschäftigung, etwa durch eine Teilfinanzierung der Sozialversicherungsbeiträge, wie mancherorts gefordert wird. Erstens sind von derlei Maßnahmen stets Mitnahme- und Drehtüreffekte zu erwarten. Zweitens hat die EU keine ausreichenden finanziellen Mit-

² So war es ausländischen Reiseleitern bis Mai 2006 verboten, in Italien eine Reisegruppe zu begleiten. Und auch danach versuchten die Behörden, diese Beschränkung aufrechtzuerhalten. (vgl. Heims 2010).

³ Vgl. KOM(2011) 883 Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie Sohn und Czuratits (2012).

tel, um auf breiter Front eine Wirkung zu erzielen. Bei 6 Mrd. Euro für einen Zeitraum von zwei Jahren und EU-weit über 5 Mill. jugendlichen Arbeitslosen verbleiben für eine Individualförderung ohnehin keine nennenswerten Beträge. Eine Ausweitung der EU-Gelder zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ginge zudem zwingend mit einer stärkeren Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten einher. Und drittens sollten die Maßnahmen der Schaffung von Arbeitsplätzen insgesamt dienen und nicht auf jugendliche Arbeitslose beschränkt bleiben. Daher ist zunächst zu fragen, was die betroffenen Mitgliedstaaten selber tun können.

Was können die Mitgliedstaaten tun?

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist ebenso wenig von heute auf morgen entstanden wie die strukturellen Probleme bei den Bildungssystemen und Arbeitsmärkten vieler Mitgliedstaaten. Ergo sind die Folgen der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik auch nicht von heute auf morgen zu lösen. Umso wichtiger ist es, dass die nationalen Regierungen heute Reformen einleiten, um zumindest mittelfristig Erfolge einzufahren. Die notwendigen Reformen betreffen vier Bereiche.

Erstens muss sich die Ausbildung an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren. D.h. es darf nicht am Markt vorbei ausgebildet werden. Als erfolgreicher Weg hat sich die duale Ausbildung erwiesen. Allerdings ist die Einführung einer flächendeckenden dualen Ausbildung ein langwieriger Prozess mit vielen Beteiligten. Der Staat muss die Infrastruktur bereitstellen und gemeinsam mit den Unternehmen die Ausbildungsinhalte definieren. In den Unternehmen müssen sich Ausbilder finden, die sich um die Lehrlinge kümmern. Zu guter Letzt bedarf es der gesellschaftlichen Akzeptanz dieses Ausbildungskonzepts. Obwohl die Erfolge erst mittel- bis langfristig zu verbuchen sein werden, also regelmäßig nicht vor dem nächsten Wahltermin, sollte die Politik diese Maßnahmen einleiten.

Zweitens sollte der Mindestlohn unter Einbindung der Sozialpartner abgeschafft, zumindest aber abgesenkt werden, denn er verbaut jungen Menschen in vielen Mitgliedstaaten den Berufseintritt. Ein junger Mensch ohne Berufserfahrung und mit einer arbeitsmarktfernen oder gar keiner Berufsausbildung findet bei einem hohen Mindestlohn keine Anstellung. Man verbaut ihm damit gleichzeitig die Chance, sich im Beruf weiter zu qualifizieren.

Drittens müssen neben der EU auch die einzelnen Mitgliedstaaten die Arbeitnehmermobilität fördern. Dies gilt gleichermaßen für Mitgliedstaaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und Mitgliedstaaten mit Fachkräftemangel und zu wenig Auszubildenden. Zu denken ist hier beispielsweise an freiwillige Sprachkurse für Arbeitslose oder Zuschüsse zu

Reisekosten, die bei Bewerbungsgesprächen anfallen. Zudem muss die Effizienz der Arbeitsverwaltungen verbessert werden, beispielsweise indem die Arbeitsverwaltungen zumindest alle jene gemeldeten freien Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen EU-weit ausschreiben, die im eigenen Mitgliedstaat nur schwer besetzt werden können.

Viertens müssen die Arbeitsmärkte flexibilisiert werden, um auf künftige Krisen besser reagieren zu können. Hierzu zählt unter anderem die Einführung von Kurzarbeitsregelungen und die Möglichkeit, in einzelnen Betrieben zumindest vorübergehend durch Betriebsvereinbarungen von Tarifverträgen abzuweichen.

Literatur

Goldstein, J.R., M. Kreyenfeld, A. Jasilioniene und D.K. Örsal (2013), »Fertility Reactions to the Great Recession in Europe: Recent Evidence from Order-Specific Data«, *Demographic Research* 29, 85–104.

Heims, H.-J. (2010), »Bitte draußen warten – Arbeitsverbot für deutsche Reiseleiter«, *sueddeutsche.de* vom 1. April.

OECD (2013), *Education at a Glance 2013*, Paris.

Okun, A.M. (1962), »Potential GNP: its Measurement and Significance«, American Statistical Association, Proceedings of Business and Economic Statistical Section, Alexandria, Virginia.

Sohn, K.D. und S. Czurat (2012), »Anerkennung von Berufsqualifikationen – KOM(2011) 883«, *cepAnalyse* Nr. 15/2012.

Schmillen, A. und M. Umkehrer (2013), »Scars of Youth: Effects of Early-Career Unemployment on Future Unemployment Experiences«, IAB Discussion Paper Nr. 6/2013.

Verho, J. (2008), »Scars of Recession: the Long-term Costs of the Finnish Economic Crisis«, Working Paper Series Nr. 9/2008, IFAU – Institute for Evaluation of Labour Markets and Education Policy.



Felix Rauner*

Was tun gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa? Einführung der dualen Berufsausbildung

Bei der Verständigung der G-20-Arbeitsminister 2011 in Paris und 2012 in Guadalajara über die Empfehlung an ihre Regierungen, die duale Berufsausbildung in ihren Ländern zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit einzuführen, bedurfte es keiner langwierigen Beratungen. Die Fakten sprachen für sich: In den Ländern mit einem entwickelten dualen Berufsbildungssystem liegen die Arbeitslosenquoten für Jugendliche deutlich unter 10%, wohingegen die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern mit schulischen und unterentwickelten Berufsbildungssystemen Größenordnungen von über 50% erreicht und selten unter 20% absinkt. Seither haben zahlreiche EU-Länder und die europäische Kommission mit ihrer 6 Mrd. Euro schweren »Jugendgarantie« (2014–2020) Programme zur Etablierung der dualen Berufsausbildung aufgelegt. Ob dieser Programm- und Maßnahmenschub zum gewünschten Erfolg führt, ist jedoch offen.

Bereits die Verständigung der Experten darüber, was die wesentlichen Merkmale einer dualen Berufsausbildung sind, gestaltet sich als unerwartet schwierig, da mit dem englischen Begriff »Apprenticeship« höchst unterschiedliche Formen beruflicher Bildung bezeichnet werden, die Elemente »praxisbezogenen Lernens« oder Phasen der Arbeitserfahrung (Work Experience) einschließen. Die Dauer der Apprenticeship-Programme kann von wenigen Wochen bis zu fünf Jahren variieren. Dementsprechend werden die dabei erreichten Abschlüsse dem zweiten bis fünften Qualifikationsniveau in den acht- bis zehnstufigen nationalen und internationalen Qualifikationsrahmen zugeordnet. Eine Verständigung über die Merkmale einer innovativen dualen Berufsausbildung steht noch aus. Daher hat das International Research Network on Innovative Apprenticeship (INAP) Standards für die Gestaltung, Organisation und Steuerung moderner Berufs-

bildungssysteme formuliert (INAP 2012). Wenn diese Eingang in den internationalen Berufsbildungsdialog finden würden, wäre dies ein wesentlicher Schritt zur Qualitätsentwicklung im Bereich der beruflichen Bildung.

Positiv ist an der G-20- und EU-Initiative »Duale Berufsausbildung«, dass die Qualifizierung der Fachkräfte für den intermediären Beschäftigungssektor, der knapp zwei Drittel der Beschäftigten in den OECD-Ländern umfasst, in das Zentrum der Arbeitsmarktpolitik rückt. Problematisch ist dagegen die ausgeprägte (bis ausschließliche) sozialpolitische Akzentuierung dieser Berufsbildungsinitiativen. Übersehen und weitgehend ausgeblendet wird dabei, dass ein hoch entwickeltes System dualer Berufsausbildung, eingebettet in ein vertikal durchlässiges Berufsbildungssystem, ein kaum zu überschätzender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und das Innovationspotenzial der Unternehmen und Volkswirtschaften darstellt. Der Schweizer Ökonom R. H. Strahm weist dies mit seinem »Wirtschaftsbuch Schweiz: Warum wir so reich sind« (Strahm 2010) eindrucksvoll nach. Sein Fazit lautet: »Alle Hauptfaktoren unseres Reichtums – die hohe Produktivität, die hohe Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung und die internationale Konkurrenzfähigkeit mit hoher Exportkraft – hängen [...] mit unserem [dualen] Berufsbildungssystem zusammen. [Es] ist der entscheidende historische Erfolgsfaktor, welcher die »Swissness«, die Schweizer Qualitätsarbeit und die hohe Wertschöpfung der Wirtschaft ausmacht« (ebd., S. 7).

Circa 70% eines Altersjahrganges entscheiden sich in der Schweiz für eine drei- bis vierjährige duale Berufsausbildung. Diese und das berufsbezogene Abitur, das optional während einer dualen Berufsausbildung erworben werden kann, sind die Voraussetzungen für ein Fachhochschulstudium. Die Fachhochschulen sind als Orte der höheren Berufsausbildung Teil des vertikal durchlässigen Schweizer Berufsbildungssystems. Ihre Absolventen werden von den Unternehmen gegenüber den Absolventen vergleichbarer universitärer Studiengänge bevorzugt als Führungskräfte eingesetzt.

Die hohe Attraktivität des beruflichen Bildungsweges trägt dazu bei, dass die Studienanfängerquote der Schweiz mit unter 40% eines Altersjahrganges deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von zurzeit ca. 60% liegt. Als ein »ökonomisches Paradoxon« gilt in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Schweiz trotz einer niedrigen Quote von Hochschulabsolventen den höchsten Anteil an innovativen KMUs (kleinere und mittlere Unternehmen) aufweist. Der Anteil der KMUs, die Innovationen betreiben, lag vor der Finanzkrise (2005) bei 55%. Deutschland und Österreich erreichten Werte von 45% und 42%. In Frankreich und Großbritannien lagen diese Werte bei 29% und 22% (ebd., S. 40). Das relativ hohe Innovationspotenzial der KMUs in der Schweiz, Deutschland und Österreich lässt sich auf das System der

* Prof. Dr. Dr. h. c. Felix Rauner ist Professor an der Universität Bremen und leitet die Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung (I:BB).

dualen Berufsausbildung zurückführen. In einer Vielzahl von Vergleichsuntersuchungen zur Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit britischer und deutscher Unternehmen wird die deutlich höhere Arbeitsproduktivität der deutschen Unternehmen auf die Qualifizierung der Fachkräfte auf Facharbeiter- und Meisterebene zurückgeführt (vgl. zusammenfassend Reformwerkstatt NRW 2007, 21 ff.). Die Erosion der Meisterschaft und der Meisterlehre (duale Berufsbildung) im Vereinigten Königreich und in anderen OECD-Ländern ging einher mit einer von der OECD propagierten ›College-for-All‹-Politik. Diese hat zur Deindustrialisierung in diesen Ländern erheblich beigetragen. Als eine geradezu dramatische Auswirkung der Deindustrialisierung gilt die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Der Schlüssel für ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen beruflicher Bildung und Arbeitsmarkt – für den nahtlosen Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem – sind vor allem innovative kleinere und mittlere Unternehmen, die dem nationalen und internationalen Qualitätswettbewerb gewachsen sind, sowie eine entwickelte Industrie, die sich an der dualen Berufsausbildung beteiligt. Die Mainstream-Position der Bildungsexperten ist jedoch eine andere. Für sie gilt bis heute Daniel Bells Schrift »The Coming of Post-Industrial Society« von 1973 als das Evangelium für die Entwicklung der *Wissensgesellschaft*. Industrie, produzierendes Gewerbe und berufliche Bildung sind danach Merkmale vergangener Epochen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Deindustrialisierung erscheint als eine Innovation. In der Wissensgesellschaft, so Daniel Bells zentrale These, ist das theoretische wissenschaftliche Wissen das neue axiale System, um das sich alles drehe. Und dieses Wissen werde im Wissenschaftssystem – in gehörigem Abstand zu den Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft – hervorgebracht. Die berufliche Bildung, d.h. die Qualifizierung von Fachkräften für den intermediären Sektor, kommen in seinem Leitbild der Wissensgesellschaft nicht mehr vor (vgl. Bell 1975). Die Verankerung seiner zentralen These in der Programmatik der Bildungs- und Innovationspolitik der OECD und zahlreicher ihrer Mitgliedsländer in der Form der ›College-for-All‹-Politik dürfte zur Deindustrialisierung und zur Erosion beruflicher Bildungssysteme und in der Folge zur Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit und zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand erheblich beigetragen haben.

Die Vorstellung, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa und in den G-20-Ländern durch eine Berufsbildungsreform – die Einführung der dualen Berufsausbildung – rasch behoben werden könne, hat mit der Realität ökonomischer Entwicklungsprozesse und dem Wandel von Bildungstraditionen wenig zu tun. Der notwendige Strukturwandel hin zu innovativen KMUs, der (Re)Etablierung der Meisterschaft für Industrie und ein modernes Handwerk sind eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung einer dualen Be-

rufsausbildung. Der notwendigen Beteiligung der Unternehmen an der dualen Berufsausbildung kommt entgegen, dass die betriebliche Ausbildung nicht nur als ein sich selbst finanzierendes System gestaltet werden kann – der Nettoertrag der betrieblichen Berufsbildung der Schweiz liegt bei ca. 500 Mill. Schweizer Franken –, sondern dass die Erhöhung der Ausbildungsqualität in der Regel auch zu einer Steigerung der Rentabilität der Ausbildung führt (vgl. Piening und Rauner 2013). Zugleich ist die in den Unternehmen weit verbreitete und in der Bildungsökonomie etablierte Vorstellung, dass sich der ›Return of Investment‹ erst nach einer abgeschlossenen Ausbildung einstellt, ein ganz entscheidendes Hindernis für die Beteiligung der Unternehmen an einer dualen Berufsausbildung. Das vermutete finanzielle Risiko, das vor allem in der Phase des Aufbaus einer dualen Berufsausbildung gesehen wird, resultiert aus der Befürchtung, dass die ausgebildeten Fachkräfte von den nicht-ausbildenden Betrieben abgeworben werden und der Return of Investment ausbleibt.

Daher gehört die Verbreitung der Einsicht, dass eine hohe Ausbildungsqualität nur Gewinner kennt – die Unternehmen, die Auszubildenden und die Gesellschaft, die mit den so qualifizierten Fachkräften einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Armut leistet – zu den vordringlichen Aufgaben der Aufklärung über die Vorzüge einer dualen Berufsausbildung.

Obwohl es einige Jahrzehnte dauern dürfte, bis Länder mit einer schulischen Berufsbildungstradition funktionierende und stabile duale Berufsbildungssysteme aufgebaut haben, spricht alles dafür, diesen Weg zu beschreiten. Die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit erfordert jedoch Maßnahmen und Strategien, die bereits heute und in der nahen Zukunft ihre Wirkung entfalten auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Erfolgsversprechend sind aufeinander abgestimmte arbeitsmarkt-, wirtschafts- und bildungspolitische Programme und Maßnahmen, die zugleich die längerfristig angelegte innovationspolitisch ausgerichtete Strukturentwicklung der beruflichen Bildung nicht aus dem Auge verlieren.

Was in einer Reformstrategie ›Duale Berufsbildung‹ beachtet werden sollte

Ein Reformprogramm und eine Reformstrategie ›Duale Berufsbildung‹ muss so angelegt sein, dass die Komplexität des Reformvorhabens durch einen Prozess der formativen Evaluation begleitet wird. Sehr grob lassen sich drei Phasen für ein Reformprojekt ›Duale Berufsbildung‹ unterscheiden.

In einer ersten Phase geht es um die Etablierung eines miteinander verschränkten nationalen, regionalen und lokalen

Berufsbildungsdialoges sowie der Berufsbildungsforschung unter Beteiligung der Repräsentanten der pluralen Steuerung des dualen Berufsbildungssystems: der Sozialpartner und der Lernorte Betrieb und Schule, gestützt durch eine ressortübergreifende Berufsbildungspolitik.

Positive Beispiele sind der Berufsbildungsdialog auf nationaler und lokaler Ebene in der Schweiz, Deutschland und Dänemark. So basieren z.B. die Beratungen und Beschlüsse des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (Deutschland) auf den Forschungs- und Entwicklungsergebnissen des BIBB. Der Hauptausschuss verfügt über die Möglichkeit, entsprechende Forschungsvorhaben zu initiieren.

Erst auf der Grundlage der diskutierten und ausgewerteten Forschungsergebnisse ist es möglich, ein Reformprogramm zu entwerfen und die Reformschritte festzulegen. Zugleich muss die Planung und Steuerung dieses Prozesses im Sinne einer »rollenden Reform« offen sein für die notwendigen Korrekturen, die sich aus der formativen Evaluation und dem Berufsbildungsdialog ergeben.

In einer zweiten Phase bedarf es des Aufbaus der Infrastruktur für ein duales Berufsbildungssystem. Dazu gehören

- ein umfassendes Berufsbildungsgesetz, das alle Bereiche der beruflichen Bildung regelt (s. das Berufsbildungsgesetz der Schweiz). Ein umfassendes Berufsbildungsgesetz sollte eher den Charakter eines Rahmengesetzes haben, das die strategischen Funktionen der Steuerung und Unterstützung des Berufsbildungssystems auf nationaler Ebene regelt und zugleich Raum bietet für die lokale Ausgestaltung der dualen Berufsbildung unter Ausschöpfung der lokalen und regionalen Ressourcen.
- die Entwicklung und Etablierung von Governancestrukturen für duale Berufsbildungssysteme. Hier bieten Länder wie Österreich, Deutschland und vor allem die Schweiz eine Fülle guter Beispiele (vgl. Bertelsmann Stiftung 2009).
- Ein nationales Modellversuchsprogramm, das zur Stärkung des Innovationsprozesses der dualen Berufsbildung beiträgt, mindert das Risiko von Fehlentwicklungen erheblich (vgl. Rauner 2004).
- Der Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrern und Ausbildungsleitern für die relevanten Berufsfelder sowie von Berufsbildungsplanern und der Ausbildung von Ausbildern kommt eine Schlüsselrolle zu (vgl. Hangzhou-Deklaration 2005).
- die Etablierung eines die Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Bildung übergreifenden nationalen Amtes oder Instituts berufliche Bildung sowie eine leistungsfähige Berufsbildungsforschung als notwendiger Pfeiler für die erfolgreiche Etablierung dualer Berufsbildungssysteme. Schwerpunkte der Bildungsplanung und -forschung sind die Be-

rufsforschung und -entwicklung, die domänenspezifische Qualifikations- und Curriculumforschung/-entwicklung, die Berufsbildungsstatistik und Berichterstattung berufliche Bildung, die Kompetenzdiagnostik sowie die Trägerschaft für Modellversuchsprogramme.

In einer dritten Phase bietet sich als Schwerpunkt des Innovationsprojekts »Duale Berufsbildung« die Etablierung eines durchgängigen dualen Bildungsweges an.

Die Attraktivität der dualen Berufsausbildung hängt ganz entscheidend davon ab, dass diese eingebettet ist in einen durchgängigen dualen Bildungsweg. Die duale Hochschule Baden-Württemberg verfügt über das Potenzial »guter« Praxis, wenn es gelingt, den Zugang zum dualen Studium in Anlehnung an das Schweizer Modell des Zugangs von Absolventen der Berufslehre zum Schweizer Fachhochschulstudium zu regeln.

Nur wenn es gelingt, die duale Berufsausbildung so zu gestalten, dass sie einen gleichwertigen Zugang zur tertiären Bildung (dualer Bildungsweg) ermöglicht, wird es gelingen, die verbreitete Stigmatisierung der beruflichen Bildung abzubauen und damit zugleich die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.

Fazit

Unter den Bedingungen des internationalen Qualitätswettbewerbs bleibt die Qualifizierung der Beschäftigten für die direkt wertschöpfende Arbeit im intermediären Beschäftigungssektor – auf der Ebene der Facharbeiter und -angestellten sowie der mittleren Führungskräfte – von zentraler ökonomischer Bedeutung. Es ist absehbar, dass der Anteil der Hochqualifizierten – auch in den entwickelten Ländern – nach allen einschlägigen Analysen 20% der Beschäftigten kaum überschreiten dürfte.

Flache Unternehmenshierarchien sowie die Verlagerung von Kompetenzen und Verantwortung in die direktwertschöpfenden Aufgabenbereiche der Unternehmen erfordern eine entwickelte duale Berufsausbildung. Demgegenüber bewirkt eine Qualifizierungsstrategie, die auf modularisierte Zertifizierungssysteme setzt, nicht die erhoffte und propagierte Flexibilität der Arbeitsmärkte, sondern eine Dequalifizierung der Beschäftigten und verstärkt die Deindustrialisierungsprozesse.

Eine funktionierende duale Organisation beruflicher Bildung auf der Grundlage breitbandiger Kernberufe trägt entscheidend zur Entwicklung beruflicher Identität und damit auch zur Erhöhung der Bereitschaft bei, Verantwortung im Arbeitsprozess sowie darüber hinaus im Kontext außerbetrieblicher, gesellschaftlicher Aufgabenfelder zu übernehmen. Ei-

ne breit etablierte duale Berufsbildung ist daher auch eine wichtige Voraussetzung zur Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft.

Die europäische Kommission könnte ihre Ressourcen, die sie (bisher) in die Entwicklung von Qualifikationsrahmen und andere Klassifizierungssysteme – von zweifelhaftem Wert – investiert (hat), für ein Innovationsprojekt »Duale Berufsbildung« nutzen.

Literatur

Bell, D. (1975), *Die nachindustrielle Gesellschaft (The Coming of the Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting)*. Campus, Frankfurt am Main.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg., 2009), *Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Hangzhou Declaration (2005), »UNESCO International Meeting on Innovation and Excellence in TVET Teacher/Trainer Education«, 8.–10. November 2004, Final Report von K. Veal, J. Dittrich und P. Kämäräinen, UNESCO-UNEVOC, Bonn.

International Network on Innovative Apprenticeship (INAP) (2012), *Memorandum. Architektur einer modernen Lehrlingsausbildung. Standards für Gestaltung, Organisation und Steuerung. Architecture Apprenticeship*. April, online verfügbar unter: <http://bildungsklick.de/a/83636/memorandum-wertet-die-duale-berufsausbildung-international-auf/>.

Piening, D., F. Rauner et al. (2013), *Kosten, Nutzen und Qualität der betrieblichen Ausbildung. Das »Selbstevaluationsinstrument QEK«*, LIT-Verlag (i. E.), Berlin.

Rauner, F. (2004), »Modellversuche in der beruflichen Bildung: Zum Transfer ihrer Ergebnisse (Teil 1 u. 2)«, *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik* 100(4), 195–214; 424–447.

Reformwerkstatt NRW (2007), *Programm zur Zukunft der beruflichen Bildung*, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Strahm, R.H. (2010), *Warum wir so reich sind? Wirtschaftsbuch Schweiz*, 2. erweiterte u. aktualisierte Aufl., hep-Verlag, Bern.



Günter Lambertz*

Was tun gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa?

In Krisenzeiten haben es Jugendliche immer schwer. Private und öffentliche Arbeitgeber müssen ihre Belegschaften verkleinern, sie versuchen ihre Stammbesetzung zu erhalten und haben keinerlei Ersatzbedarf. Leidtragende sind die jungen Leute, die in einer solchen Phase in das Berufsleben eintreten. Dieses Phänomen ist nicht neu, es tritt jedoch in den Ländern Südeuropas derzeit mit einer Deutlichkeit zutage, die ein »weiter so« nicht zulässt.

In dieser Situation schauen verantwortliche Politiker in diesen Ländern nach Deutschland. Die relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern mit einer dualen Berufsausbildung ist eine Tatsache, die mit noch so klugen statistischen Verrenkungen nicht aus der Welt geschafft werden kann. Deshalb werden allen an der Berufsbildung in Deutschland Beteiligten zunehmend Fragen nach den Voraussetzungen für eine Übertragbarkeit einer dualen Berufsausbildung gestellt.

Zugegeben: Delegationen aus aller Herren Länder waren auch beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) schon früher an der Tagesordnung. Und deutsche Berufsbildungsprojekte im Ausland sind auch keine Erfindung des 21. Jahrhunderts. Nunmehr aber werden keine allgemeinen Fragen zur Sinnhaftigkeit gestellt, sondern konkrete Fragen zur Umsetzung. Und erstmals gibt es eine Koordinierung auf Seiten der Bundesregierung und den Willen, einen systematischen Ansatz für den Bildungsexport zu finden.

Wirtschaftsnahe und bedarfsgerechte Bildung

Grundlegend für den Erfolg des im deutschsprachigen Raum verbreiteten Systems der Berufsausbildung ist die

* Dr. Günter Lambertz ist Leiter des Bereichs Weiterbildung beim DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

enge Verknüpfung von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Ausbildung in den Unternehmen sorgt für eine Ausrichtung der Ausbildung an den aktuellen Bedarfen der Wirtschaft. Hingegen bergen rein schulische oder auch außerbetriebliche Ausbildungen die Gefahr einer Fehlentwicklung. Das gilt auch für Systeme, die einseitig auf die akademische Bildung setzen.

Schon in der Vergangenheit war es ein ökonomisches Mirakel, dass Länder wie Deutschland, Österreich oder die Schweiz wirtschaftlich prosperieren konnten, obwohl sie nach herrschender Auffassung bildungspolitisch großen Nachholbedarf hatten. Die über 30 Jahre gleichbleibende OECD-Kritik an der zu niedrigen Akademikerquote in diesen Ländern ist hierfür ein Beispiel. Bezogen auf Deutschland lauteten die Diagnosen: Unzureichende frühkindliche Bildung, mittelmäßige PISA-Ergebnisse, veraltetes Ausbildungsmodell, unterdurchschnittliche Weiterbildungsbeteiligung und zu wenig Akademiker.

Befragt man dagegen die Unternehmen nach den Stärken und Schwächen des Standorts Deutschland, zählt die Qualität der Fach- und Führungskräfte stets zu den Stärken. Es wäre auch verwunderlich, wenn deutsche Unternehmen auf den internationalen Märkten mit Produkten reüssieren könnten, die von einer nur mittelmäßig qualifizierten Belegschaft produziert werden.

Akademisierung der Berufsbildung

Irgendetwas muss also falsch sein am Bild der desolaten deutschen Bildungslandschaft. Und inzwischen gibt es auch Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Strategie, eine möglichst hohe Zahl an jungen Leuten zu einem akademischen Abschluss zu bringen. In den Krisenländern in Südeuropa und auch in Nordafrika ist die Zahl der Studienanfänger in den letzten Jahren und Jahrzehnten sprunghaft angestiegen. Unter den protestierenden Jugendlichen finden sich viele, die eine beachtliche Bildungskarriere vorzeigen können, jetzt aber trotzdem keinen ordentlichen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. »Der Aufruhr der Ausgebildeten« heißt folgerichtig auch eine Analyse der Protestbewegungen im Mittelmeerraum.

Hinzu kommen erste Zweifel, ob Hochschulen der geeignete Ort für eine Berufsbildung sind. Der Anteil der Studenten, die später wissenschaftlich arbeiten, wird nicht nennenswert steigen. Insofern wird für den größten Teil der Studenten das Studium eine Etappe auf dem Weg zu einer möglichst qualifizierten Beschäftigung sein. Da der öffentliche Dienst anders als zu Humboldts Zeiten längst nicht mehr der Hauptabnehmer von Hochschulabsolventen ist, sind es die Unternehmen, bei denen die Absolventen früher oder später landen werden. Die Vorbereitung auf einen späteren Beruf ist aber trotz der Bologna-Reform nicht die Stärke der Hoch-

schulen (vgl. Nida-Rümelin 2013). Der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss hat nicht zuletzt deshalb große Akzeptanzprobleme.

Akzeptanzprobleme haben aber auch praxisorientierte Berufsausbildungen, vor allem im Ausland. In einigen nicht-deutschsprachigen Ländern gibt es noch Rudimente einer Lehrlingsausbildung, die aber den Ruch einer Qualifizierung von Leistungsschwachen haben. Wer etwas auf sich hält, meidet diese Qualifizierungen und geht lieber Vollzeit in die Schule als Teilzeit in einen Betrieb. Dieser Zustand ist der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die schon seit Jahrzehnten im Gang ist und in den jeweiligen Ländern zu einem Bedeutungsverlust der praxisnahen Berufsausbildung geführt hat.

Warum zeigt sich diese Entwicklung in Deutschland und den deutschsprachigen Ländern nicht im gleichen Maße? Zwar gibt es auch hier einen Trend hin zum Studium, jedoch ist der Anteil der Jugendlichen, die sich für eine Berufsausbildung in Betrieb und Schule entscheiden, immer noch sehr hoch.

Verantwortung der Unternehmen

Die Ursachen hierfür sind vielfältig, wesentlich für die Übertragbarkeit auf andere Länder erscheint aber die Teilhabe und Mitwirkung der Wirtschaft zu sein. Berufsausbildung ist historisch aus dem Bedarf der Unternehmen nach qualifizierten Fachkräften entstanden. Im Handwerk bereits im Mittelalter, in der Industrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Betriebe begannen selbst auszubilden, weil es in ihrem eigenen Interesse lag.

Insofern war Berufsbildung zunächst keine staatliche Veranstaltung zur Versorgung von Jugendlichen – und sollte es auch heute nicht sein. Essentiell ist das Eigeninteresse der Unternehmen, ist die Bereitschaft der Unternehmen mitzumachen, mitzuwirken und mitzugestalten. Die Wirtschaft muss sich die Berufsbildung als ihr Tätigkeitsfeld zu eigen machen, ohne »Co-Ownership« der Wirtschaft kann Berufsausbildung nicht funktionieren. Das gilt für den Export nach Südeuropa ebenso wie für das eigene Land. Wenn die Betriebe sich nicht mehr in der Verantwortung sähen und das Interesse an betrieblich qualifizierten Fachleuten verlören, wäre ein Bedeutungsverlust wie in den Nachbarländern wahrscheinlich. Soweit sind wir aber noch nicht.

Die Einstellung der Unternehmen zur dualen Berufsausbildung hat aber schon jetzt Bedeutung für die Versuche, Elemente des deutschen Systems in andere Länder zu transferieren. Vergleichbare Versuche in der Vergangenheit sind nicht zuletzt daran gescheitert, dass das Interesse der Wirtschaft in den jeweiligen Ländern sehr begrenzt war. Die

Aufnahme von kostenlosen Praktikanten für einige Monate im Betrieb ist vermittelbar, nicht jedoch eine mit Kosten verbundene mehrjährige Ausbildung mit vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich der Ausbildungsinhalte. Warum selbst investieren, wenn ich die Absolventen von Fachschulen oder Hochschulen kostenlos bekomme – so die nicht immer offen ausgesprochene Haltung.

Deshalb ist es eminent wichtig, dass bei der Frage des Exports dualer Bildung zunächst die Unternehmen für die Sache gewonnen werden müssen. Dass die Unternehmen in den Krisenstaaten derzeit eher Personal abbauen müssen, ist dabei ein Handicap. Wer einen Fachkräftemangel verspürt, wird eher von einer eigenen Ausbildung zu überzeugen sein, als jemand, der mit Unterbeschäftigung zu kämpfen hat. Allein schon aus diesem Grund ist die Einführung einer dualen Ausbildung kein schnell wirkendes Medikament zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Aber es ist ein Unterfangen, das mittel- und langfristig sehr wohl einen Beitrag leisten kann. Denn die Unterschiede in der Statistik der Jugendarbeitslosigkeit sind derzeit zwar besonders krass, sie bestehen in der Tendenz aber schon seit vielen Jahren. Deshalb lohnt der Blick nach Deutschland, den US-Präsident Obama empfohlen hat, sehr wohl.

Rolle der verfassten Wirtschaft

Wie erreicht man aber eine Co-Ownership der Wirtschaft für eine Berufsausbildung? Vieles deutet darauf hin, dass hier Traditionen eine große Rolle spielen. Und es sind nicht in erster Linie die einzelnen Unternehmen, die solche Traditionen aufrechterhalten, als vielmehr Intermediäre wie Verbände, Innungen und Kammern. Am Beispiel der Schweiz kann gezeigt werden, dass das Fehlen einer Berufsbildungs-Lobby in einem Landesteil – hier das Tessin – dazu führt, dass sich trotz landesweitem einheitlichen Rechtsrahmens beträchtliche Unterschiede in der Ausbildungsbeteiligung zeigen.

Der darauf aufbauende Befund, dass sich eine duale Berufsbildung nur dort vielversprechend entwickeln kann, wo sie auf ein günstiges kulturelles Umfeld zählen kann (vgl. Ghisla, Bausch und Boldrini 2013), könnte dazu verleiten, alle Exportbemühungen hinsichtlich des dualen Systems für chancenlos zu erklären. Zumal es bei der Organisation der Berufsbildung immer auch um Geld geht. Viele öffentliche Gelder – auch von der EU – sind in der Vergangenheit in den Bildungssektor der Krisenstaaten geflossen. Überbetriebliche Bildungsstätten aller Art, oftmals getragen von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, waren und sind die Nutznießer. Sie könnten bei einer Verlagerung der Berufsbildung in die Betriebe auf den ersten Blick nur verlieren. Mit anderen Worten: Wer eine dua-

le Ausbildung einführen möchte, kämpft nicht in einem gegenfreien Umfeld.

Trotzdem: Ohne eine vernünftige Berufsbildung mit Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt wird die Jugendarbeitslosigkeit in Europa dauerhaft auf einem zu hohen Niveau verharren. Diese Erkenntnis ist ja keine deutsche Besserwissererei, sondern eine Einschätzung von verantwortlichen Politikern in den jeweiligen Ländern. Nicht Deutschland ist die treibende Kraft, die unbedingt exportieren will, sondern die Krisenländer wollen importieren. Und da ist es ein Gebot der europäischen Solidarität, dass wir mit Rat und Tat bei Seite stehen.

Mit einigen Gewissheiten können wir schon aufwarten:

- Je kurzfristiger Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ausfallen, desto geringer ist die Langfristwirkung. Dies dürfte auf viele Maßnahmen zutreffen, die im Rahmen der Europäischen Jugendgarantie eingesetzt werden. Ein Angebot für einen arbeitslosen Jugendlichen ist besser als nichts, eine Praktikantenschwemme in den Betrieben verhindert aber den gewünschten Klebeeffekt.
- Mehr Geld für Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit nicht geholfen haben, grenzt an Verschwendung von Steuergeldern. Deshalb ist auch die Diskussion darüber, ob 6 Mrd. Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa ausreichen oder viel zu wenig sind, ohne Kenntnis der Mittelverwendung müßig.
- Die Förderung der Mobilität von Jugendlichen aus den Krisenländern z. B. nach Deutschland ist in vielen Einzelfällen eine sinnvolle Sache, sie wird aber nicht die Ausmaße annehmen, um die dortige Jugendarbeitslosigkeit nennenswert zu senken.
- Angesichts der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen in den Krisenländern kann nicht erwartet werden, dass sie spontan und mit voller Kraft in die Ausbildung investieren. Deshalb muss der Staat die Initialzündung geben und zunächst auch einen größeren Teil der Finanzierung übernehmen als in Deutschland.
- Der Staat muss den rechtlichen Rahmen setzen und dabei seine eigene Macht beschränken. Durchführung und Organisation der Berufsbildung müssen in der Wirtschaft stattfinden – örtlich durchgeführt in den Betrieben, regional organisiert von den Kammern und auf nationaler Ebene von Verbänden, Kammern und Gewerkschaften mitbestimmt.
- Die wichtige Lobby für die Berufsbildung wird nicht spontan zustande kommen. Vielleicht kann man aber Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen durch staatlichen Druck in die gemeinsame Verantwortung drängen. Druckmittel wäre z.B. die durchaus nicht unbeträchtlichen öffentlichen Mittel, die in manchen Ländern in die Verbandslandschaft fließen.

Die deutsche Berufsbildung kann sicher keine Blaupause für die Neuausrichtung der Berufsbildung in anderen Ländern sein. Die vielfältigen Erfahrungen der unterschiedlichen Akteure können aber sehr wohl nutzbringend weiter gegeben werden. So hat der DIHK mit seinen Schwesterorganisationen in Spanien und Italien jeweils ein »Memorandum of Understanding« unterzeichnet. Ziel ist es, auf vielfältige Weise zu kooperieren, um das Know-how der deutschen Industrie- und Handelskammern (IHK) für eine Reform der Berufsausbildung und deren Umsetzung in diesen Ländern zu nutzen.

Exportieren und reformieren

Dieses praktische Handeln dürfte größere Bedeutung haben als die akademische Diskussion um den Exportschlager Berufsausbildung. Die Frage danach, ob die deutsche Berufsausbildung ein Exportschlager oder eine Reformbaustelle ist (vgl. Euler 2013), kann nur mit einem »weder – noch« beantwortet werden. Niemand will das gewachsene deutsche Modell kopieren oder eins-zu-eins übertragen. Insofern handelt es sich nicht um ein fertiges Exportprodukt, das in Serie gehen kann. Andererseits ist jenseits aller Reformfelder genügend Substanz vorhanden, die wir zur Adaption freigeben sollten.

Literatur

Euler, D. (2013), »Die deutsche Berufsausbildung – ein Exportschlager oder eine Reformbaustelle?«, *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik* (3), 321–331.

Ghisla, G., L. Bausch und E. Boldrini (2013), »Warum duale Berufsbildung auch relativ unattraktiv sein kann. Ein Blick in den Mikrokosmos italienische Schweiz«, *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* (4), 38–41.

Nida-Rümelin, J. (2013), »Bildungspolitik auf Abwegen. Die Hochschulen in Deutschland sind keine idealen Stätten der Berufsausbildung. Sie werden es auch nicht durch politisches Diktat«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. August, 7.

In der Bankenregulierung tobt derzeit ein Kampf um das richtige Konzept. Dies überrascht insofern, als die umfangreiche Neufassung der Regeln zur Bankenaufsicht (»Basel III«) gerade jüngst vor der Sommerpause umgesetzt wurde – in der Europäischen Union (Verordnung und Richtlinie)¹ und dann in Deutschland (CRD IV-Umsetzungsgesetz)². Im Kern geht es dabei um die Frage, ob der mit Basel II verfolgte Ansatz der am Risiko der jeweiligen Bank orientierten Eigenkapitalunterlegung ausgebaut oder eine nicht-risikoorientierte Kennziffer wie die Leverage Ratio (bilanzielles Eigenkapital zu Geschäftsvolumen) die zentrale Kennzahl für die Bankenaufsicht darstellen soll. Während das Basel-III-Paket eher unentschieden Elemente aus beiden Richtungen enthält, sprechen sich immer weitere Teile der Wissenschaft und Politik für die Leverage Ratio aus. Der Basler Ausschuss hat nun im Juli selbst ein Konsultationspapier zur »Diskussion über ein ausgewogenes Verhältnis von Risikosensitivität, Einfachheit und Vergleichbarkeit in der Basler Eigenkapitalregelung vorgelegt«, in dem die Frage nach dem künftigen Weg der Regulierung aufgeworfen wird (vgl. Basel Committee on Banking Supervision 2013d). Welcher Pfad ist der richtige?

An Krisenursachen ansetzen

Ohne an dieser Stelle den Kanon der Ursachen der Subprime-Krise in vollem Umfang diskutieren zu können (vgl. Paul und Stein 2013), ist doch unstrittig, dass zunächst US-Banken in ihrem Kerngeschäft, nämlich bei der Kreditvergabe und dem diese begleitenden Risikomanagement, massive Fehler begangen haben (unterlassene Bonitätsprüfung, Zulassung von Klumpenrisiken, unkritische Übernahme Vermittlergeschäft, leichtfertige Verbriefung, Zulassung hoher Fristeninkongruenzen usw.). Damit haben sie ihre eigentliche Existenzgrundlage untergraben, denn eine ökonomische Berechtigung für die Einschaltung von Intermediären ergibt sich immer dann, wenn sie Vorteile ge-

genüber dem direkten Handeln von Marktparteien bieten.

Mit Blick auf Kreditinstitute bestehen diese Vorteile vor allem darin, mit Risiken effektiver und/oder effizienter umgehen und dadurch Transaktionskostenvorteile erzielen zu können. Besonders plastisch hat dies Diamond bereits 1984 mit seinem Begriff vom »Delegated Monitoring« herausgearbeitet: Banken werden im »Auftrag« der Einleger tätig und prüfen für sie die Risiken möglicher Investitionen. Genau dort aber haben viele Kreditinstitute sowohl zu Beginn als dann auch im Laufe der Krise versagt (vgl. Diamond 1984).

Problematisches »Weiter so« bei den traditionellen Eigenkapitalregeln

Die Konsequenz aus den empirischen und theoretischen Erkenntnissen müsste dementsprechend lauten, dass das Risikomanagement der Banken stärker in den Mittelpunkt der Regulierung rücken müsste, wie es mit der Säule 2 von Basel II (»Qualitative Aufsicht«) ja auch angedacht war. Tatsächlich setzt Basel III aber auf der anderen Seite der Waage der Risikotragfähigkeit an, nicht bei den Risiken, sondern beim Risikoträger. Um ein Bild zu wählen: Es werden stärkere Airbags vorgeschrieben, ohne weitere Eingriffe in das



Stephan Paul*



Stefan Stein**

* Prof. Dr. Stephan Paul ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzierung und Kreditwirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

** Prof. Dr. Stefan Stein ist Dekan des Fachbereichs Wirtschaft an der Hochschule BITS Business and Information Technology School in Iserlohn.

¹ Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG; Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012.

² Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 17/240, S. 30212D sowie 17/250, S. 31946B; Bundesrat, Drucksache 544/13.

Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer vorzunehmen (vgl. Paul und Stein 2013, 59 ff.).

Auf Ebene der Europäischen Union erfolgt die Umsetzung der Basler Vorschläge durch das Capital-Requirements-Directive-IV-Paket. Mitte April wurde hierüber im Trilog-Verfahren zwischen Rat, Kommission und Parlament eine Einigung erzielt (»Brüssel III«), so dass die Regelungsinhalte jetzt feststehen, auch wenn die Europäische Bankaufsichtsbehörde EBA zahlreiche technische Details noch vorgeben muss. Da die wesentlichen Regelungen in die Form einer Verordnung gekleidet wurden, gelten sie unmittelbar.³

Kernstück der neuen Regeln sind die Erhöhung und Härterung des von Kreditinstituten mindestens vorzuhaltenden regulatorischen Eigenkapitals (neue Liquiditätsregeln kommen ebenfalls hinzu). So wird die von den Banken als Untergrenze geforderte Quote des Kernkapitals (Tier 1) von bisher 4 auf 6% der risikogewichteten Aktiva angehoben. Der darin vorzuhaltende Anteil des »harten« Kernkapitals steigt stufenweise auf letztlich 4,5% an (1,5% sind dann noch »weiches« Kernkapital). Die zuvor gültige Mindest-Gesamtkapitalquote von 8% bleibt somit zwar unangetastet, allerdings ändert sich ihre Zusammensetzung. Während Kern- und Ergänzungskapital vorher je 4% ausmachten, bleiben aufgrund der erhöhten Tier-1-Anforderung künftig nur noch 2% für das Ergänzungskapital.

Zudem müssen Banken zwei Pufferkomponenten aus hartem Kernkapital darstellen: einen sog. »Kapitalerhaltungspuffer« in Höhe von 2,5% sowie einen »antizyklischen Kapitalpuffer«, der in (konjunkturell) »guten« Zeiten aufgebaut und in »schlechten« aufgezehrt werden soll. Für diese in den Details noch festzulegende Verlustausgleichsreserve, die z.B. am Verhältnis des Kreditwachstums zum BIP anknüpfen könnte, ist eine Bandbreite zwischen 0 und 2,5% der risikogewichteten Aktiva vorgesehen. Beide Kapitalpuffer sollen im Bedarfsfall abgeschmolzen werden dürfen. Ein Unterschreiten der Puffer führt zu Einschränkungen bzw. zum Verbot von Ge-

winnausschüttungen respektive Zahlung variabler Vergütungskomponenten.⁴

Global und andere (im Sinne von national) systemrelevante Institute (»G-SRIs«/»A-SRIs«) werden mit einer noch darüber hinaus reichenden Eigenkapitalanforderung belegt. Für die Deutsche Bank hat Basel den derzeitigen G-SRI-Höchstsatz von 2,5% festgelegt; welche Institute hierzulande einen nationalen Zuschlag (hier sind bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva möglich) erhalten werden, ist noch ungewiss. Die EBA soll hierzu bis zum 1. Januar 2015 Leitlinien zur Festlegung der Anwendungsvoraussetzungen aufstellen.

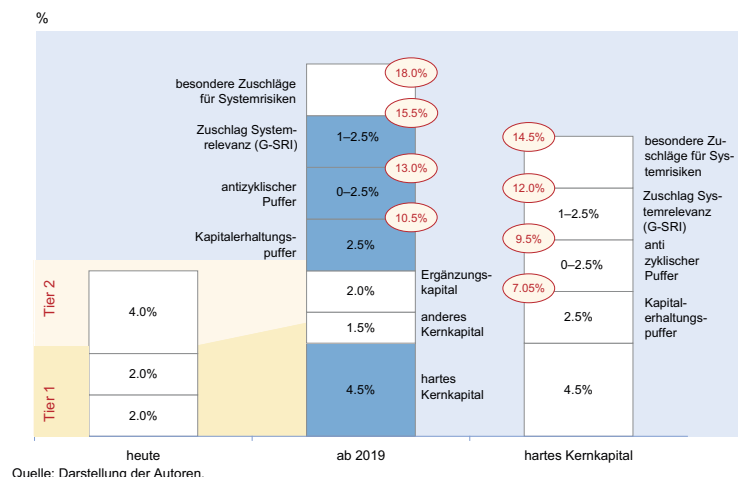
Allein die einheitliche Erhöhung der notwendigen Eigenkapitalquote von 8% auf 10,5% bedeutet eine Steigerung um 31,25%. Mit dem antizyklischen Puffer in der Maximalvariante ergibt sich eine Anhebung auf 13% (+ 62,5%), einschließlich des Zuschlags für global systemrelevante Institute auf 15,5% (+ 93,76%).

Der antizyklische Kapitalpuffer und der Zuschlag für global oder national systemrelevante Institute werden von den nationalen Aufsichtsbehörden festgelegt. Bereits ab dem kommenden Jahr können diese in Eigenregie und ohne Zustimmung der EU-Kommission darüber hinaus hiervon unabhängige systemische Risikopuffer von 1–3% der risikogewichteten Aktiva (für bestimmte nationale und Drittland-Risiken sogar Puffer von bis zu 5%) verlangen. Höhere Puffer müssen mit der EU-Kommission abgestimmt und von dieser genehmigt werden.

Die Behörden können diese Zusatzanforderungen national flächendeckend formulieren, aber auch nur für bestimmte Risikopositionen – so z.B. Hypothekenkredite im Falle einer sich abzeichnenden Immobilienpreisblase – oder auch nur

⁴ Vgl. Art. 129 (6) und 130 (6) i.V.m. Art. 141, Richtlinie 2013/36/EU.

Abb. 1
Vervielfachung der Unterlegung von Krediten mit hartem Eigenkapital



³ Wie in der Vergangenheit wird ein Teil der Regelungen in eine Richtlinie gekleidet, die in nationales Recht umzusetzen ist. Der Deutsche Bundestag hat diesbezüglich das CRD-IV-Umsetzungsgesetz am 16. Mai 2013 und am 27. Juni 2013 verabschiedet. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 5. Juli 2013 keinen Einspruch gegen das Gesetz eingelegt. Die Änderungen wirken sich auf das Kreditwesengesetz (KWG), die Solvabilitätsverordnung (SolV) sowie die Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) aus. Die Konzernabschlussüberleitungs-Verordnung (KonÜV) und die Zuschlagsverordnung werden aufgehoben. Die Verordnung muss als solche nicht umgesetzt werden. Sie gilt unmittelbar. Konkurrierende oder der Verordnung entgegenstehende Vorschriften müssen indes im nationalen Recht bereinigt werden. In Deutschland sind dahingehend insbesondere das KWG, die SolV und die Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) betroffen.

für bestimmte (Gruppen von) Institute(n). Zwar sollen die systemischen Puffer grundsätzlich miteinander verrechnet werden. Es kann jedoch auch zu einer Addition kommen, wenn ein international agierendes Institut in einem EU-Staat einer auf eine spezifische Risikoposition zugeschnittenen Zusatzanforderung unterliegt und zugleich im Heimatland als systemrelevant eingestuft wird. Und im Übrigen dürfen die Mitgliedstaaten auch im eigenen Ermessen Risikogewichte für Realkredite und Interbankenforderungen, Eigenkapital-, Liquiditäts- und Großkreditanforderungen verschärfen.

Durch diese Regeln werden – neben der Gefahr nationaler Alleingänge (vgl. Paul und Paul 2003) – die Anforderungen an den Risikoträger *pauschal* erhöht, d.h. es wird neben dem Investmentbanking auch das »normale« Kreditgeschäft der Banken belastet. Bereits nach Basel II waren Kreditrisiken weitaus stärker mit Eigenmitteln zu unterlegen als Exposures im Marktrisikobereich. Die deutliche Erhöhung des vorzuhaltenden Kernkapitals auch in diesem Bereich wirkt sich in absoluten Beträgen dementsprechend stark aus.

Ist es richtig, sich regulatorisch derart stark auf den Risikoträger Eigenkapital zu fokussieren? Schon 2010 zeigte ein Vergleich von regulatorischen und ökonomischen Modellen zur Kalkulation der notwendigen Eigenkapitalbeträge im Kreditrisikobereich, dass die ökonomischen Modelle der Banken das zu hinterlegende Kapital erheblich niedriger ansetzen als der Regulator. Im Marktrisikobereich ergab sich umgekehrt ein deutlich höherer Betrag als in den regulatorischen Vorgaben (vgl. Erlebach, Grasshoff und Berg 2010). Aus einer neuen Studie des Baseler Ausschusses (Basel Committee on Banking Supervision 2013a) ging Anfang 2013 – fast drei Jahre in der Verbesserung der Risikomodelle später – hervor, dass die Ermittlung der risikogewichteten Aktiva von Banken und der daraus resultierenden Eigenkapitalunterlegung sehr unterschiedlich gehandhabt wird und zudem für Außenstehende nicht nachvollziehbar ist. Bei einer Untersuchung von 16 international tätigen Banken (aus Deutschland die Deutsche Bank und die Commerzbank) sollten für unterschiedlich zusammengesetzte Portefeuilles die Marktrisiken und regulatorischen Eigenmittelbeträge ermittelt werden. Es ergaben sich zum Teil exorbitante Unterschiede, insbesondere dann, wenn neben Aktien und Renten auch größere Teile in Derivaten investiert wurden. Aber selbst bei einem breit diversifizierten Korb mit Standardprodukten schwankte die ermittelte Eigenkapitalunterlegung für ein identisches Portfolio beispielsweise zwischen 13,4 und 34,2 Mill. Euro. Ein Viertel dieses Unterschiedsbetrages resultierte daraus, wie die jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden die Baseler Vorschriften umsetzten, vor allem,

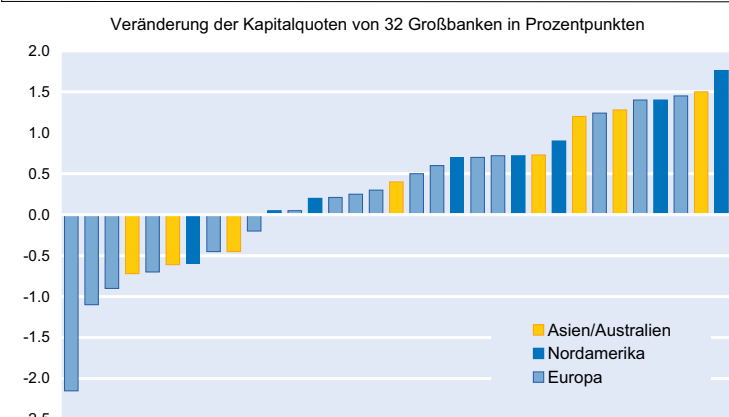
inwieweit sie ihren Banken gestatteten, interne Modelle (ggfs. mit einem Aufschlagsfaktor) anzuwenden.

In diesen Zusammenhang passt auch, dass etwa die Deutsche Bank ihre Risikoaktiva im dritten Quartal 2012 um 55 Mrd. Euro reduzierte, allein 27 Mrd. Euro hiervon wurden auf »Änderungen und Anpassungen in den Berechnungsverfahren« zurückgeführt. Offenbar bestehen also sowohl auf Seiten der nationalen Aufseher als auch der Banken (immer noch) weite Spielräume in der Risikoquantifizierung (vgl. Paul 2013).

Jüngst hat der Basler Ausschuss auch einen ersten Bericht über die Einheitlichkeit der Berechnung der risikogewichteten Aktiva (RWA) in Bezug auf das Kreditrisiko im Anlagebuch herausgegeben (vgl. Basel Committee on Banking Supervision 2013c). Die Analyse stützt sich auf aufsichtsrechtliche Daten von mehr als 100 wichtigen Banken sowie auf zusätzliche Daten zu Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen, die von 32 großen international tätigen Kreditinstituten im Rahmen eines Portfoliovergleichs erhoben wurden. Danach bestehen zwischen den Banken erhebliche Unterschiede bei den durchschnittlichen RWA in Bezug auf das Kreditrisiko im Anlagebuch, die der Ausschuss »zum größten Teil« auf allgemeine Unterschiede in der Zusammensetzung der Bankaktiva zurückführt. Diese entsprechen wiederum – ganz im Sinne der risikobasierten Eigenkapitalregelung von Basel III – den unterschiedlichen Risikopräferenzen der Banken.

Allerdings liegt darüber hinaus »ein wesentlicher Teil« der Unterschiede in der Verschiedenheit der Bank- und Aufsichtspraktiken begründet. Der im Rahmen der Analyse durchgeführte Portfoliovergleich ergab ein hohes Maß an Konsistenz bei der Beurteilung des *relativen* Risikogehalts der Schuldner. Demnach weisen Banken den Portfolios einzelner Schuldner eine sehr ähnliche Rangfolge zu. Es gibt je-

Abb. 2 Wirkung abweichender Risikogewichtungen auf die Kapitalquoten



Quelle: Basel Committee on Banking Supervision (2013c, S.8).

doch Unterschiede in Bezug auf die Höhe des von den Banken geschätzten Risikos, wie es in der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und der Verlustausfallquote (LGD) zum Ausdruck kommt. Diese Unterschiede bewirken eine Variation der Risikogewichte, für welche unterschiedliche Usancen der Banken verantwortlich sind. Die gemeldeten Eigenkapitalquoten bestimmter Ausreißerbanken könnten dadurch um ganze 2 Prozentpunkte (bzw. 20% in relativer Betrachtung) von einer risikobasierten Benchmark-Quote von 10% abweichen (und zwar jeweils nach oben oder nach unten). Die am linken Rand der Abbildung 2 positionierte europäische Bank würde demnach eine um 2,2 Prozentpunkte niedrigere Kapitalquote ausweisen, würde ihre Gewichtung an den Median der Branche angepasst. Unter jenen Banken, deren Risikogewichtung das Eigenkapital eher überzeichnet, befinden sich überdurchschnittlich viele Institute mit Sitz in Europa.⁵

Aus diesen Ergebnissen müsste die Konsequenz gezogen werden, die Aufsichtsregeln zu vereinheitlichen und nicht einseitig beim Risikoträger, sondern vor allem bei der Risikomessung der Kreditinstitute anzusetzen. Doch auch die in letzter Zeit favorisierte Leverage Ratio sieht in »Mehr Eigenkapital« die Lösung.

Leverage Ratio als neuer »Königsweg«?

Mit seinem bekannten »Frisbee-Beispiel« kritisierte Andrew G. Haldane von der Bank of England die bestehenden Eigenkapitalregeln. Ein Hund – so seine Argumentation – müsse auch nicht Physik studiert haben, um eine Frisbee-Scheibe zu fangen, obwohl die Berechnung ihrer Flugbahn alles andere als banal sei (vgl. Haldane 2012). Er plädiert daher für ein radikales »Abrüsten« in der Bankenregulierung, die er als bürokratisches Monster sieht. In »normalen« Zeiten – in denen die Bankenregulierung indes keine wesentliche Rolle spiele – sei der hochgerüstete Apparat aus Risikomanagern, Controllern, Revisoren, Aufsehern tauglich, aber überdimensioniert, ja, schüre Kontrollillusion. In Krisenzeiten aber – und für diese sei Bankenregulierung ja da – würden die Regelwerke versagen, weil die insbes. mit dem Value at Risk operierenden Modelle dramatische Umweltveränderungen, Strukturbrüche nicht (schnell genug) abbilden und in Risikomessregeln oder Steuerungsgrößen umsetzen könnten. Daher sei eine einfache, an der Bilanzsumme oder dem Geschäftsvolumen ansetzende Eigenkapitalnorm = Leverage Ratio dem bestehenden Risikoklassensystem überlegen (vgl. hierzu auch Rudolph 2011; 2012).

Dieser Wunsch nach »hoher Robustheit« der Regulierung taucht in letzter Zeit häufig auf. So empfahlen etwa Kohlleppe und Wambach (2013) jüngst, »auf komplexe Risi-

⁵ Vgl. hierzu Basel Committee on Banking Supervision (2013c) sowie Neubacher (2013).

komodelle zu verzichten und stattdessen (allein, d. Verf.) einen Eigenkapital-Puffer im Verhältnis zur Bilanzsumme, die sogenannte Leverage Ratio, anzustreben.« Und die Politik greift derartige Forderungen ebenso begierig auf: »Die Antwort auf komplexe Finanzmärkte sind nicht komplexe Regulierungen. Ziel muss es sein, die Komplexität der Regulierung zu reduzieren. Eine harte Eigenkapitalquote auf die ungewichtete Bilanz – »leverage ratio« genannt – ist der zentrale Baustein einer solchen Strategie« (Trittin und Schick 2013).

Auch die Vorschläge von Admati und Hellwig (2013) in ihrem vielbeachteten Buch »The Banker's New Clothes« gehen in diese Richtung. Sie stellen die mit internen Berechnungsverfahren verbundenen Modellrisiken heraus und fordern eine deutlich höhere, nicht-risikosensitive Eigenkapitalquote von 20–30%. Hierin sehen sie keine Überbelastung der Kreditinstitute, da deren Fremdkapitalkosten bei verbesserter Eigenkapitalausstattung sinken würden. Insofern blieben – nach der traditionellen Modigliani-Miller-These – ihre Gesamtkapitalkosten konstant. Dies setzt jedoch streng genommen den vollkommenen Kapitalmarkt voraus, auf dem zum einen vollständige Bonitätstransparenz herrscht und Kapitalgeber zum anderen ausreichende Disziplinierungsanreize (und -fähigkeiten!) besitzen. Admati und Hellwig fordern daher die Abschaffung impliziter Staatsgarantien für Banken, eine Beschränkung expliziter Garantien aus Einlagensicherungen und eine Ausweitung von Disziplinierungsanreizen durch Pflichtwandelanleihen, Nachschusspflichten usw.

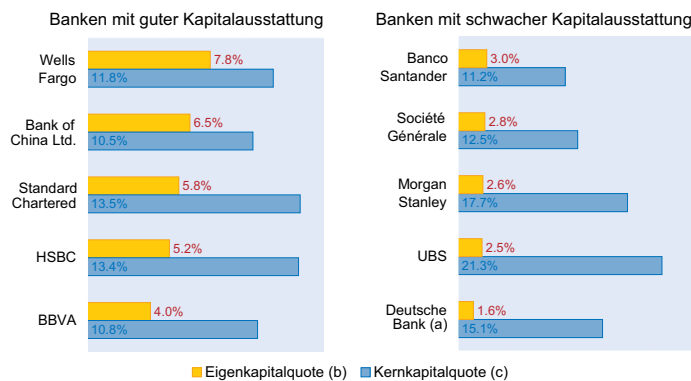
Mittlerweile wird diese »schlichte Regulierungs-idee ... vom ökonomischen Mainstream getragen« (von Petersdorff 2013), planen die US-Regulatoren eine verbindliche Leverage Ratio von 6%. Bei der Umsetzung von Basel III in der Europäischen Union hat man auf 3% abgestellt, die Leverage Ratio allerdings kurz vor der Verabschiedung des Pakets von einer hart einzuhaltende Quote auf eine zumindest bis 2015 lediglich zu publizierende Kennzahl herabgestuft.

In der Tat weichen die bilanziellen von den regulatorischen Eigenkapitalquoten derzeit erheblich ab. Nach einer Untersuchung der amerikanischen FDIC werden z.B. für die Deutsche Bank 15,1% für die Kernkapitalquote und nur 1,6% für die Leverage Ratio ausgewiesen (vgl. Abb. 3).⁶

Hier stößt man jedoch schon an das erste mit der Leverage Ratio verbundene Problem. Die Bilanzsummen (oder Geschäftsvolumina) der Banken unterscheiden sich je nach Rechnungslegungsstandard (HGB, IFRS, US-GAAP) erheblich. Ein Grund für Abweichungen sind etwa der Einbezug und die Verrechnungsmöglichkeiten bzw. -zwänge für Derivate. Deshalb formuliert die Vize-Präsidentin der Deutschen Bundesbank, Sabine Lautenschläger, auch: »Entweder ha-

⁶ Vgl. hierzu und für Abb. 3 Wiebe und Köhler (2013).

**Abb. 3
Kapitalquoten systemrelevanter Banken im Vergleich**



(a) Kapitalerhöhung vom April nachträglich berücksichtigt. (b) Unterstellt Bilanzierung nach IFRS, Kapital und Bilanz bereinigt um Sonderposten. (c) Unter Basel I für US-Banken und Bank of China, unter Basel II für Banco Santander, BBVA und Standard Chartered und unter Basel 2.5 für Deutsche Bank, HSBC, Société Générale und UBS.
Quelle: Wiebe und Köhler (2013).

be ich eine einfach konzipierte Leverage Ratio, dann ist sie aber nicht vergleichbar – und wenig wert. Oder ich habe eine vergleichbare Leverage Ratio; dann muss ich aber einigen Aufwand betreiben, um eine ‚saubere‘ Kennzahl zu ermitteln« (Lautenschläger 2013). Welcher Aufwand dabei zu betreiben ist, zeigt in einem gerade veröffentlichten Papier der Basler Ausschuss, der Vorschläge zur Vereinheitlichung der Berechnung der Leverage Ratio vorstellt (vgl. Basel Committee on Banking Supervision 2013b).

Aber einmal angenommen, diese Probleme könnten gelöst werden: Inwiefern sollte – über die »elegante Schlichtheit« (von Petersdorff 2013) hinaus – eine nicht-risikoorientierte Leverage Ratio dem risikosensitiven Ansatz überlegen sein, der doch gerade als größter Fortschritt bei der Einführung von Basel II bezeichnet wurde? Warum wird vor dem Problem der Risikomessung und -kontrolle kapituliert? Hier wird immer wieder darauf verwiesen, dass Staatsanleihen in Basel II und zukünftig auch III mit einem Nullgewicht versehen seien, was sich ökonomisch nicht rechtfertigen ließe.⁷ Diese und andere Inkonsistenzen bzw. bewusste politische (Fehl-)Entscheidungen seien dafür verantwortlich, dass Risikoaktiva einerseits und Bilanzsumme andererseits bei vielen Kreditinstituten dramatisch auseinanderfielen – bei der Deutschen Bank Ende März 2013 im Verhältnis 325 Mrd. Euro zu 2 033 Mrd. Euro (vgl. Frühauf 2013).

Aber diese Schwäche ließe sich – bei entsprechendem politischem Willen – ja leicht ausmerzen. Aus diesem Grund allein brauchte man keine neue Kennziffer, die parallel in die Steuerung eines Kreditinstituts eingebunden werden muss und von der u.U. Fehlanreize ausgehen. Denn für »risikoarme« Banken ergibt sich dann ebenso wie für »risikoreiche« Institute die Pflicht, den genannten Mindestbetrag an Eigenkapital zu unterhalten und durch Eingehen entsprechender

Risiken auch die erforderlichen Eigenkapitalkosten zu erwirtschaften.

Und schließlich zur Höhe der Leverage Ratio. Nun ist es eine Binsenweisheit, dass manche Banken in der Krise offenbar zu wenig Eigenkapital vorhielten, aber wie viel sollte es denn nun sein? Admati und Hellwig fordern – wie gesagt – 20–30%, die Wirtschaftsweisse Claudia Buch schließt sich an: »Einen Hinweis liefert auch die Eigenkapitalquote von Industrieunternehmen, die bei etwa 25% liegt« (o.V. 2013). Doch Banken haben ganz andere Geschäftsmodelle als realwirtschaftliche Unternehmen, und es käme doch niemand auf die Idee, z.B. von einem Beratungs-(= Dienstleistungs-)Unternehmen die gleiche Eigenkapitalquote wie von einem Maschinenbauer zu erwarten.

Eine niedrige Eigenkapitalquote muss nicht immer eine Gefahr darstellen – wenn z.B. ein Unternehmen aufgrund der Produktionsbedingungen in der Lage wäre, sein Anlagevermögen im Ernstfall schnell und ohne größere Verluste am Markt zu liquidieren. Das war bei Banken und ihren Vermögensgegenständen ganz offensichtlich nicht der Fall. Bei anderen Prüfkriterien fällt die Antwort nicht immer so einfach aus: In der Finanzierungstheorie wird nämlich außerdem argumentiert, Informations- und Anreizprobleme zwischen unterschiedlichen Kapitalgebern sowie zwischen Eigentümern und Management beeinflussten die Finanzierungsstruktur. So diszipliniere etwa der Druck, das Fremdkapital bedienen zu müssen, die Unternehmensleitung, freie Mittel nicht in »windigen Projekten zu verplempern«. Denkbar wäre auch, dass ein niedriger kapitalisiertes Unternehmen besser diversifiziert ist. Eine geringere Streuung der am Markt verdienten Cashflows ließe ebenso eine höhere Verschuldung gerechtfertigt erscheinen. Dagegen implizieren im Geschäftsmodell angelegte hohe Insolvenzkosten ganz klar eine niedrigere Verschuldung. Schließlich spielen auch steuerliche Aspekte für die Beurteilung eine Rolle. Das Thema der »richtigen« Ausstattung mit Eigenkapital ist also offenbar kein einfach zu beantwortendes. Viele Faktoren spielen eine Rolle, die nicht alle in dieselbe Richtung wirken.⁸

Von daher ist es überhaupt erstaunlich, dass im Gegensatz zu Industrieunternehmen der Staat sich zutraut, bei Banken anstelle eines Marktresultats einen Wert für die Eigenkapitalquote festzulegen.

Da Eigenkapital vor allem als Puffer für nicht planbare Expost-Überraschungen dient, lässt sich die »richtige« im Sin-

⁷ So z.B. die Wirtschaftsweisse C. Buch (o.V. 2013).

⁸ Vgl. zu Hinweisen der Finanzierungstheorie im Hinblick auf die Ableitung einer optimalen Kapitalstruktur z.B. Damodaran (2011); Deutsche Bundesbank (2012).

ne von »notwendige« Eigenkapitalausstattung schon durch die jeweilige Bank nicht perfekt, aber schon gar nicht extern sinnvoll quantifizieren. Vorgaben für Eigenkapitalquoten erweisen sich daher letztlich als »theorielose Messergebnisse ...«, die so oder auch anders geregelt sein könnten« (Schneider 1987, 98; 1997, 585). Insofern geht auch der Hinweis, man könne ja auf das Eigenkapital abstellen, das zur Vermeidung der Krise erforderlich gewesen wäre, ins Leere: Auch mit 25% Eigenkapitalquote hätte Lehman nicht überlebt, wohl wäre aber die Masse der Regionalbanken hiermit wohl eher überkapitalisiert (falls ihr Geschäftsmodell dann überhaupt noch funktionieren würde).

Notwendigkeit stärker präventiver Lösungen

Gegenüber der derzeitigen Regulierung ist eine schlicht höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote kein Fortschritt – weder im Konzept der risikoorientierten Eigenkapitalunterlegung noch in Form der Leverage Ratio. Beide wollen »Puffer« schaffen, um Risiken im Krisenfall aufzufangen, setzen damit aber viel zu spät in der Wirkungskette an. Statt einer Kapitulation vor dem Problem der differenzierten Risikokontrolle ist eine massive Verstärkung der proaktiven Kontrolle des Risikomanagements der Banken erforderlich. Die zweite Basler Säule, die nach den eigenen Worten des Ausschusses derzeit in den Hintergrund gerückt ist (vgl. Basel Committee on Banking Supervision 2013d), bietet – richtig verstanden – hierfür zahlreiche Ansatzpunkte in Form der qualitativen Aufsicht. Da niemand weiß, wann und in welcher Form die nächste Krise kommt, ist eine adäquate Infrastruktur des Risikomanagements von Banken (Menschen, Systeme, Prozesse) der beste Krisenschutz. Dies von Seiten der Aufsicht durchzusetzen und zu kontrollieren, ist indes viel mühsamer als das schlichte »Abhaken« einer Eigenkapitalquote. Es erfordert auch wesentlich besser ausgebildete und bezahlte, sich international noch stärker vernetzende Aufseher.

Ohne der nun beginnenden Diskussion über das jüngste Papier des Basler Ausschusses vorzugreifen, dürfte doch schon heute feststehen, dass die von ihm genannten drei Qualitätskriterien nicht gleichberechtigt nebeneinander stehen können. Eine sachgerechte Bankenregulierung muss zunächst effektiv, also aus Gründen des Systemschutzes risikosensitiv und dabei vergleichbar über verschiedene Banken hinweg sein. Erst dann kommt das Ziel der Effizienz zum Tragen. Hier sollten die Regeln so einfach wie möglich sein, aber – um Albert Einstein zu zitieren – auch nicht einfacher.

Literatur

Admati, A.R. und M.F. Hellwig (2013), *The Banker's New Clothes*, Princeton University Press Princeton.

Basel Committee on Banking Supervision (2013a), *Regulatory Consistency Assessment Programme (RCAP) – Analysis of Risk-Weighted Assets for Market Risk*, Basel Committee on Banking Supervision, Januar, Basel.

Basel Committee on Banking Supervision (2013b), *Revised Basel III Leverage Ratio Framework and Disclosure Requirements*, Basel Committee on Banking Supervision, Juni, Basel.

Basel Committee on Banking Supervision (2013c), *Regulatory Consistency Assessment Programme (RCAP) – Analysis of Risk-Weighted Assets for Credit Risk in the Banking Book*, Basel Committee on Banking Supervision, Juli, Basel.

Basel Committee on Banking Supervision (2013d), *The Regulatory Framework: Balancing Risk Sensitivity, Simplicity and Comparability*, Basel Committee on Banking Supervision, Juli, Basel.

Damodaran, A. (2011), *Applied Corporate Finance*, 3. Aufl., Wiley, Hoboken.

Deutsche Bundesbank (2012), »Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung«, *Monatsbericht* 64, 13–28.

Diamond, D.W. (1984), »Financial Intermediation and Delegated Monitoring«, *Review of Economic Studies* 51, 393–414.

Erlebach J., G. Grasshoff und T. Berg (2010), »Die Effekte von Basel III«, *Die Bank* (10), 54–58.

Frühauf, M. (2013), »Risikomodelle der Banken unter Beschuss«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Juni.

Haldane, A.G. (2012), »The Dog and the Frisbee«, Vortrag beim Federal Reserve Bank of Kansas City's 36th Economic Policy Symposium, Jackson Hole, Wyoming, 31. August.

Kohleppel, L. und A. Wambach (2013), »Das Ende des Wettrüstens«, *Süddeutsche Zeitung*, 18. Februar.

Lautenschläger, S. (2013), »Regulierung und »Institution-Building« in Europa: Wo stehen wir und was ist noch zu tun?«, Eröffnungsrede beim Bundesbank-symposium am 28. Mai in Frankfurt.

Neubacher, B. (2013), »Risikogewichte differieren deutlich«, *Börsen-Zeitung*, 6. Juli.

o.V. (2013), »Wir können nicht die gesamte Welt erklären«, Interview mit Claudia Buch, *Süddeutsche Zeitung*, 8. Juli.

Paul, S. (2013), »spielfeld – wissen & handeln 12 des ikf – institut für kredit- und finanzwirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum«, April.

Paul, S. und T. Paul (2003), »Eindämmung von Finanzmarktkrisen durch erhöhte Regulierungsintensität?«, *Wirtschaftsdienst* 83, 384–391.

Paul, S. und S. Stein (2013), *Finanzkommunikation, Basel III und die Unternehmensfinanzierung*, Bank-Verlag, Köln.

Rudolph, B. (2011), »Eigenkapitalanforderungen in der Bankenregulierung«, *ZHR* 175, 284–318.

Rudolph, B. (2012), »Defizite und Perspektiven der Bankenregulierung in der Europäischen Union«, *Kredit und Kapital* 45, 447–463.

Schneider, D. (1987), »Mindestnormen zur Eigenkapitalausstattung als Beispiele unbegründeter Kapitalmarktregulierung?«, in: D. Schneider (Hrsg.), *Kapitalmarkt und Finanzierung*, Duncker & Humblot, Berlin, 85–108.

Schneider, D. (1997), *Betriebswirtschaftslehre, Bd. 3: Theorie der Unternehmung*, Oldenbourg, München, Wien.

Trittin, J. und G. Schick (2013), »Einfach und wirksam«, *Handelsblatt*, 29. Mai.

Von Petersdorff, W. (2013), »Die gute Bank hat viel Kapital«, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 7. Juli.

Wiebe F. und P. Köhler (2013), »Eine Frage der Berechnung«, *Handelsblatt*, 25. Juni.

Das Statistische Bundesamt berechnet seit der großen VGR-Revision 1999 neben dem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt auch den Realwert des Bruttoinlandsprodukts. Der vorliegende Beitrag wirft einen Blick auf die Methodik und präsentiert aktuelle Ergebnisse.

Bei der Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Güterströme in Preis- und Mengenkomponeuten zerlegt. Im Rahmen der Aufkommens- und Verwendungsrechnung hat sich ein integriertes System von Preis- und Volumenindizes etabliert, das einen konsistenten Rahmen für die Messung des Wirtschaftswachstums liefert. In diesem System dient die Volumenkomponente des Bruttoinlandsprodukts (*preisbereinigtes BIP*) als zentraler Konjunktur- und Wachstumsindikator. Das Bruttoinlandsprodukt misst den Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung innerhalb einer Periode (Quartal, Jahr).

Wird allerdings nach der *realen Kaufkraft* der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen gefragt, so ist ein anderes Messkonzept zu wählen (vgl. Kohli 2004; Nierhaus 2000; Lützel 1987). Im Fokus steht nunmehr das durch inländische Produktionstätigkeit entstandene *Realeinkommen (Realwert des BIP)*. Das Realeinkommen wird nicht nur durch das Produktionsvolumen bestimmt, sondern auch durch das reale Verhältnis, mit dem importierte Güter gegen Exportgüter getauscht werden können (*Terms of Trade*). Verbessern sich die Terms of Trade, d.h. steigen (sinken) die Exportpreise schneller (langsamer) als die Importpreise, so muss weniger exportiert werden, um gleich viel importieren zu können. Genauso gut wäre es aber auch möglich, bei gleichen Exportvolumina mehr ausländische Güter und Dienstleistungen als bisher nachzufragen. Bei unverändertem Produktionsvolumen können in beiden Fällen zusätzlich inländische und/oder ausländische Güter erworben werden. Das Realeinkommen im Inland, d.h. die reale Kaufkraft, steigt über höhere nominale Unternehmensgewinne und/oder über niedrigere Preise für Investoren und Verbraucher.

Um zum Realwert des Bruttoinlandsprodukts zu gelangen, ist zum preisbereinig-

ten BIP ein gesonderter *Terms-of-Trade-Effekt* zu addieren. Der Terms-of-Trade-Effekt gibt an, um welchen Realinkommensbetrag sich eine Volkswirtschaft besser (schlechter) stellt, wenn die Relation von Exportpreisen zu Importpreisen steigt (sinkt). Formal wird der Terms-of-Trade-Effekt als Differenz zwischen dem Realwert des Außenbeitrags (Außenbeitrag in jeweiligen Preisen deflationiert mit einem einheitlichen Preisindex) und dem Außenbeitrag in konstanten Preisen des Vorjahres definiert.¹ Bezeichnet man mit X die nominalen Exporte, mit M die nominalen Importe, mit p_X den Exportpreisindex, mit p_M den Importpreisindex und mit p einen generellen Preisindex, so ergibt sich der Terms-of-Trade-Effekt (in Mrd. Euro) gemäß:

$$T = (X - M)/p - (X/p_X - M/p_M)$$

Die Deflationierung erfolgt dabei stets in Preisen bzw. zum Preisniveau des jeweiligen Vorjahres. Der Terms-of-Trade-Effekt T kann positiv (*trading gain*) oder negativ sein (*trading loss*). Zudem hängt der Terms-of-Trade-Effekt von der Wahl des generellen Preisindex p für die Deflationierung des nominalen Außenbeitrags ab. Der Terms-of-Trade-Effekt ist umso größer, je disparater sich die Ausfuhr- und Einfuhrpreise ändern, und umso mehr sich die ausgeführten Waren und Dienstleistungen von den eingeführten Gütern unterscheiden. Der Terms-of-Trade-Effekt kann durch eine Umbasierung auf das aktuelle Preisniveau schließlich auch in *Preisen der Berichtsperiode* ausgedrückt werden.

Nach dem ESVG soll die Wahl eines angemessenen Preisindex p den nationalen statistischen Ämtern überlassen bleiben, um allfälligen länderspezifischen Gege-

¹ Vgl. Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union, S. 345.

benheiten adäquat Rechnung tragen zu können. Generell sollte der Realwert anhand eines Warenkorbs ermittelt werden, für den das nominale Einkommen ausgegeben wird. Die Wahl ist insofern willkürlich, als Einkommen meist nicht vollständig in der Periode der Einkommensentstehung für den Kauf von Waren und Dienstleistungen ausgegeben werden. Teile dieses Einkommens werden gespart, um erst später verausgabt zu werden. Andererseits können Käufe auch aus Einkommen früherer Perioden, also aus Ersparnissen, finanziert werden.²

In der Literatur finden sich für die Wahl des Deflators p verschiedene Vorschläge. Nach dem ESVG ist ein Mittelwert aus dem Export- und Importpreisindex (z.B. das arithmetische Mittel $p = \frac{1}{2} p_M + \frac{1}{2} p_X$) eine »akzeptable Alternative«.³ Alternativ zum Durchschnitt der Ex- und Importpreise lässt sich als Deflator auch der Preisindex der Ex- bzw. Importe heranziehen.

Das Statistische Bundesamt zieht zur Deflationierung den Preisindex für die *letzte inländische Verwendung von Gütern* p_{LV} heran. Dieser Preisindex repräsentiert die Preisentwicklung aller Konsum- und Investitionsgüter, die von privaten Haushalten, Unternehmen und vom Staat gekauft werden. Der Preisindex der letzten inländischen Verwendung wird auch vom *Bureau of Economic Analysis*, das in den USA mit der Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen betraut ist, zur Berechnung des Realwerts des BIP verwendet (*command-basis GDP*). Die Verwendung dieses Preisindex hat den besonderen Vorteil, dass sich der Realwert des BIP direkt, d.h. ohne explizite Berechnung des Terms-of-Trade-Effekts, allein aus der Deflationierung des nominalen BIP ergibt, d.h. es gilt: *Realwert BIP = nominales BIP*/ p_{LV} .⁴

Empirische Ergebnisse

Die deutsche Volkswirtschaft hat im Zeitraum 1992 bis 1999 durch Terms-of-Trade-Effekte nicht unerhebliche Realeinkommensgewinne erzielen können (vgl. Tab. 1). In diesem Zeitraum sind die Exportpreise zumeist stärker gestiegen

bzw. schwächer gesunken als die Importpreise. Dies gilt z.B. für die Jahre 1992 bis 1995, in denen die Rohölpreis fortwährend nachgaben, sowie für 1998 und das folgende Jahr, in denen die Preisbaisse an den internationalen Ölmärkten im Gefolge der Asienkrise zu Buche schlug. Zeitweise gab es aber auch Terms-of-Trade-Verluste, so in den Jahren 1996 bzw. 1997, nicht zuletzt verursacht durch eine spürbare Höherbewertung des US-Dollar. In diesen Jahren nahm die reale Kaufkraft im Inland langsamer als die gesamtwirtschaftliche Produktion zu. Insgesamt überwogen in den 1990er Jahren für Deutschland aber die Terms-of-Trade-Gewinne. So ist der Realwert des Bruttoinlandsprodukts (auf Basis des Preisindex für die letzte inländische Verwendung) in diesem Zeitraum insgesamt um 14,1% gestiegen, während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nur um 11,9% zu expandieren vermochte.

Nach der Jahrtausendwende kehrte sich das Bild um: Nunmehr überwogen eindeutig die Terms-of-Trade-Verluste. Bereits im Jahr 2000 ergab sich – gemessen an der Differenz der Veränderungsraten von Realwert und preisbereinigtem BIP – ein sehr hoher Trading Loss, verursacht durch den starken Anstieg der Rohölpreise, kumulativ verstärkt durch die Euro-Schwäche gegenüber dem US-Dollar. Zur Bezahlung der auf US-Dollar lautenden Ölrechnung mussten im Vergleich zu 1999 weitaus mehr Waren und Dienstleistungen exportiert werden; entsprechend weniger Güter standen im Inland für Konsum und Bruttoinvestition zur Verfügung, und in entsprechendem Umfang sanken die Realeinkommen. Der höchste Realeinkommensgewinn mit einem Volumen von 35 Mrd. Euro konnte im Rezessionsjahr 2009 eingefahren werden, maßgeblich verursacht durch den Rückgang der Rohstoffpreise im Gefolge der weltweiten Finanzkrise. Danach setzten sich die Terms-of-Trade-Verluste für die deutsche Volkswirtschaft aber wieder fort, wozu erneut der Anstieg der Rohölpreise im Gefolge der Mehrnachfrage aus den wachsenden Volkswirtschaften Asiens beigetragen hat. Insgesamt stieg im Zeitraum 2000 bis 2012 das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 14,5% (oder 1,1% p.a.), während der Realwert des BIP aufgrund der Terms-of-Trade-Verluste nur um 12,9% (oder 1,0% p.a.) zu expandieren vermochte.

Die Ergebnisse ändern sich nicht gravierend, wenn bei der Realwertberechnung an Stelle des Preisindex der letzten inländischen Verwendung der Importdeflator verwendet wird. Im Zeitraum 2000 bis 2012 nimmt der Realwert des BIP mit 13,1 % nunmehr etwas stärker zu, er bleibt damit aber immer noch hinter dem Expansionstempo des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts spürbar zurück. Darüber hinaus kommt es im Jahr 2004 beim Terms-of-Trade-Effekt zu einem Vorzeichenwechsel; im Jahr mit dem höchsten Terms-of-Trade-Gewinn (2009) beläuft sich das

² Vgl. Verordnung (EU) Nr. 549/2013, a.a.O., S. 345.

³ Eine Übersicht über verschiedene Deflatoren zur Berechnung des Terms-of-Trade-Effekts und damit des Realwerts des BIP findet sich Lützel (1987, S. 121 f.).

⁴ Das nominale BIP ergibt sich als Summe von Konsumausgaben C , Bruttoinvestitionen IB und Exporten X abzüglich der Importe M : $BIP = C + IB + X - M$. Das BIP in konstanten Vorjahrespreisen errechnet sich aus: $C/p_C + IB/p_{IB} + X/p_X - M/p_M$; wobei p_C : Preisindex der Konsumausgaben, p_{IB} : Preisindex der Bruttoinvestitionen, p_X : Preisindex der Exporte, p_M : Preisindex der Importe. Wird für die Deflationierung des BIP der Preisindex der letzten inländischen Verwendung $p_{LV} = (C + IB)/(C/p_C + IB/p_{IB})$ verwendet, so ist der Realwert des BIP gleich dem Ausdruck: $C/p_C + IB/p_{IB} + (X - M)/p_{LV}$. Damit unterscheiden sich der Realwert des BIP und das BIP in konstanten Vorjahrespreisen um den Faktor $(X - M)/p_{LV} - (X/p_X - M/p_M)$, was dem Terms-of-Trade-Effekt (auf Basis des Preisindex für die letzte inländische Verwendung p_{LV}) entspricht (vgl. Nierhaus 2000, S. 9).

Tab. 1
Realeinkommen und Terms-of-Trade-Effekt im Zeitraum 1992 bis 2012

	Terms-of-Trade-Effekt zum Preisniveau des Vorjahres berechnet mit dem Preisindex ^{a)}		BIP in Vorjahrespreisen (unverkettete Volumina)	Realwert des BIP (Realeinkommen) zum Preisniveau des Vorjahres berechnet mit dem Preisindex ^{a)}		nachrichtlich:		
	p _{LIV}	p _M		p _{LIV}	p _M	Preisbereinigtes BIP (Kettenindex 2005 = 100)	Realwert des BIP (Realeinkommen) Index (2005 = 100) berechnet mit dem Preisindex ^{a)}	
			p _{LIV}				p _M	p _{LIV}
in Mrd. Euro						Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
1992	13,11	12,67	1 563,85	1 576,96	1 576,52	1,9	2,8	2,7
1993	6,90	7,05	1 631,92	1 638,82	1 638,97	- 1,0	- 0,6	- 0,6
1994	4,08	4,22	1 738,84	1 742,92	1 743,06	2,5	2,7	2,7
1995	6,71	6,93	1 812,16	1 818,87	1 819,09	1,7	2,1	2,1
1996	- 2,27	- 2,14	1 863,18	1 860,91	1 861,04	0,8	0,7	0,7
1997	- 8,17	- 8,67	1 907,57	1 899,40	1 898,90	1,7	1,3	1,3
1998	9,40	10,11	1 948,13	1 957,53	1 958,24	1,9	2,3	2,4
1999	4,20	4,46	1 996,40	2 000,60	2 000,86	1,9	2,1	2,1
2000	- 29,43	- 29,82	2 061,44	2 032,01	2 031,62	3,1	1,6	1,6
2001	- 0,49	- 0,26	2 078,59	2 078,10	2 078,33	1,5	1,5	1,5
2002	14,16	17,26	2 102,20	2 116,36	2 119,46	0,0	0,7	0,8
2003	4,87	7,84	2 124,27	2 129,14	2 132,11	- 0,4	- 0,1	0,0
2004	- 0,43	1,29	2 172,48	2 172,05	2 173,77	1,2	1,2	1,2
2005	- 15,54	- 17,16	2 210,63	2 195,09	2 193,47	0,7	0,0	- 0,1
2006	- 12,25	- 14,67	2 306,66	2 294,41	2 291,99	3,7	3,1	3,0
2007	3,34	5,40	2 389,59	2 392,93	2 394,99	3,3	3,4	3,5
2008	- 15,89	- 17,75	2 454,89	2 439,00	2 437,14	1,1	0,4	0,4
2009	35,20	43,13	2 346,55	2 381,75	2 389,68	- 5,1	- 3,7	- 3,4
2010	- 20,65	- 24,13	2 469,42	2 448,77	2 445,29	4,0	3,1	3,0
2011	- 25,08	- 28,97	2 578,14	2 553,06	2 549,17	3,3	2,3	2,2
2012	- 5,55	- 5,56	2 627,81	2 622,26	2 622,25	0,7	0,5	0,5

^{a)} p_{LIV}: Preisindex der letzten inländischen Verwendung, p_M: Importpreisdeflator.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Kaufkraft-Plus nunmehr sogar auf rund 43 Mrd. Euro (in jeweiligen Preisen: 40 Mrd. Euro).

Fazit

Mit dem Nachweis des Realwerts des Bruttoinlandsprodukts im Zuge der umfassenden VGR-Revision 1999 ist in Deutschland eine wichtige Datenlücke in den VGR geschlossen worden. Terms-of-Trade-Effekte sind im preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt nicht enthalten, weil Gewinne bzw. Verluste aus Verschiebungen der Preisrelationen im internationalen Handel nicht zur realen wirtschaftlichen Leistung gezählt werden. Sie werden bei der Berechnung des preisbereinigten BIP durch die Methode der doppelten Deflationierung ausgeschaltet.

Zur Ermittlung des Realwerts des BIP muss zum realen Bruttoinlandsprodukt der sog. *Terms-of-Trade-Effekt* (Realwert des Außenbeitrags abzüglich Außenbeitrag in Vorjahrespreisen) addiert werden. Realwerte können auch von weiteren nominalen Stromgrößen der VGR konsistent berechnet werden. So ergibt sich der *Realwert des Bruttonationaleinkommens*

aus dem Realwert des Bruttoinlandsprodukts zuzüglich des Realwerts des Saldos der Primäreinkommen aus der übrigen Welt; der Realwert des verfügbaren Einkommens folgt schließlich aus dem Realwert des Bruttonationaleinkommens zuzüglich des Realwerts des Saldos der laufenden Übertragungen aus der übrigen Welt abzüglich der Abschreibungen in konstanten Vorjahrespreisen (vgl. Statistisches Bundesamt 2012, Tab. 2.1.6, Realwerte der Volkswirtschaft).

Generell sollten Realwerte anhand des Warenkorb ermittelt werden, für den das Einkommen ausgegeben wird. Weil kein Warenkorb für alle Verwendungszwecke des Einkommens gleichermaßen optimal ist, muss hierüber letztlich eine subjektive Entscheidung getroffen werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist im früheren System of National Accounts von 1979 auf einen gesonderten Nachweis der Realeinkommen verzichtet worden (vgl. United Nations 1979, S. 6 f.).

Für die deutsche Volkswirtschaft überwogen im Zeitraum 1991 bis 1999 die Terms-of-Trade-Gewinne; der reale Verteilungsspielraum im Inland stieg stärker, als es allein auf-

grund der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion möglich gewesen wäre. Ab dem Jahr 2000 dominierten dann aber Kaufkraftverluste, die Terms-of-Trade-Einbußen insbesondere an die ölexportierenden Staaten bewirkten, dass der Realeinkommenszuwachs nunmehr hinter dem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zurückblieb. Allein im Zeitraum 2005 bis 2012 ist das gesamtwirtschaftliche Realeinkommen in Deutschland auf Basis des Preisindex für die letzte inländische Verwendung um 1,8 Prozentpunkte langsamer als die preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Produktion gestiegen. Auf Basis des Importdeflators fällt der Realeinkommensrückstand in diesem Zeitraum ähnlich hoch aus. Hinter den langjährigen Durchschnitten verbergen sich zudem beträchtliche jährliche Tempounterschiede. So ist z.B. im Jahr 2009 das preisbereinigte BIP um 5,1% gesunken, während die Realeinkommen im Inland – je nach verwendetem Deflator – nur um 3,7% oder sogar nur um 3,4% abgenommen haben (vgl. Tab. 1). In den beiden Folgejahren lag der Tempounterschied zwischen den beiden makroökonomischen Aggregaten – nunmehr mit wieder umgekehrtem Vorzeichen – bei rund 1 Prozentpunkt.

Der *Realwert des Bruttoinlandsprodukts*, d.h. die Kaufkraft der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen, ist einer der Schlüsselindikatoren der Volkswirtschaft. Umso erstaunlicher ist, dass in der öffentlichen Diskussion diese Kennziffer im Vergleich zur dominierenden Wachstumsziffer *preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt* bisher ein Schatten-dasein führt.

Literatur

Kohli, U. (2004), »Real GDP, Real Domestic Income, and Terms-of-Trade Changes«, *Journal of International Economics* 62, 83–106.

Lützel, H. (1987), »Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen«, *Wirtschaft und Statistik* (2), 115–122.

Nierhaus, W. (2000), »Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen«, *ifo Schnelldienst* 53(4), 7–13.

Statistisches Bundesamt (2012), *Fachserie 18, Reihe 1.4, Detaillierte Jahresergebnisse 2012*, Wiesbaden.

United Nations (1979), *Manual on National Accounts at Constant Prices*, Statistical Papers, Series M, No. 64, New York.

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist nach seinem zweimaligen Anstieg wieder etwas gesunken (vgl. Abb. 1). Sowohl die Beurteilungen zur aktuellen Lage als auch der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate verschlechterten sich leicht im Vergleich zum Vorquartal (vgl. Abb. 3). Die Erholung der Weltkonjunktur kommt nicht recht voran. Dennoch bleiben die Anzeichen einer Stabilisierung der Weltwirtschaft gültig. In den verschiedenen Wirtschaftsregionen gibt es heterogene Entwicklungen.

Die wichtigsten Ergebnisse

- Die WES-Umfrageergebnisse sind in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufwärts gerichtet. In einigen Schwellenländern, vor allem in Asien und Lateinamerika, gab es hingegen größere Abwärtsrevisionen im Vergleich zum Vorquartal.
- Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate bleiben trotz leichter Eintrübung im Weltdurchschnitt im positiven Bereich.
- Der erwartete Preisanstieg für das Jahr 2013 ist mit 3,2% unverändert gegenüber dem Vorquartal.
- Mehr Experten als bisher gehen von steigenden langfristigen Zinsen aus.
- Im weltweiten Durchschnitt erwarten die Wirtschaftsexperten einen moderaten Wertzuwachs des US-Dollar im nächsten halben Jahr.

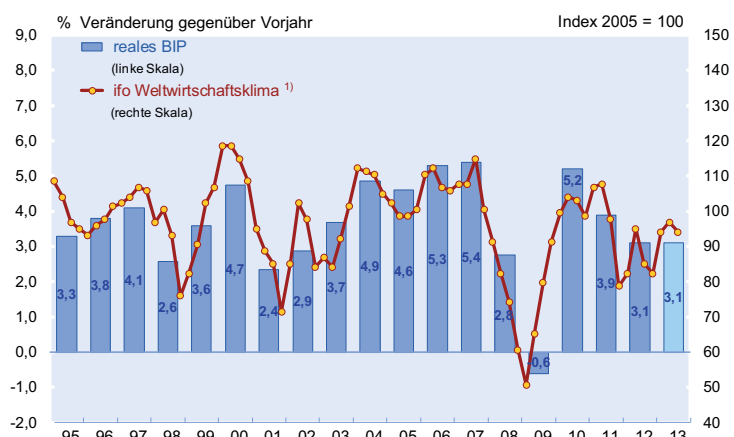
Konjunktorentwicklung in den Weltregionen

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum hat sich zwar verbessert,

liegt aber wie bisher unter seinem langfristigen Durchschnittswert (vgl. Abb. 2). Die aktuelle Lage im Euroraum hellte sich nur geringfügig auf und liegt weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate fielen dagegen erheblich positiver aus als im Vorquartal. Eine konjunkturelle Stabilisierung im Euroraum scheint sich abzuzeichnen. In den meisten Ländern des Euroraums sind die Bewertungen zur aktuellen Wirtschaftslage zwar etwas weniger ungünstig als im Vorquartal, verbleiben aber nach Meinung der befragten Experten in Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern weiterhin im »schlechten« Bereich. Nur wenig besser fallen die Urteile zur aktuellen Lage in Belgien, Irland, Finnland, den Niederlanden und Slowenien aus. Auch in Österreich und der Slowakei liegen die Urteile zur derzeitigen Wirtschaftslage weiterhin unterhalb der »zufriedenstellend«- Marke. Lediglich für Deutschland und Estland bescheinigen die befragten Wirtschaftsexperten weiterhin eine zufriedenstellende bis gute Wirtschaftslage. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich in

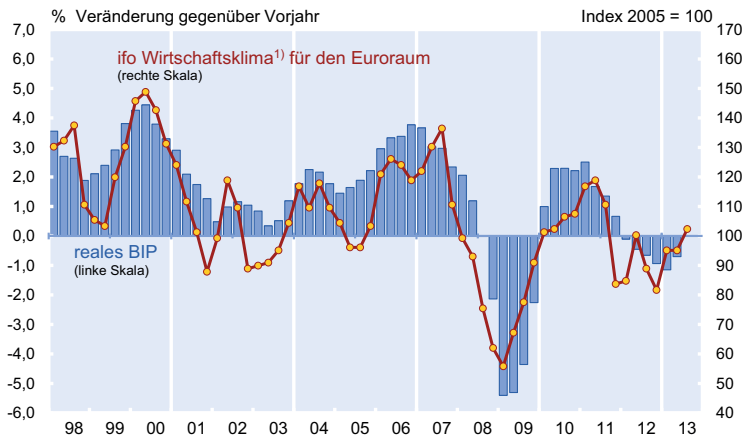
¹ Im Juli 2013 hat das ifo Institut zum 121. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 180 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 123 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris durchgeführt.

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



¹ Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2013 - Update Juli; Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

Abb. 2
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



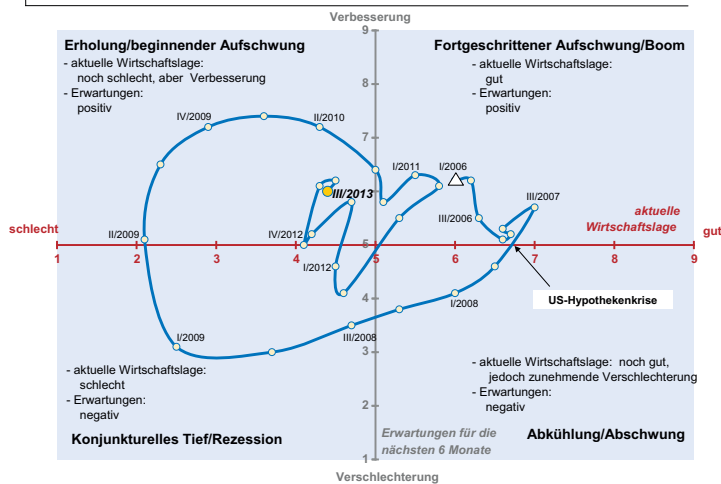
¹⁾ Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

Box 1
ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. In der Juli-Umfrage ist der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima leicht gesunken. Die Eintrübung des Indikators resultierte sowohl aus den weniger positiven Lage- als auch Erwartungsbeurteilungen im Vergleich zum Vorquartal. Der Indikator vollzog eine leichte Abwärtsbewegung im Erholungs-/Aufschwungsquadranten. Die Erholung der Weltwirtschaft kommt nicht recht in die Gänge.

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

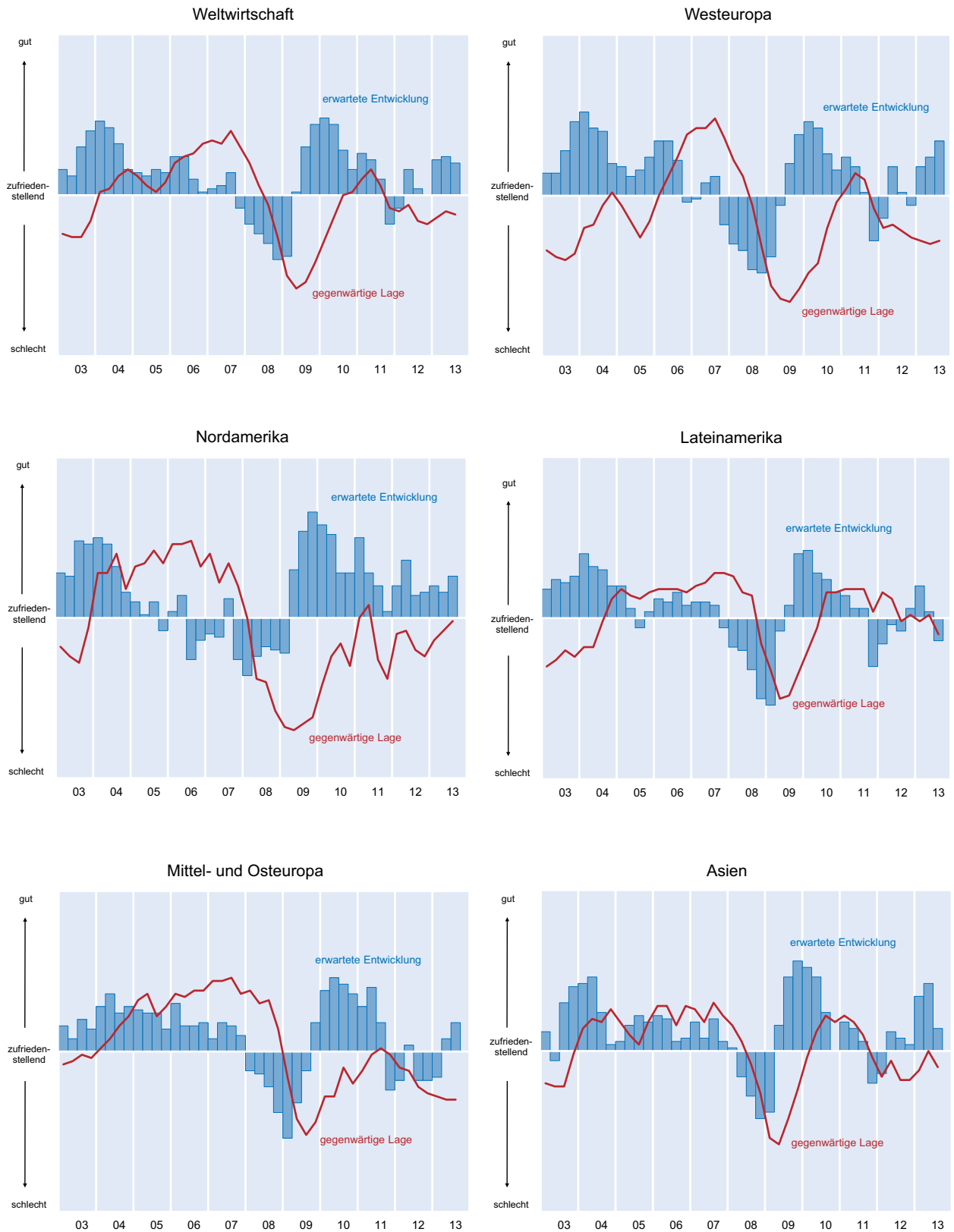
Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

der Mehrzahl der Euroländer weiter verbessert. In nahezu allen Ländern des *Euroraums* sind die befragten Experten in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung im nächsten halben Jahr positiv gestimmt. Lediglich in *Slowenien* und in *Zypern* wird von einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage ausgegangen.

In den Ländern Westeuropas außerhalb des *Euroraums*, in *Norwegen* und der *Schweiz*, ist das Wirtschaftsklima bei weitem freundlicher. Während in *Norwegen* die Einschätzungen der Experten sowohl zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch zu den Erwartungen etwas weniger positiv als im Vorquartal sind, wurden sie in der *Schweiz* nach oben revidiert. Trotz dieser unterschiedlichen Tendenzen herrscht in beiden Ländern eine sehr günstige konjunkturelle Situation mit einem positiven Sechs-Monats-Ausblick vor. In *Schweden* wird die derzeitige wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend beurteilt, und dies wird nach Meinung der WES-Experten voraussichtlich auch so in den nächsten sechs Monaten bleiben. In *Dänemark* und dem *Vereinigten Königreich* gilt die wirtschaftliche Situation erneut als ungünstig, trotz einer leichten Verbesserung im Vergleich zur Umfrage im April. Für die nächsten sechs Monate sind die befragten Experten weit positiver gestimmt als noch vor drei Monaten und erwarten eine Verbesserung hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Ländern.

In *Nordamerika* hat der ifo Wirtschaftsklimaindikator seinen Anstieg mit neuem Schwung fortgesetzt, nachdem er sich vor drei Monaten leicht seitwärts bewegte. Mit 93,7 übertraf der Wirtschaftsklimaindex seinen langfristigen Durchschnitt von 91,3 (1997–2012). Die Bewertung beider Komponenten des Wirtschaftsklimas, gegenwärtige Wirtschaftslage und die Erwartungen, sind positiver als vor drei Monaten. In den *USA* erreichten die besseren Lagebeurteilungen fast ein zufriedenstellendes Niveau. Auch die Konjunkturerwartungen für die nächsten sechs Monate wurden deutlich nach oben revidiert und signalisieren eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Erholung in den *USA* scheint an Boden zu gewinnen. In *Kanada* verbesserte sich die aktuelle wirtschaftliche Situation deutlich gegenüber der letzten Um-

Abb. 3
Wirtschaftliche Lage



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

frage und gilt nun als günstig. Auch die wirtschaftlichen Aussichten sind etwas positiver als vor drei Monaten.

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima in **Asien** fiel wieder unter seinen langfristigen Durchschnitt zurück (90,0; 1997–2012). Nachdem der Indikator im April mit 106,1 seinen höchsten Wert seit Ende 2010 erreichte, ist der Rückgang im Juli auf 89,5 sehr ausgeprägt. Das Sinken des Indikators ist vor allem auf die deutlich weniger positiven Konjunkturaussichten für die nächsten sechs Monate zurückzuführen. Auch die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage verschlechterten sich, aber nur leicht. Die Eintrübung in *Asien* war hauptsächlich das Ergebnis abgekühlter Konjunkturerwartungen in *China*. Aber auch in *Thailand*, *Taiwan* und *Indonesien*, sowie in geringerem Maße auch in *Indien* und *Südkorea*, dämpften die WES-Experten ihre Erwartungen an den weiteren Konjunkturverlauf. Die Urteile zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage wurden in allen diesen Ländern im Vergleich zu der vorherigen Umfrage herabgestuft und werden als ungünstig angesehen. Eine Ausnahme bildet *Indonesien*, wo trotz der Korrektur nach unten die gegenwärtige wirtschaftliche Situation insgesamt immer noch auf einem zufriedenstellenden Niveau steht. In *China* berichten die WES-Experten von einer stark eingeschränkten Versorgung der Unternehmen mit Bankkrediten. Darüber hinaus scheinen rechtliche und administrative Einschränkungen für ausländische Firmen derzeit recht hoch zu sein (vgl. Tab. 1 und 2). Den befragten Wirtschaftsexperten zufolge sind auch andere asiatische Volkswirtschaften wie *Thailand*, *Sri Lanka* und *Indonesien* von einem schlechten Investitionsklima für ausländische Unternehmen betroffen. In *Japan* verbesserte sich die aktuelle Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorquartal und wird von den WES-Teilnehmern im Durchschnitt als zufriedenstellend beurteilt. Die Konjunkturerwartungen sind wie auch schon im Vorquartal sehr optimistisch, trotz einer leichten Korrektur nach unten gegenüber der Umfrage im April. Vor allem der Exportsektor dürfte hier zu einer weiteren Stärkung der Gesamtwirtschaft in den nächsten sechs Monaten beitragen. In *Bangladesch*, *Hongkong*, *Malaysia*, *Singapur* und den *Philippinen* herrscht eine zufriedenstellende bis gute Konjunktur. Die Erwartungen der befragten Experten für die nächsten sechs Monate deuten in allen diesen Ländern auf eine wirtschaftliche Stabilisierung des derzeitigen guten Niveaus. In *Sri Lanka* und *Vietnam* berichten die befragten Wirtschaftsexperten über eine gegenwärtig ungünstige wirtschaftliche Situation und erwarten keine Besserung in den nächsten sechs Monaten. In *Pakistan* hält die schwache wirtschaftliche Verfassung weiter an, dürfte sich aber laut WES-Experten im Laufe der nächsten sechs Monate etwas verbessern.

In **Mittel- und Osteuropa** setzte der Wirtschaftsklimaindikator seinen Anfang 2013 begonnenen Anstieg fort. Das Ansteigen des Indikators war primär das Ergebnis aufgehellter Konjunkturerwartungen. Die Beurteilungen zur derzeitigen

Tab. 1
Angebot an Bankkrediten, Ausmaß der Einschränkung

Nicht eingeschränkt	
Kanada	8,4
Guatemala	8,2
Australien	8,0
Hongkong	7,9
Chile	7,8
Japan	7,8
Paraguay	7,5
Kolumbien	7,4
Namibia	7,4
Philippinen	7,4
Neuseeland	7,3
Schweiz	7,1
Deutschland	7,0
Peru	7,0
Moderat eingeschränkt	
Tschechien	6,9
Brasilien	6,8
Pakistan	6,8
Litauen	6,7
Uruguay	6,7
Taiwan	6,5
Thailand	6,5
Bosnien und Herzegowina	6,3
Österreich	6,3
Mexiko	6,2
Südafrika	6,2
USA	6,2
Malaysia	6,1
Schweden	6,1
Slowakei	6,1
Israel	6,0
Türkei	6,0
Frankreich	5,9
Bolivien	5,8
Sambia	5,8
Argentinien	5,6
Indien	5,6
Kroatien	5,6
Sri Lanka	5,5
Südkorea	5,4
Finnland	5,3
Bulgarien	5,2
Dänemark	5,0
Indonesien	5,0
Kasachstan	5,0
Kenia	5,0
Lettland	5,0
Madagaskar	5,0
Russland	4,9
Polen	4,8
Belgien	4,6
Kongo Demokratische Rep.	4,2
Nigeria	4,2
Serbien	4,2
Niederlande	4,1
Ägypten	4,0
Stark eingeschränkt	
Ungarn	3,9
China	3,3
Albanien	3,2
Vereinigtes Königreich	3,2
Ukraine	3,0
Italien	2,8
Irland	2,7
Portugal	2,3
Rumänien	2,0
Simbabwe	2,0
Spanien	1,7
Slowenien	1,4
Griechenland	1,0

Nur Länder mit mind. fünf Antworten sind aufgeführt. – WES-Skala: 9 = nicht; 5 = moderat; 1 = stark eingeschränkt.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

Tab. 2
Rechtlich-administrative Einschränkungen für ausländische Investoren

Keine	
Schweden	8,3
Finnland	7,2
Chile	7,0
Peru	7,0
Eher gering	
Türkei	6,8
Irland	6,7
Litauen	6,7
Dänemark	6,6
Deutschland	6,5
Uruguay	6,5
Niederlande	6,4
Slowakei	6,4
Mexiko	6,2
Schweiz	6,2
Tschechien	6,1
Australien	6,0
Polen	6,0
Paraguay	5,9
USA	5,9
Guatemala	5,8
Philippinen	5,8
Neuseeland	5,7
Portugal	5,7
Vereinigtes Königreich	5,7
Kanada	5,6
Lettland	5,6
Kolumbien	5,5
Österreich	5,5
Spanien	5,5
Südkorea	5,4
Belgien	5,2
Bulgarien	5,2
Hongkong	5,0
Japan	5,0
Kasachstan	5,0
Kenia	5,0
Kongo Demokratische Rep.	5,0
Madagaskar	5,0
Namibia	5,0
Nigeria	5,0
Rumänien	5,0
Serbien	5,0
Slowenien	5,0
Griechenland	4,7
Indien	4,7
Südafrika	4,7
Ungarn	4,7
Pakistan	4,6
Frankreich	4,4
Malaysia	4,4
Brasilien	4,3
Taiwan	4,3
Sambia	4,2
Italien	4,1
Israel	4,0
Eher hoch	
Kroatien	3,9
Albanien	3,7
China	3,7
Sri Lanka	3,5
Thailand	3,5
Ägypten	3,0
Russland	2,5
Bolivien	2,3
Bosnien und Herzegowina	2,3
Ukraine	2,0
Indonesien	1,7
Simbabwe	1,5
Argentinien	1,3

Nur Länder mit mind. fünf Antworten sind aufgeführt. – WES-Skala: 9 = keine; 5 = gering; 1 = hoch.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

gen wirtschaftlichen Situation wiederum blieben unverändert auf ungünstigem Niveau. Mit 74,8 (vorhergehende Umfrage: 70,8) befindet sich der Index weiterhin deutlich unter seinem langfristigen Durchschnitt von 85,4 (1997–2012). *Lettland* und *Litauen* gehören den WES-Experten zufolge zu den Top-Performern in der Region. In beiden Ländern wird die derzeitige wirtschaftliche Situation noch günstiger als in der letzten Umfrage bewertet. Hinsichtlich des Sechs-Monats-Ausblicks bleiben die befragten Wirtschaftsexperten in beiden Ländern sehr zuversichtlich. In *Bulgarien* und *Rumänien* beschreiben die WES-Teilnehmer die aktuelle wirtschaftliche Situation – trotz einer leichten Verbesserung gegenüber der Umfrage im zweiten Quartal – weiterhin als ungünstig. Nach Meinung der befragten Wirtschaftsexperten ist die derzeitige Verfassung der Investitionen und des privaten Konsums in beiden Ländern sehr schwach. Im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sind die WES-Experten in *Bulgarien* skeptisch geworden. In Rumänien hingegen sind sie positiver gestimmt als im Vorquartal und erwarten eine wirtschaftliche Verbesserung im nächsten halben Jahr. In der *Tschechischen Republik* und *Polen* empfinden mehr Befragte als in der vorherigen Umfrage die aktuelle wirtschaftliche Situation als schwach. In *Ungarn* beurteilten die WES-Teilnehmer die Situation als ungünstig. Immerhin erwarten die befragten Wirtschaftsexperten in allen drei genannten Ländern eine leichte Verbesserung in den nächsten sechs Monaten, in *Ungarn* und *Polen* eine gestärkte Exportwirtschaft miteingeschlossen. In *Kroatien*, dem seit Juli neuen Mitglied der Europäischen Union, gibt es keine Veränderung zum Besseren: Zum vierten Mal in Folge attestieren alle befragten Wirtschaftsexperten einstimmig eine schlechte wirtschaftliche Situation für ihr Land, die auch voraussichtlich in den nächsten sechs Monaten andauern dürfte. In den *mittel- und osteuropäischen* Ländern außerhalb der EU blieben die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage stabil auf niedrigem Niveau. In *Albanien*, sowie einstimmig auch in *Bosnien und Herzegowina* und *Serbien*, beurteilten die WES-Experten die aktuelle Wirtschaftslage als schwach. Die wirtschaftlichen Aussichten für das nächste halbe Jahr hellten sich in *Albanien* leicht auf. In allen anderen Ländern zeigen die Konjunkturerwartungen keine nennenswerte Verbesserung der Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten an.

Der ifo Wirtschaftsklimaindikator für die GUS-Staaten (*Russland, Weißrussland, Ukraine, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan* und *Armenien*) ist aufgrund einer vorsichtigeren Einschätzung der Konjunkturaussichten gesunken. Die Urteile zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage blieben unverändert ungünstig. In *Russland* verschlechterten sich im Vergleich zur vorherigen Umfrage sowohl die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation und in noch stärkerem Maße die Konjunkturerwartungen. Während die aktuelle gesamtwirtschaftliche Verfassung insgesamt als ungünstig be-

wertet wird, gelten vor allem Bau- und Ausrüstungsinvestitionen als sehr schwach. Nach Meinung der befragten Experten läuft der private Konsum hingegen zufriedenstellend. Hinsichtlich des Sechs-Monats-Ausblicks äußerten sich die befragten Wirtschaftsexperten skeptisch. In der *Ukraine* und in *Kirgisien* wurde die aktuelle wirtschaftliche Situation erneut als ungünstig beurteilt. Gegenüber dem Vorquartal erfolgte in der *Ukraine* eine deutliche Herabstufung der Erwartungen: Die Mehrheit der WES-Experten rechnet damit, dass sich die Wirtschaftsleistung bis zum Ende der nächsten sechs Monate weiter verschlechtert. Im Gegensatz dazu ist den befragten Wirtschaftsexperten zufolge in *Kirgisien* im nächsten halben Jahr eine gewisse Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wahrscheinlich. In *Weißrussland*, *Kasachstan* und *Usbekistan* herrscht eine zufriedenstellende derzeitige wirtschaftliche Situation vor, die voraussichtlich in den nächsten sechs Monaten andauern wird.

In *Ozeanien* führten positivere Einschätzungen sowohl der derzeitigen Wirtschaftslage als auch der Erwartungen zu einem leichten Anstieg des Wirtschaftsklimaindikatoren. Mit 103,4 übertraf der Indikator seinen langfristigen Durchschnitt (100,9: 1997–2012). Allerdings kann kein klarer Trend abgeleitet werden, da sich die qualitativen Expertenbeurteilungen seit Anfang 2012 sehr volatil zeigen und zu starken Schwankungen des Wirtschaftsklimaindikatoren führen. In *Australien* herrscht eine günstige gesamtwirtschaftliche Situation vor, die auch voraussichtlich weiterhin in den nächsten sechs Monaten andauern dürfte. Den Expertenmeinungen zufolge werden sich allerdings Bau- und Ausrüstungsinvestitionen im Laufe der nächsten sechs Monate abschwächen, der Exportsektor wiederum ihrer Meinung nach anziehen. In *Neuseeland* stellt sich die derzeitige Wirtschaftslage günstiger dar als noch vor drei Monaten. Auch der Sechs-Monats-Ausblick hellte sich stark auf, und die WES-Experten zeigen sich zuversichtlich im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung.

Neben *Asien* ist *Lateinamerika* die zweitgrößte Region, in der sich das Wirtschaftsklima erheblich verschlechterte. Der ifo Indikator ist weiter gesunken und liegt nun mit 79,6 weit unter seinem langfristigen Durchschnitt (92,7: 1997–2012). Die Werte beider Komponenten, die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und die Erwartungen für die nächsten sechs Monate, verringerten sich und sind nun für die Region im Durchschnitt nicht mehr positiv. Der Abwärtstrend wurde vor allem von *Brasilien* und *Chile* geprägt, wo die Beurteilungen beider Klimaindikatoren im Vergleich zum Vorquartal deutlich zurückgestuft wurden. In *Brasilien* ist die aktuelle wirtschaftliche Situation nach Meinung der befragten Experten schwierig geworden. Derzeit mangelt es hier vor allem an Investitionsausgaben. Im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten sind die *brasilianischen* WES-Experten skeptisch geworden. Aufgrund des erwar-

teten Rückgangs der Exporte wird sich ihrer Meinung nach die Handelsbilanz weiter verschlechtern. In *Chile* setzte sich der Abwärtstrend in der Bewertung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation fort, ist aber unter dem Strich weiterhin günstig. Allerdings sind die Konjunkturerwartungen nun deutlich negativ geworden, d.h. die WES-Teilnehmer sind bezüglich der Wirtschaftsleistung in der nahen Zukunft sehr pessimistisch. In *Paraguay* und *Peru*, und in geringerem Maße auch in *Uruguay*, *Ecuador* und *Bolivien*, herrscht derzeit eine günstige wirtschaftliche Lage. Doch im Hinblick auf den Sechs-Monats-Ausblick für die Konjunktur gibt es in den Ländern unterschiedliche Entwicklungen: Während die WES-Experten in *Paraguay* und *Bolivien* eine Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau erwarten, äußerten sich die befragten Wirtschaftsexperten in *Ecuador*, *Peru* und *Uruguay* eher skeptisch im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung. In *Kolumbien* und *Mexiko* meldeten die befragten Wirtschaftsexperten eine zufriedenstellende derzeitige wirtschaftliche Situation. In *Kolumbien* wurden die wirtschaftlichen Erwartungen spürbar nach oben korrigiert und deuten auf eine weitere Expansion hin. In *Mexiko* gab die Mehrheit der Befragten an, dass sie für die nächsten sechs Monate eine Stabilisierung auf dem derzeit guten wirtschaftlichen Niveau erwarten. In *Argentinien* verbesserte sich die Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation im Vergleich zum Vorquartal. Angesichts der deutlich negativen Konjunkturerwartungen kann für die nächsten sechs Monate keine konjunkturelle Entwarnung gegeben werden. Die befragten Wirtschaftsexperten beurteilten das Investitionsklima in *Argentinien* als besonders ungünstig, zumal es starke rechtliche und administrative Beschränkungen für ausländische Unternehmen gibt, die sich in den nächsten sechs Monaten noch verschärfen dürften. Die WES-Experten zeigten sich auch besorgt, dass sich die politische Instabilität in den kommenden Monaten erhöht (vgl. Tab. 2 und 3). In *Guatemala* verschlechterte sich die derzeitige Wirtschaftslage und wird nun als ungünstig beurteilt. In den nächsten sechs Monaten wird keine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet. In *El Salvador* und *Venezuela* melden die befragten Experten erneut eine schwache wirtschaftliche Verfassung. In beiden Ländern wird erwartet, dass sich die Situation weiter verschlechtert.

Im *Nahen Osten* ist das Wirtschaftsklima noch günstiger als in der letzten Umfrage. Der ifo Indikator stieg auf 95,5 und liegt damit weit über seinem langfristigen Durchschnitt von 84,9 (1997–2012). In der Mehrzahl der Länder in der Region, einschließlich *Israel*, *Jordanien*, *Katar*, *Saudi-Arabien* und den *Vereinigten Arabischen Emiraten* herrscht nach Meinung der befragten Wirtschaftsexperten eine gute Konjunktur. In allen diesen Ländern werden die günstigen wirtschaftlichen Bedingungen voraussichtlich anhalten, bis auf *Israel*, wo die WES-Experten im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung vorsichtig gestimmt bleiben. In *Kuwait*,

Tab. 3
Erwartete Veränderungen der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in den nächsten sechs Monaten

Einflussfaktoren auf das Investitionsklima	Änderungen in den nächsten sechs Monaten*	
	Verschlechterung	Verbesserung
Rechtlich-administrative Einschränkungen für die ausländischen Investoren	Argentinien, Sambia	Griechenland, Kroatien, Mexiko, Simbabwe
Politische Stabilität	Argentinien, Hongkong, Madagaskar, Nigeria, Sambia, Thailand, Ukraine	Albanien, Australien, Irland, Paraguay, Uruguay
* Für die Länder, die in dieser Tabelle nicht genannt wurden, wird keine wesentliche Veränderung des Investitionsklimas erwartet. Nur Länder mit mind. fünf Antworten wurden in die Analyse einbezogen. – Kriterien zur Auswahl von Ländern: Verschlechterung: Wert auf der WES-Skala zwischen 1,0 und 3,5; Verbesserung: Wert auf der WES-Skala zwischen 6,0 und 9,0.		

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

im Libanon und der Türkei wird die aktuelle wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend bewertet. Die Konjunkturerwartungen für die nächsten sechs Monate wurden zwar etwas zurückgefahren, bleiben aber im Großen und Ganzen im positiven Bereich. In Syrien wurde von einer schwachen Wirtschaftsleistung berichtet. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Bürgerkriegs und der Krise ist im Laufe der nächsten sechs Monate keine nennenswerte Verbesserung zu erwarten.

In den nordafrikanischen Ländern Ägypten und Tunesien wird die derzeitige wirtschaftliche Situation als schwach bewertet. Die Konjunkturerwartungen der befragten Experten bleiben vorsichtig und signalisieren keine großen Verbesserungen im Laufe der nächsten sechs Monate. In Algerien, Libyen und Marokko wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend angesehen und dürfte es nach Meinung der WES-Experten für die nächsten sechs Monate weiterhin bleiben. In Südafrika verschlechterte sich das Wirtschaftsklima weiter. Mehr Experten als in der vorangegangenen Umfrage bewerteten die derzeitige wirtschaftliche Situation als ungünstig. Die Konjunkturerwartungen wurden ebenfalls herabgestuft, und die WES-Teilnehmer erwarten nicht, dass sich die Situation in den nächsten sechs Monaten verbessern wird.

Inflationserwartungen weiter moderat

Weltweite Trends

Für das Gesamtjahr 2013 erwarten die WES-Experten im weltweiten Durchschnitt weiterhin einen Preisanstieg von 3,2% (vgl. Tab. 4). Dieser Wert ist etwas niedriger als jener, der zu Anfang des Jahres erwartet worden war (3,3%), und liegt spürbar unter der für das vergangene Jahr gemeldeten Inflationsrate von 3,6%. Eine Tendenz zur Inflationsabschwächung ist vor allem in West- sowie Mittel- und Osteuropa stark ausgeprägt. Auf der anderen Seite haben die

Inflationserwartungen in Lateinamerika weiter zugelegt und zogen auch in Asien leicht an.

Inflationstrends nach ausgewählten Ländern

Die von den WES-Experten für den Euroraum erwartete Inflationsrate 2013 beläuft sich nunmehr auf 1,7% und liegt etwas unter dem Wert, der in der WES-Umfrage im April (1,9%) und im Januar (2,1%) gemeldet worden war. Die niedrigsten Inflationsraten im Euroraum werden nach der jüngsten Umfrage für das Jahr 2013 in den »Krisenländern« Griechenland (0,1%), Irland (1,4%) sowie Portugal und Zypern (1,4% bzw. 1,0%) erwartet. In Deutschland wird laut WES die Inflationsrate in diesem Jahr 1,8% betragen, nachdem zu Jahresanfang und auch noch im April eine Rate von 2,0% für wahrscheinlich gehalten wurde. Über dem Durchschnitt des Euroraums liegen die Inflationsraten in diesem Jahr vor allem in Estland (3,3%) und zu einem geringeren Maße auch in der Slowakei und in Slowenien (jeweils 2,1%).

In Westeuropa außerhalb des Euroraums werden weiterhin das Vereinigte Königreich (2,7%) das obere Ende und die Schweiz (0,2%) das untere Ende der Preisskala bilden.

In Mittel- und Osteuropa haben sich die Preiserwartungen für 2013 seit Jahresanfang deutlich zurückgebildet (von 3,3% im Januar und 2,6% im April auf nunmehr 2,4%). Tendenziell trifft diese Aussage für alle in dieser Region erfassten Länder zu. Niedriger als im Durchschnitt der Region sind die Inflationsschätzungen der WES-Experten für 2013 weiterhin vor allem in Polen (1,5%). Die höchsten Inflationsraten in der Region werden dagegen in Serbien (9,8%) erwartet.

In Nordamerika liegt die sich für 2013 abzeichnende Inflationsrate bei 1,9%, und zwar bei 2,0% für die USA und bei 1,5% für Kanada. Im Vergleich zu den WES-Umfragen im April und Januar bedeutet dies in beiden Fällen einen weiteren Rückgang.

Tab. 4
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2013 (im Juli und April 2013)

Region	III/2013	II/2013	Region	III/2013	II/2013
Durchschnitt der Länder^{a)}	3,2	3,2	Nordamerika	1,9	2,0
EU (28 Länder)	1,8	2,1	Kanada	1,5	1,7
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	1,8	2,0	USA	2,0	2,1
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	2,2	2,5	Lateinamerika	8,5	7,9
Euroraum ^{d)}	1,7	1,9	Argentinien	27,0	26,5
Westeuropa	1,7	1,9	Bolivien	5,0	5,8
Belgien	1,4	1,5	Brasilien	6,2	5,9
Dänemark	1,3	1,6	Chile	2,4	2,6
Deutschland	1,8	2,0	Costa Rica	5,9	(6,0)
Finnland	2,0	2,1	Dominikanische Republik	5,6	5,4
Frankreich	1,1	1,5	Ecuador	4,3	4,2
Griechenland	0,1	0,8	El Salvador	1,8	2,5
Irland	1,4	1,2	Guatemala	5,4	4,8
Island	(3,5)	(4,2)	Kolumbien	2,8	2,6
Italien	1,8	2,1	Mexiko	4,4	4,1
Luxemburg	1,5	1,9	Panama	(5,0)	(5,0)
Monaco	2,3	2,0	Paraguay	4,5	4,4
Niederlande	2,3	2,5	Peru	2,6	2,9
Norwegen	1,6	2,2	Trinidad und Tobago	(7,0)	(6,0)
Österreich	2,1	2,3	Uruguay	8,0	8,1
Portugal	1,4	1,5	Venezuela	38,3	33,0
Schweden	0,9	0,9	Ozeanien	2,4	2,5
Schweiz	0,2	0,4	Australien	2,5	2,6
Spanien	2,0	2,3	Neuseeland	1,7	1,7
Vereinigtes Königreich	2,7	2,8	Naher Osten	4,3	4,3
Zypern	1,0	(1,0)	Israel	2,1	2,4
Mittel- und Osteuropa	2,4	2,6	Jordanien	(7,4)	(7,0)
Albanien	3,0	3,0	Katar	(3,5)	(3,0)
Bosnien und Herzegowina	2,2	2,6	Kuwait	(3,5)	–
Bulgarien	2,7	3,2	Libanon	(6,8)	–
Estland	3,3	3,5	Saudi-Arabien	4,3	5,3
Kroatien	2,8	3,1	Türkei	7,6	6,8
Lettland	2,5	2,0	Vereinigte Arabische Emirate	2,2	2,2
Litauen	2,4	2,8	Afrika	7,5	7,5
Mazedonien	2,5	2,8	Nördliches Afrika	5,7	6,0
Polen	1,5	1,8	Ägypten	10,5	12,6
Rumänien	4,3	4,1	Algerien	(4,2)	4,0
Serbien	9,8	5,5	Libyen	(6,0)	(7,0)
Slowakei	2,1	2,5	Marokko	(3,0)	2,4
Slowenien	2,1	2,0	Tunesien	5,2	6,0
Tschechien	1,8	2,0	Subsaharisches Afrika	8,7	8,5
Ungarn	2,6	3,2	Äthiopien	8,0	(12,0)
GUS	8,1	8,0	Angola	(9,0)	(9,5)
Armenien	7,8	6,4	Benin	4,0	4,2
Kasachstan	6,6	7,1	Burundi	21,0	21,5
Kirgisien	9,0	9,0	Ghana	(11,0)	(9,0)
Russland	7,6	7,1	Kenia	6,6	6,6
Ukraine	4,7	5,6	Komoren	3,3	(3,0)
Usbekistan	(16,5)	(18,6)	Kongo Demokratische Rep.	2,7	3,8
Weißrussland	(18,0)	(18,0)	Republik Kongo	(3,0)	3,4
Asien	3,2	3,1	Lesotho	5,9	6,4
Bangladesch	7,6	8,8	Liberia	7,7	7,2
China	3,1	3,4	Madagaskar	8,1	8,1
Hongkong	3,7	3,4	Malawi	(30,0)	24,0
Indien	7,0	7,1	Mauretanien	7,0	6,8
Indonesien	7,7	6,3	Mauritius	4,5	4,4
Japan	0,4	0,4	Namibia	6,2	6,2
Malaysia	2,9	2,6	Niger	2,5	3,7
Pakistan	9,6	10,4	Nigeria	10,4	11,5
Papua Neuguinea	(6,0)	(6,0)	Sambia	8,2	7,3
Philippinen	3,3	3,4	Senegal	(1,5)	–
Singapur	3,5	(3,0)	Sierra Leone	10,8	10,3
Sri Lanka	9,1	10,0	Simbabwe	3,6	4,2
Südkorea	2,2	2,8	Südafrika	6,2	5,9
Taiwan	1,5	1,7	Sudan	38,8	31,7
Thailand	3,2	3,4	Swasiland	6,7	6,1
Vietnam	6,7	7,5	Togo	(3,0)	(3,0)
			Tschad	(5,2)	–

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. –
^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. –
^{c)} Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. –
^{d)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. –
 () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2013 und II/2013.

In **Asien** sind die Inflationserwartungen für 2013 seit April leicht gestiegen (von 3,1% auf 3,2%). Dies lag hauptsächlich an den höheren Inflationserwartungen in *Indonesien* (7,7% gegenüber 6,3% im April), *Singapur* (3,5% nach 3,0%) und *Hongkong* (3,7% nach 3,4%). In den meisten anderen *asiatischen* Ländern wurden die Inflationserwartungen dagegen nach unten korrigiert, so in *China* (von 3,4% auf 3,1%), *Südkorea* (von 2,8% auf 2,2%), *Thailand* (von 3,4% auf 3,2%) und *Taiwan* (von 1,7% auf 1,5%). Mit Abstand die höchste Preissteigerung wird weiterhin in *Pakistan* (9,6%) erwartet. Auch in *Sri Lanka* (9,1%), *Indonesien* (7,7%), *Bangladesch* (7,6%), *Indien* (7,0%) und *Vietnam* (6,7%) wird die Inflation weiterhin deutlich über dem Durchschnittswert in der Region liegen. In *Japan* wird trotz des Umschwenkens auf eine expansivere Geldpolitik nur mit einer Inflationsrate von 0,4% für das laufende Jahr gerechnet. Der deflationäre Trend der vergangenen Jahre ist damit zwar gestoppt, das mittelfristige Inflationsziel der neuen *japanischen* Regierung in Höhe von ca. 2% liegt aber noch in weiter Ferne.

In **Ozeanien** gingen die Inflationserwartungen für 2013 in *Australien* weiter zurück (von 2,6% auf 2,5%) und blieben in *Neuseeland* mit 1,7% unverändert niedrig.

Lateinamerika ist die Weltregion, in der sich seit Jahresanfang die Inflationserwartungen der WES-Experten für 2013 kontinuierlich erhöht haben (von 7,7% zu Jahresbeginn auf 7,9% im April und nun 8,5% im Juli). Länder mit dem voraussichtlich höchsten Preisanstieg in der Region sind die beiden Hochinflationenländer *Venezuela* (38,3%) und *Argentinien* (27,0%). Auf der anderen Seite brillieren Länder wie *El Salvador* (1,8%), *Chile* (2,4%), *Peru* (2,6%) und *Kolumbien* (2,8%) mit niedrigen Inflationsraten. In *Brasilien*, der größten Volkswirtschaft in der Region, wird für 2013 eine Inflationsrate von 6,2% erwartet, was über der Schätzung im April (5,9%) und zu Jahresanfang (5,6%) liegt.

In den **GUS-Staaten** blieb die Inflationsschätzung für 2013 nahezu unverändert (8,1% nach 8,0% im April). Niedriger als im Durchschnitt der Region ist die Inflationsprognose für die *Ukraine* (4,7%). Nahe am Durchschnittswert der Region liegen die Inflationsschätzungen für *Russland* (7,6% nach 7,1% im April) und *Kasachstan* (6,6% nach 7,1% im April). Weiterhin deutlich über dem Durchschnitt in der Region liegt die für 2013 erwartete Inflationsrate in *Usbekistan* (16,5%).

Im **Nahen Osten** blieben die Inflationserwartungen für 2013 unverändert bei 4,3%. Innerhalb des *Nahen Ostens* sind sie wiederum am niedrigsten für *Israel* (2,1%) und für die *Vereinigten Arabischen Emirate* (2,2%). In *Saudi-Arabien* liegt der Prognosewert für die Inflation im Jahr 2013 bei 4,3%, nach erwarteten 5,3% in den vorangegangenen zwei Umfragen. Für die *Türkei* haben die WES-Experten die Inflations-schätzung für 2013 gegenüber den Umfragen seit Jah-

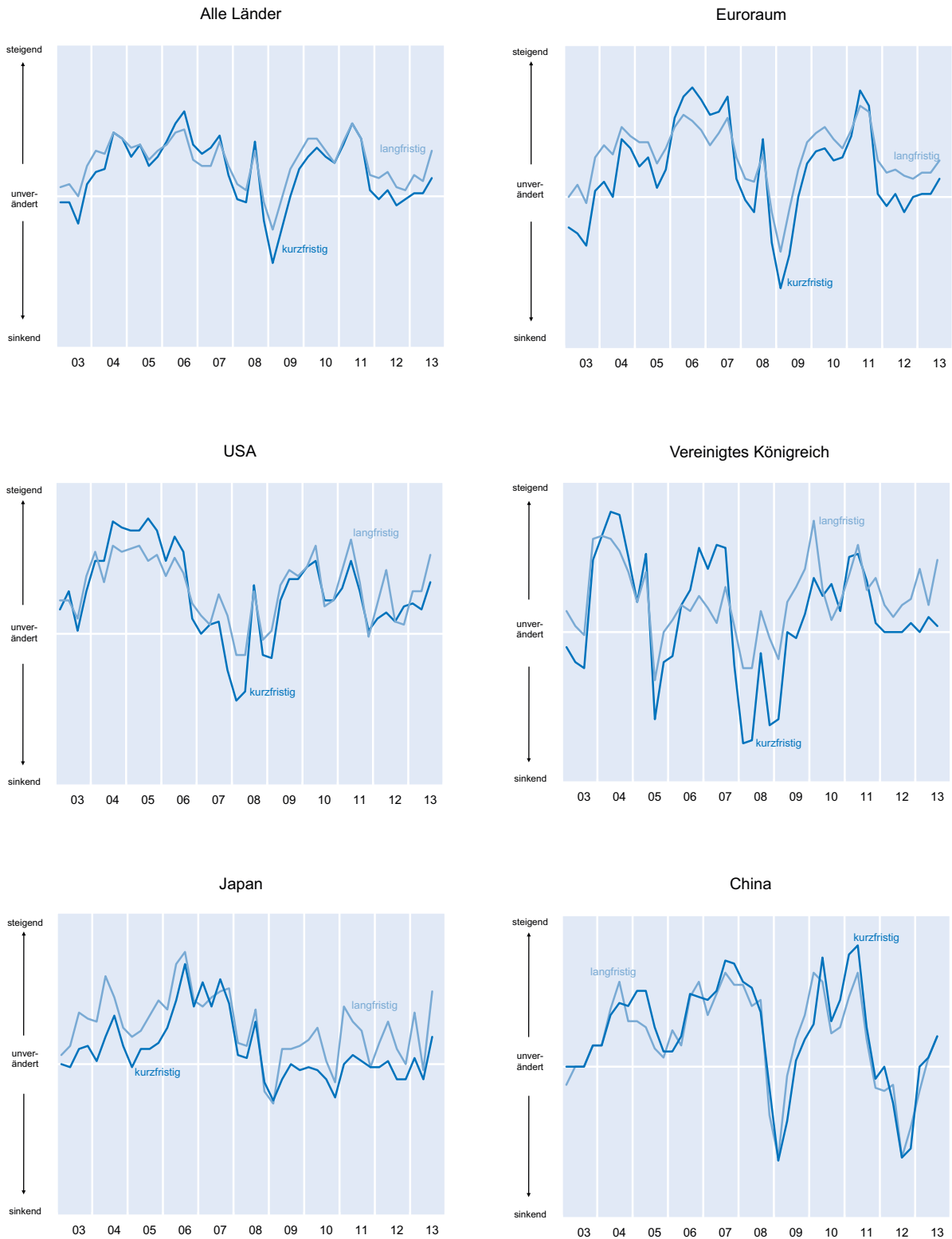
resbeginn weiter angehoben (7,6% nach 6,8% im April und 6,6% im Januar).

In **Afrika** ergibt sich nach wie vor ein sehr heterogenes Bild bei den Inflationstendenzen: Relativ niedrige Inflationsraten werden für 2013 in der *Demokratischen Republik Kongo* (2,7%) sowie in der *Republik Kongo-Brazzaville* und *Marokko* (jeweils 3,0%) erwartet. In einem Mittelfeld (zwischen 4 und 9% Inflation) liegen die für 2013 prognostizierten Inflationsraten weiterhin in der Mehrheit der untersuchten *afrikanischen* Länder, so in *Benin* (4,0%), *Algerien* (4,2%), *Tunesien* (5,2%), *Lesotho* (5,9%), *Namibia* (6,2%), *Südafrika* (6,2%), *Kenia* (6,6%), *Swasiland* (6,7%) und *Mauretanien* (7,0%). Hohe Inflationsraten von über 10% dürften auch in diesem Jahr besonders im *Sudan* (38,8%), *Malawi* (30,0%) und *Burundi* (21,0%) sowie zu einem etwas geringeren Grade auch in *Sierra Leone* (10,8%), *Ägypten* (10,5%) und *Nigeria* (10,4%) vorherrschen.

Mehr WES-Experten erwarten Anstieg der langfristigen Zinsen

Im weltweiten Durchschnitt wird nicht mehr mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen gerechnet, sondern erstmals seit fast zwei Jahren tendenziell mit einem Anstieg. Noch ausgeprägter ist die erwartete Aufwärtstendenz bei den langfristigen Zinsen (vgl. Abb. 4). Der *Euroraum* unterscheidet sich hinsichtlich der Zinsperspektiven nur wenig vom Weltdurchschnitt. Im *Euroraum* gehen allerdings weniger Experten von steigenden langfristigen Zinsen aus: Dies liegt vor allem an den »Euro-Krisenländern« *Griechenland*, *Irland*, *Italien*, *Spanien* und *Portugal*, wo die immer noch relativ hohen Kapitalmarktzinsen nach Ansicht der WES-Experten im Laufe der nächsten sechs Monate weiter zurückgehen oder zumindest unverändert bleiben dürften. In *Westeuropa* außerhalb des *Euroraums* wird in *Norwegen* mit stabilen lang- und kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten gerechnet. Auf der anderen Seite dürften nach Ansicht der WES-Teilnehmer in *Schweden* wie auch in der *Schweiz* – ähnlich wie im Weltdurchschnitt – sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten Monate steigen. Kräftig zugenommen haben die Erwartungen hinsichtlich steigender Kurz- und Langfristzinsen in den *USA*. In *Kanada* trifft dies nur für die langfristigen Zinsen zu, während die kurzfristigen Zinsen in den nächsten sechs Monaten unverändert bleiben dürften. Zu den wenigen Ausnahmen, wo der Zinstrend in den nächsten Monaten weiter nach unten zeigen wird, gehören *Indien*, *Sri Lanka* und *Vietnam*, *Ungarn*, *Sierra Leone* und schließlich *Australien*, hier allerdings nur im Hinblick auf die kurzfristigen Zinsen, während die langfristigen Zinsen in den nächsten Monaten steigen dürften. Mit weitgehend stabilen Zinssätzen – sowohl am kurzen, wie am langen Ende der Zinsskala – rechnen die WES-Experten für die *GUS-Staaten*. Eine Ausnah-

Abb. 4
Kurz- und langfristige Zinsen
 Erwartungen für die nächsten sechs Monate



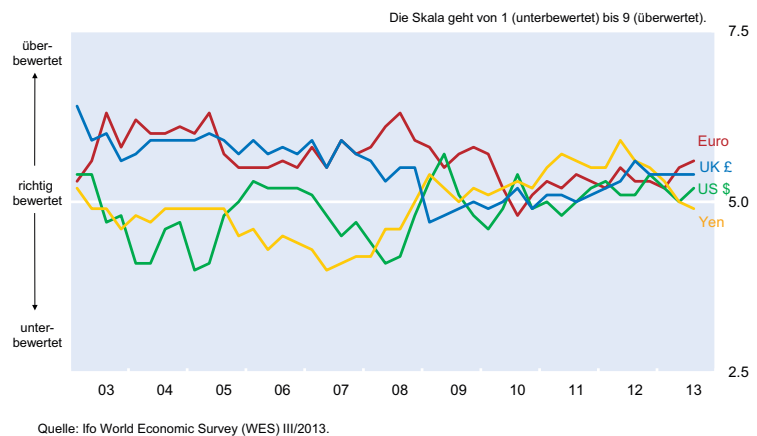
Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2013.

me in dieser Region bildet *Kasachstan*, wo sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate steigen dürften. In *Lateinamerika* hat sich die seit Anfang 2013 zu beobachtende Aufwärtstendenz in den Zinserwartungen fortgesetzt. Sie ist – wie oben angesprochen – besonders stark ausgeprägt in *Brasilien*. Aber auch in den meisten anderen in der Umfrage einbezogenen *lateinamerikanischen* Ländern wird im Laufe der nächsten sechs Monate mit steigenden langfristigen Zinsen gerechnet; die kurzfristigen Zinsen dürften dagegen – nach Ansicht der WES-Experten – in *Chile* und *Uruguay* sinken und in *Venezuela* stabil bleiben. In *Asien* ist die in der vorangegangenen Umfrage noch vorherrschende Erwartung sinkender Zinsen von Anstiegs-Erwartungen abgelöst worden. Sie betreffen die kurz-, vor allem aber die langfristigen Zinsen. Eine Ausnahme von diesem neuen Trend ist *Indien*, wo mit weiter sinkenden Kurz- und Langfristzinsen gerechnet wird. In den meisten anderen in der Umfrage erfassten *asiatischen* Länder zeigt die erwartete Zinstendenz nach oben: So wird in *China* nach der langen Phase sinkender Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate mit einem Anstieg sowohl der kurz- wie der langfristigen Zinsen gerechnet. Stärker als in *China* fallen die Erwartungen steigender Zinsen in *Hongkong* und den *Philippinen* aus. Etwas überraschend erwarten die WES-Experten auch in *Japan* im weiteren Verlauf des Jahres einen leichten Zinsanstieg, nachdem in der vorangegangenen Umfrage noch auf sinkende Zinsen im Gefolge der neuen Geld- und Wirtschaftspolitik nach dem Regierungswechsel gesetzt worden war. In *Afrika* wurden die in der vorangegangenen Erhebung geäußerten Erwartungen steigender Zinsen wieder etwas zurückgenommen und deuten nun mehr auf eine stabile bis allenfalls leicht steigende Tendenz hin. In einigen Ländern wie z.B. *Ägypten* und *Sierra Leone* wird in den nächsten Monaten sogar mit rückläufigen Zinsen gerechnet.

Verteuerung des US-Dollar erwartet

Im weltweiten Durchschnitt werden der *US-Dollar* und der *japanische Yen* – wie schon in der vorangegangenen Umfrage – nahe bei ihrem Gleichgewichtskurs gesehen. Der *Euro* und das *britische Pfund* gelten dagegen als leicht überbewertet (vgl. Abb. 5). Nach Ländern differenziert, ergeben sich jedoch deutliche Abweichungen von diesem Gesamtbild: Als **unterbewertet** gilt die eigene Landeswährung nach Ansicht der befragten WES-Experten in den *USA*, in *Russland*, in einigen *ost- und mitteleuropäischen* Ländern wie *Tschechien*, *Ungarn* und *Polen* sowie in einigen *asiatischen* Ländern (*Indien*, den *Philippinen* und erstmals seit langem

**Abb. 5
Währungsbeurteilung**



Japan). Ferner gehören zu dieser Gruppe mit unterbewerteten eigenen Währungen einige *afrikanische* Länder wie *Nigeria* und *Sierra Leone*. Im Gegensatz dazu sehen die WES-Teilnehmer ihre eigene Währung als **überbewertet** in *Malaysia*, *Kenia*, einigen *lateinamerikanischen* Ländern wie *Venezuela*, *Argentinien* und *Uruguay* sowie ferner auch *Serbien* und *Armenien*.

Auf die zusätzliche Frage nach der Entwicklung des *Dollar-Kurses* in den nächsten sechs Monaten, unabhängig davon, wie die einzelnen Währungen fundamental eingeschätzt werden, ergab sich im Weltdurchschnitt – noch etwas ausgeprägter als bei der vorangegangenen Umfrage – ein insgesamt leicht steigender Wert des *US-Dollar*. Nach Ländern differenziert, lagen aber wiederum erhebliche Unterschiede vor: Ein erwarteter Wertzuwachs des *US-Dollar* dominiert zwar in der Mehrheit aller untersuchten Länder, ist aber besonders ausgeprägt in einigen *lateinamerikanischen* Ländern (*Argentinien* und *Venezuela*), im *Euroraum*, wie auch in *Australien*. Der *japanische Yen* wird von den in *Japan* befragten WES-Experten mittlerweile als unterbewertet eingestuft. Trotzdem dürfte sich ihrer Meinung nach der *US-Dollar* gegenüber dem *Yen* in den nächsten sechs Monaten als Folge der aggressiven Geldpolitik nach dem Regierungswechsel weiter verteuern. Auf der anderen Seite wird in einigen Ländern von den WES-Experten mit einer Schwächung des *US-Dollar* gegenüber der einheimischen Währung gerechnet. Hierzu zählen einige *asiatische* Länder (z.B. *China* und *Südkorea*), einige wenige *mittel- und osteuropäische* Länder (*Ungarn*, *Lettland* und *Polen*), *Bolivien* in *Lateinamerika* sowie einige *afrikanische* Länder (*Swasiland*, *Komoren* und *Liberia*).

Zugang der Unternehmen zu Bankkrediten

Ausgelöst durch das Bekanntwerden von erheblichen Finanzierungsproblemen insbesondere mittelständischer Un-

ternehmen in einigen Ländern wurde eine spezielle Frage zum Thema »Ausmaß der Einschränkung von Bankkrediten an Unternehmen« aufgenommen. Die WES-Experten werden dazu befragt, inwieweit das Angebot an Bankkrediten für Unternehmen in dem Land, für das sie berichten, durch bankspezifische Faktoren eingeschränkt ist. Die Skala reicht von »nicht eingeschränkt« (9), über »moderat eingeschränkt« (5) bis »stark eingeschränkt« (1) (vgl. Tab. 1).

Zu den Ländern, in denen die Firmen häufig Problem haben, sich in ausreichender Form über Bankkredite zu finanzieren, gehören in erster Linie die »Euro-Krisenländer« *Griechenland, Spanien, Slowenien* und – wenn auch in etwas geringerem Maße – *Portugal, Irland und Italien*. Auch in den *Niederlanden* und in *Belgien* scheint das Thema »Zugang zu Bankkrediten« nach Einschätzung der WES-Experten einige Brisanz aufzuweisen. Außerhalb des *Euroraums* wurde die stärkste Betroffenheit der Firmen infolge unzureichender Bankkredite aus *Rumänien* und *Simbabwe* gemeldet. Auch in *China*, dem *Vereinigten Königreich*, *Albanien* und *Ungarn* scheint der stark eingeschränkte Zugang zu Bankkrediten ein Problem zu sein.

Auf der anderen Seite gehören Länder wie *Kanada, Guatemala, Australien, Hongkong, Chile, Japan, Paraguay, Kolumbien, Namibia*, die *Philippinen, Neuseeland*, die *Schweiz, Peru* und nicht zuletzt *Deutschland* zu der Spitzengruppe, bei der die WES-Experten keine Probleme bei der externen Unternehmensfinanzierung durch Banken sehen.

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

Kartographische Darstellungen bilden im Wesentlichen die Welt schematisch ab. Hierfür stehen spätestens seit dem Kartographen Mercator unterschiedliche Projektionen in verschiedenen Koordinatensystemen zur Verfügung, die zu einer Vielzahl an Kartenformen mit höherer oder geringer Genauigkeit führen. Eine noch relativ neue Form der Karten, die auf Michel Gastner und Mark Newman (2004) zurückgeht, sind sogenannte Kartenanamorphoten (*cartogram*), die Karteneinheiten in Abhängigkeit von einer ausgewählten Variablen darstellen und dadurch mehr oder weniger verzerrt abbilden (vgl. Gastner und Newman 2004). Bei der Darstellung werden die Flächengrenzen und deren Beziehung zueinander beibehalten, so dass sich nur deren Größe und Form ändert. Auf Basis dieser Technik wurden in einem umfangreichen Projekt der University of Sheffield seit 2006 knapp 700 Karten veröffentlicht (vgl. Worldmapper 2009).

Das Beispiel der Windenergie, die weiterhin am stärksten wachsende Sparte erneuerbarer Energien, beschreibt anhand weltweiter Windfarmen und der installierten Kapazität die Anwendung dieser Kartendarstellung. Abbildung 1 bildet die aktuellen Windfarmen weltweit ab. Die Zahlen geben jedoch nur einen Überblick über die Anzahl der Windparks, nicht aber über die dort installierten Windräder. Auffallend und gleichzeitig bekannt ist die deutsche und dänische Vorreiterrolle beim Ausbau der Windenergie, speziell bei der Anzahl an Windkraftanlagen. So waren bis Juni 2013 in Deutschland knapp 3 800 Windparks (onshore und offshore)

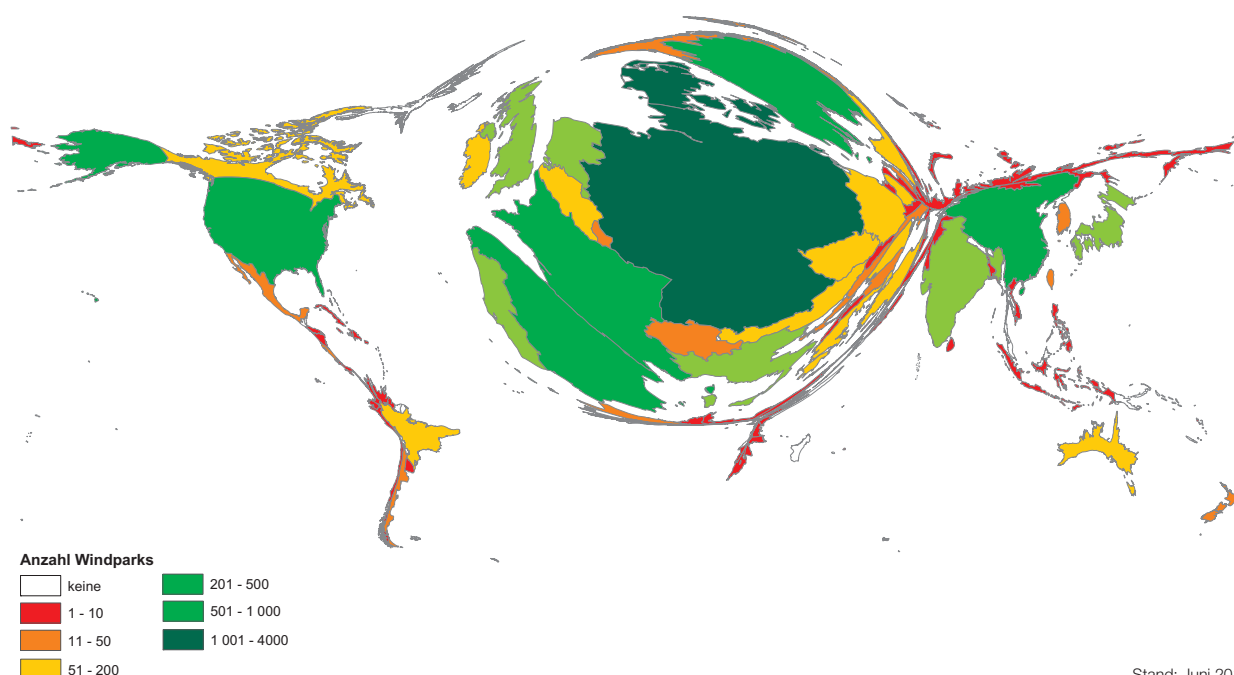
installiert (vgl. The Windpower 2013), dicht gefolgt von Dänemark, den USA und Spanien mit je 1 500, 985 und 955 Windfarmen.

Betrachtet man die Verteilung der installierten Kapazität weltweit, ergibt sich ein anderes Bild (vgl. Abb. 2). Sind in Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt gut 35 000 MW installiert, so sind es in China bereits über 75 000 und in den USA rund 62 000 MW. Hinter Deutschland liegen Spanien, Indien und Großbritannien. In Deutschland wurden 2012 mehr als 2 415 MW elektrische Leistung neu installiert, bis Ende 2013 wird der Zubau auf 3 200 MW geschätzt, wovon 400 MW in Form von Offshore-Anlagen installiert werden sollen (vgl. Agrar heute 2013). Die Steigerung der installierten Leistung wird dabei unter anderem durch den Austausch bestehender Anlagen durch leistungsfähigere Windräder erreicht (Repowering¹), wodurch die absolute Anzahl der Anlagen in den Windparks bei mehr als doppelter Leistung bis um die Hälfte reduziert werden und somit zu einem einheitlicherem Landschaftsbild und dem Umweltschutz beitragen kann (vgl. Bundesverband Windenergie 2013). Im letzten Jahr wurden in Deutschland 325 alte Anlagen durch 210 neue Anlagen ausgetauscht und die Leistung fast verdreifacht (196 auf 541 MW; vgl. IWR 2013b).

Weltweit wurden im Jahr 2012 insgesamt 45 GW an Windkraft neu errichtet, die insgesamt installierte Leistung betrug Ende letzten Jahres 282 GW (vgl. World Wind Energy

¹ Ermöglicht durch die EEG-Novellen 2009 und 2012.

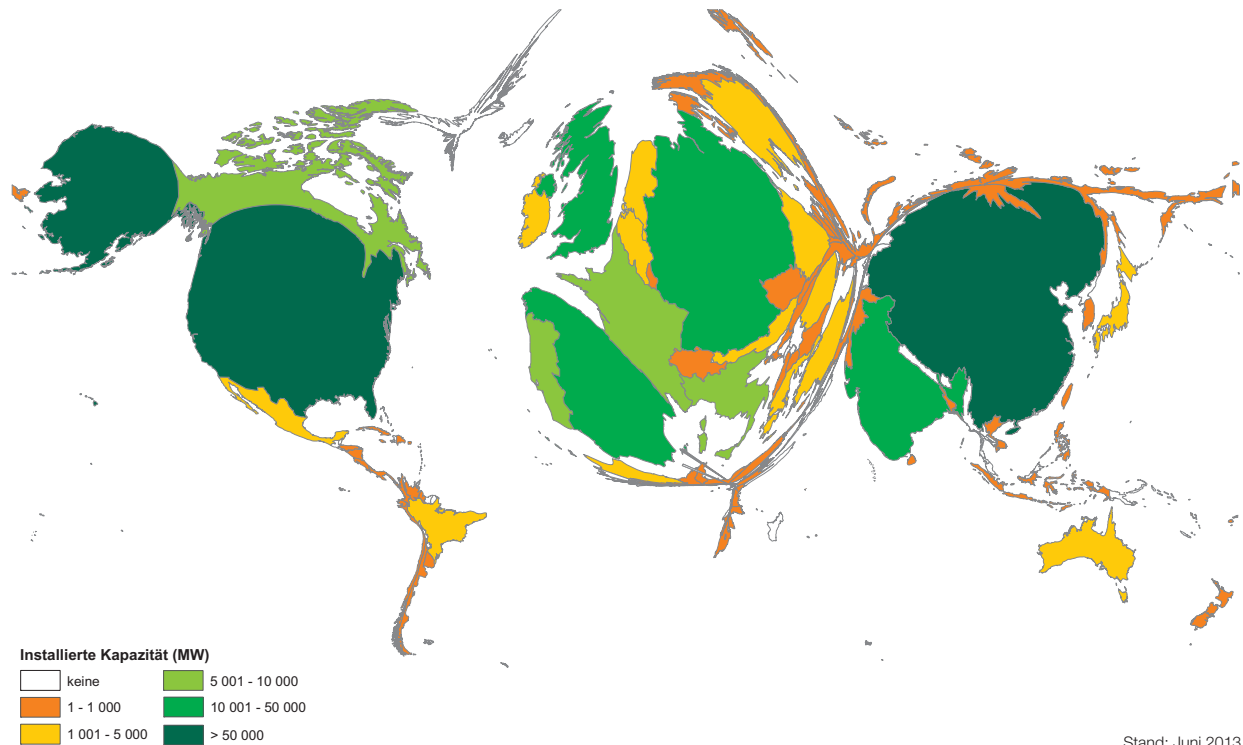
Abb. 1
Windparks weltweit



Quelle: The Windpower (2013).

Stand: Juni 2013

Abb. 2
Weltweit installierte Kapazität der Windenergie



Stand: Juni 2013

Quelle: The Windpower (2013).

Association 2013). China und die USA stehen beim Ausbau der Windkraft weiterhin an der Spitze, Osteuropa und Lateinamerika sind derzeit weitere Regionen mit hohen Wachstumsraten beim Ausbau der Windkraft. Auch Südafrika wird aufgrund seines enormen Windkraftpotenzials als Hoffnungsträger für viele Firmen angesehen. In den USA wurden 2012 knapp 30% mehr Windkraftanlagen installiert als 2011. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die dortige kurzfristige Verlängerung der Subventionen für Erzeuger von Windstrom Ende 2012, was die amerikanische Windenergieindustrie zur Installation von rund 8 000 MW allein im letzten Quartal des Jahres bewegte (vgl. Global Wind Energy Council 2013) – nachdem kurz vorher noch von einem Auslaufen der Förderung die Rede war. In China dagegen hatte der Ausbau der Windkraft 2012 aufgrund von Schwierigkeiten bei der Netzanbindung und dem Netzausbau zeitweise nachgelassen (–18%; vgl. Klimaretter 2013). Windkraftanlagen aus China sind bisher günstiger als europäische Anlagen, und vier chinesische Firmen liegen mit Marktanteilen von 3 bis 6% weltweit unter den Top Ten der Branche. Probleme in China liegen vor allem in Überkapazitäten und dem Preisverfall, ähnlich wie in der Solarbranche. Jedoch werden die Gefahren für Europa aufgrund hoher Transportkosten und der zum Teil störungsanfälligen chinesischen Technik bisher eher als gering angesehen (vgl. IWR 2013a). Die dänische Firma Vestas hatte laut BTM Consult im Jahr 2012 einen weltweiten Marktanteil von rund 14%, gefolgt von Siemens Wind Power und Enercon mit 9,5 bzw. 8,2% Anteil.

Übertroffen werden die Anteile noch von der amerikanischen GE Wind mit 15,5% Marktanteil (vgl. Erneuerbare Energien 2013). Um sich weiterhin gegenüber Anlagenherstellern aus China behaupten zu können, müssen deutsche und andere europäische Firmen vor allem ihren Technologievorteil halten und weiter ausbauen.

Aktuelle Probleme beim Ausbau der Windkraft in Deutschland zeigen sich unter anderem anhand der vor kurzem erfolgten Fertigstellung des ersten kommerziellen Offshore-Windparks in der Nordsee mit 30 Windkraftanlagen und insgesamt 108 MW installierter Leistung. Bislang besitzt der Park noch keine Netzanbindung, mit der Stromerzeugung ist nach Angaben des Netzbetreibers TenneT erst ab Anfang 2014 zu rechnen (vgl. Süddeutsche Zeitung 2013). Um Schäden an den Rotoren zu vermeiden, müssen die Anlagen mit Hilfe von Dieselmotoren künstlich bewegt werden. Die durch den Stillstand der Stromproduktion entstehenden Kosten werden durch die Offshore-Haftungsumlage auf die Verbraucher abgewälzt, während die Übertragungsnetzbetreiber zur Übernahme von maximal 20% der anfallenden Kosten verpflichtet sind.

Literatur

Agrar heute (2013), »VDMA: Ein Drittel mehr Windkraft«, online verfügbar unter: <http://www.agrarheute.com/vdma-windkraftmarkt-2013>.

Bundesverband Windenergie (2013), »Repowering«, online verfügbar unter: <http://www.wind-energie.de/politik/repowering>.

Erneuerbare Energien (2013), »Weltmarkt 2012: Wer ist die Nummer 1?«, online verfügbar unter: <http://www.erneuerbareenergien.de/weltmarkt-2012-wer-ist-die-nummer-1/150/474/61587/>.

Gastner, M.T. und M.E.J. Newman (2004), »Diffusion-Based Method for Producing Density-Equalizing Maps«, *Proc. Nat. Acad. Sci. USA* 101, 7499–7504, online verfügbar unter: <http://www.pnas.org/content/101/20/7499.full>.

Global Wind Energy Council (2013), »Global Wind Energy: Solid Growth in 2012«, online verfügbar unter: <http://www.gwec.net/global-wind-energy-solid-growth-2012-2/>.

Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien IWR (2013a), »Die Windenergie-Branche feiert nicht nur an der Börse ein Comeback«, online verfügbar unter: <http://www.iwr.de/news.php?id=24313>.

Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien IWR (2013b), »Infos zum nationalen Windenergiemarkt«, online verfügbar unter: <http://www.iwr.de/wind/markt/>.

Klimaretter (2013), »Wind-Spitzenreiter China«, online verfügbar unter: <http://www.klimaretter.info/wirtschaft/nachricht/12982-wind-spitzenreiter-china>.

Süddeutsche Zeitung (2013), »Energie: Erster kommerzieller Offshore-Windpark fertiggestellt«, online verfügbar unter: <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1481177>, aufgerufen am 12. August 2013.

The Windpower (2013), »Countries List«, online verfügbar unter: http://www.thewindpower.net/country_list_en.php.

Worldmapper (2009), »About Worldmapper«, online verfügbar unter: <http://www.worldmapper.org/index.html>.

World Wind Energy Association (2013), »World Wind Report 2012«, online verfügbar unter: http://www.windea.org/webimages/WorldWindEnergyReport2012_final.pdf.

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 43 *The Role of Public Procurement in Innovation: Theory and Empirical Evidence.*
Von S. Wiederhold. 231 S. 2012. € 25,-
- 44 *Three Empirical Essays on the Long-run Consequences of Early-life Living Conditions.*
Von S. Neelsen. 84 S. 2012. € 18,-
- 45 *Determinants of Firm Innovation – Evidence from German Panel Data.*
Von S. Kipar. 156 S. 2012. € 23,-
- 46 *Human Capital, Technology Diffusion and Economic Growth – Evidence from Prussian Census Data.*
Von E. Hornung. 200 S. 2012. € 20,-
- 47 *Business Fluctuations, Job Flows and Trade Unions. Dynamics in the Economy.*
Von B. Schirwitz. 185 S. 2013. € 23,-
- 48 *Gravity Model Applications and Macroeconomic Perspectives. Five Empirical Essays in International Economics.*
Von J.K. Gröschl, 204 S. 2013. € 20,-
- 49 *Trade Climate Policy and Carbon Leakage: Theory and Empirical Evidence.*
Von R. Aichele. 248 S. 2013. € 20,-
- 50 *Institutional Determinants of Student Achievement – Microeconomic Evidence.*
Von S. Link. 193 S. 2013. € 20,-
- 51 *Nachfrageorientierte Innovationspolitik: Bestandsaufnahme und ökonomische Bewertung.*
Von O. Falck, S. Wiederhold. 136 S. 2013. € 20,-
- 52 *Nonresponse in Business Tendency Surveys: Theoretical Discourse and Empirical Evidence.*
Von Chr. Seiler. 166 S. 2013. € 20,-

ifo Forschungsberichte

- 52 *Der Test des Tests im ifo Konjunkturtest Handel.*
Von K. Abberger, S. Sauer und Chr. Seiler. 40 S. 2011. € 18,-
- 53 *Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Modellrechnungen bis 2060.*
Von M. Werding, T. Hener. 111 S. 2011. € 25,-
- 54 *Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs und der Kreisstruktur in Mecklenburg-Vorpommern. Eine finanzwissenschaftliche Analyse der Auswirkungen auf Landkreise, Städte und Gemeinden.*
Von T. Büttner, P. Enß, N. Fabritz, B. Kauder, J. Meya, R. Schwager. 198 S. 2011. € 20,-
- 55 *Konstruktion von Indikatoren zur Analyse der wirtschaftlichen Aktivität in den Dienstleistungsbereichen.*
Von K. Wohlrabe. 245 S. 2011. € 25,-
- 56 *Der Beitrag des öffentlichen Sektors zur Wertschöpfung: Messprobleme und Lösungsansätze.*
Von T. Büttner, R. Fenge, O. Röhn, T. Strobel. 75 S. 2012. € 18,-
- 57 *Die Zukunft der Energiemärkte. Ökonomische Analyse und Bewertung von Potenzialen und Handlungsmöglichkeiten.*
Von K. Pittel, W. Buchholz, U. Triebswetter u.a. 332 S. 2012. € 25,-
- 58 *Finanzwissenschaftliche Begutachtung des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz.*
Von Th. Büttner, A. Ebertz, B. Kauder und M. Reischmann. 417 S. 2013. € 29,-
- 59 *Kinderbetreuung.*
Von H. Rainer, S. Bauernschuster, W. Auer, N. Danzer, T. Hener, Chr. Holzner, J. Reinkowski u.a. 264 S. 2013. € 25,-
- 60 *Kindergeld.*
Von H. Rainer, S. Bauernschuster, T. Hener, N. Danzer, Chr. Holzner, J. Reinkowski. 188 S. 2013. € 25,-
- 61 *Koordination von Innovations-, Energie- und Umweltpolitik.*
Von T. Rave, U. Triebswetter, J. Wackerbauer. 301 S. 2013. € 25,-
- 62 *Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA.*
Von G. Felbermayr, M. Larch, L. Flach, E. Yalcin, S. Benz und F. Krüger. 164 S. 2013. € 23,-

Focus

THE US FISCAL CLIFF

Laurence Kotlikoff
David J. Stockton
Stormy-Annika Mildner
and Julia Howald
Enrique G. Mendoza
Mathew Forstater

Specials

ON EUROPEAN AUSTERITY

Stefan Homburg

SAVING THE EUROPEAN UNION: ARE EUROBONDS THE ANSWER?

George Soros and
Hans-Werner Sinn

TRANSATLANTIC TRADE AND INVESTMENT PARTNERSHIP

Gabriel J. Felbermayr
and Mario Larch

THE SLOW AND HIDDEN ROAD TO SERFDOM

Peter Bernholz

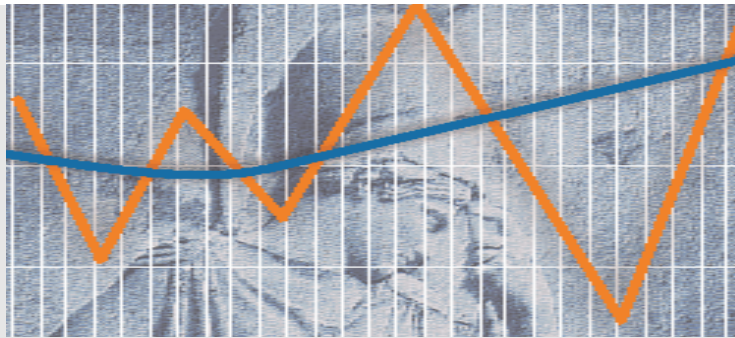
Spotlight

HISTORICAL CO₂ EMISSIONS AND THEIR WORLDWIDE ALLOCATION

Anna Ciesielski,
Stephan Beitz and
Jana Lippelt

Trends

STATISTICS UPDATE



51

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

Nachfrageorientierte Innovations- politik: Bestandsaufnahme und ökonomische Bewertung

Oliver Falck
Simon Wiederhold

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

